

# *Stenografischer Bericht*

## **42. ao Sitzung des Landtages Steiermark**

---

XVIII. Gesetzgebungsperiode 28. Februar 2023

Beginn: 10.00 Uhr

Entschuldigungen: Zweite Präsidentin Kolar, KO LTAbg. Klimt-Weithaler und LTAbg. Kügerl.

### **D1. Einl.Zahl 2869/1**

Dringliche Anfrage der FPÖ an Landesrat Amon, MBA

Betreff: *Verpflichtendes Kinderschutzkonzept für elementarpädagogische Einrichtungen*

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg. Mag. Hermann (8698)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat Amon, MBA (8702)

Wortmeldungen: Landesrätin Mag. Kampus (8705), LTAbg. Mag. Hermann, MBL (8706), Landesrat Amon, MBA (8707), KO LTAbg. Swatek, BSc (8708), LTAbg. Derler (8709), LTAbg. Eisel-Eiselsberg (8712), LTAbg. Grubesa (8713), LTAbg. Schweiner (8715)

Beschlussfassung: (8716)

### **D2. Einl.Zahl 2882/1**

Dringliche Anfrage der Grünen an Landesrätin Mag. Lackner

Betreff: *Konsequenzen aus den schweren Missständen im SPÖ-Umweltressort*

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg. Schönleitner (8717)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrätin Mag. Lackner (8725)

Wortmeldungen: KO LTAbg. Krautwaschl (8732), LTAbg. Dr. Murgg (8735), KO LTAbg. Swatek, BSc (8736), LTAbg. Schönleitner (8738), KO LTAbg. Kunasek (8740), KO LTAbg. Schwarz (8743)

Beschlussfassung: (8745)

**M.**

Mitteilungen (§ 39 GeoLT)

Betreff: Mitteilungen gem. § 39 GeoLT

**N1. Einl.Zahl 2860/2**

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Finanzen

Betreff: *Entwurf des Landesfinanzreferenten zum Nachtragsbudget 2023 des Landes und Übermittlung an den Rechnungshof und an den Landesrechnungshof*

Wortmeldungen: LTAbg. Dr. Murgg (8663), KO LTAbg. Schwarz (8666), KO LTAbg. Kunasek (8668), LTAbg. Fartek (8671), KO LTAbg. Swatek, BSc (8674), KO LTAbg. Krautwaschl (8677), LTAbg. Mag. Hermann, MBL (8680), LTAbg. Dipl.-Ing. Kinsky (8682), LTAbg. Dr. Murgg (8685), KO LTAbg. Swatek, BSc (8687), Landeshauptmannstellvertreter Lang (8689), Landeshauptmann Mag. Drexler (8694)

Beschlussfassung: (8697)

**Erste Präsidentin Khom:** Hohes Haus!

Es findet heute die 42. Sitzung des Landtages Steiermark in der laufenden XVIII. Gesetzgebungsperiode statt. Es handelt sich hierbei um eine außerordentliche Sitzung innerhalb der Tagung.

Ich begrüße alle Anwesenden, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien sowie alle Zuseherinnen und Zuseher vor Ort und jene, die der heutigen Sitzung via Livestream beiwohnen.

Im Besonderen begrüße ich die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Mag. Christopher Drexler an der Spitze sowie die heute anwesenden Mitglieder des Bundesrates.

*(Anmerkung der Landtagsdirektion: Entschuldigungen: Zweite Präsidentin Kolar, KO LTAbg. Klimt-Weithaler und LTAbg. Kügerl.)*

Am 23. Februar 2023 wurde von Abgeordneten der ÖVP, SPÖ, FPÖ, Grünen und KPÖ beantragt, eine außerordentliche Sitzung des Landtages Steiermark innerhalb der Tagung einzuberufen.

Gemäß Art 15 Abs 5 L-VG iVm § 40 Abs 6 GeoLT ist der Landtag binnen fünf Werktagen zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen, wenn dies von wenigstens einem Fünftel der Mitglieder verlangt wird.

Der vorliegende Antrag entspricht den Bestimmungen der Landesverfassung und der Geschäftsordnung. Aus diesem Grunde wurde die heutige Sitzung einberufen.

Heute hat um 09:00 Uhr der Ausschuss für Finanzen über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 2860/1, betreffend Entwurf des Landesfinanzreferenten zum Nachtragsbudget 2023 des Landes und Übermittlung an den Rechnungshof und an den Landesrechnungshof beraten und zu diesem Antrag den im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 2860/2 (N1) enthaltenen Ausschussantrag gefasst.

Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, den genannten Tagesordnungspunkt N1 nach den Mitteilungen zu behandeln:

Gemäß § 39 Abs. 5 GeoLT ist für die Ergänzung der Tagesordnung die Zustimmung der Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich.

Ich lasse in Übereinstimmung mit der Präsidialkonferenz über die Ergänzung der Tagesordnung an der genannten Stelle abstimmen.

Wenn Sie diesem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Einstimmig angenommen.

Am Mittwoch, dem 22. Februar 2023 wurde von Abgeordneten der FPÖ eine Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 2869/1, an Herrn Landesrat Werner Amon betreffend „Verpflichtendes Kinderschutzkonzept für elementarpädagogische Einrichtungen“ eingebracht.

Am Samstag, dem 25. Februar 2023 wurde von Abgeordneten der Grünen eine Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 2882/1, an Frau Landesrätin Mag. Ursula Lackner betreffend „Konsequenzen aus den schweren Missständen im SPÖ-Umweltressort“ eingebracht.

Es wurden sieben Anfragen gemäß § 66 Abs. 1 GeoLT eingebracht. Weiters wurden neun Anfragebeantwortungen gemäß § 66 Abs. 3 GeoLT von Mitgliedern der Landesregierung eingebracht. Die Anfragen sowie die Anfragebeantwortungen sind gem. § 78 Z 4 GeoLT auf der Homepage des Landtages Steiermark veröffentlicht.

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des § 39 Abs. 3 GeoLT über.

**N1. Bericht des Ausschusses für Finanzen, Einl.Zahl 2860/2, betreffend Entwurf des Landesfinanzreferenten zum Nachtragsbudget 2023 des Landes und Übermittlung an den Rechnungshof und an den Landesrechnungshof zur Regierungsvorlage, Einl.Zahl 2860/1.**

Und zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Werner Murgg. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**LTAbg. Dr. Murgg – KPÖ (10.04 Uhr):** Geschätzte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer und Zuschauerinnen und Zuschauer!

Jetzt hätte ich mir gar nicht gedacht, dass ich da der erste bin, der diese vielleicht doch interessante Debatte eröffnet. Ich darf vielleicht gleich damit anfangen, dass ich ausnahmsweise einmal, naja, gut, das ist auch in anderen Umständen auch schon vorgekommen, den Herrn Landeshauptmann und auch den Herrn Landeshauptmannstellvertreter lobe, denn sie haben, muss ich wirklich sagen, gründlich darüber nachgedacht, was man mit diesem 25 irgendwas Anteil der Energie Steiermark machen soll und sie haben eigentlich das gemacht, was wir schon vor einigen Monaten gefordert haben. Sie haben das so zurückgekauft, dass, sagen wir es so, dass der Kredit, den wir dafür aufnehmen von der Bundesfinanzierungsagentur, wenn man den Kredit mit den zusätzlichen Dividenden hochrechnet oder querrechnet, eigentlich keine Belastung bedeutet. Im Gegenteil, es ist sogar eine Entlastung und sie haben auch gesagt bei dieser Pressekonferenz, der ich also am Computer gelauscht habe, dass man jetzt gründlich darüber nachdenken soll, was mit diesem Anteil passiert, dass man sich Zeit nimmt und das ist gut so, und das ist das, was wir also auch schon lange gefordert haben und deswegen werden wir heute mit einem freundlichen Ja zustimmen. Aber wo viel Licht ist, ist natürlich zumindest auch ein wenig Schatten. Ich habe da ein bisschen in der Genese nachgeschaut und da gehe ich zurück in das Jahr 2015. Am 18. Dezember 2015, Landeshauptmann Voves, da ist in den Medien aufgetaucht, dass die EWF darüber nachdenkt, ihren Anteil zu veräußern. Das ist dann auch nach Voves, war, glaube ich, schon Landeshauptmannsstellvertreter Schickhofer der Verantwortliche passiert, und wir haben aber am 18.05.2015 eine Dringliche Anfrage an

Voves gestellt und haben auch einen Antrag eingebracht, nämlich, der war mehrgliedrig, aber man hätte ohne weiteres auch punktuell abstimmen können, aber der entscheidende Punkt war eigentlich der, im Falle des Verkaufes der Energie-Steiermark-Anteile durch die EWF diese Anteile in das Eigentum des Landes zurückzukaufen. Und ich muss sagen, leider waren damals nur die Grünen dafür, haben Weitblick gezeigt, alle anderen Fraktionen waren dagegen. Die NEOS waren noch nicht im Landtag. Und wenn man das gemacht hätte, hätte sich das Land eigentlich zwischen 369 und rund 400 Millionen Euro erspart. Wie komme ich darauf? 260 Millionen war der kolportierte Verkaufspreis an Macquarie, 525 ist der jetzige Preis, macht 265 Mehrkosten, 9 Millionen dazu, das sind die sogenannten Transaktionskosten, sie sehen das heute in diesem, übrigens danke an die Finanzabteilung, da ist recht eine bündige, so eine 5-, 6-, 7-seitige Zusammenschau, wie dieser Prozess abgewickelt wurde und da sieht man, dass man pro Tag 9 % Zinsen, bis das Closing ist, an die Macquarie zahlt, 131.200, ich habe jetzt gerechnet bis zum 10. März, das macht dann 9,05 Millionen Euro aus. Wenn man das zu den 265 dazuzählt, sind es 274 und wenn man dann noch die verlorenen Dividenden über all die Jahre dazuzählt, macht das 369 Millionen aus. Also wenn man damals schon, ich traue mich ja fast zu sagen, wenn die jetzige Landesspitze damals schon an der Regierung gewesen wäre, hätten wir uns das vielleicht tatsächlich erspart. Also damals wurde nicht sehr klug gehandelt und ich muss wirklich sagen, also besser wäre eine Empfehlung an den Alt-Landeshauptmann statt uns über die Kronen Zeitung irgendwie auszurichten und über die Kleine Zeitung, was heute eigentlich alles zu machen wäre und was falsch läuft, hätte er damals mehr Weitblick zeigen sollen. Gut, das jetzt ein kleiner Side-Step in die Vergangenheit. *(KO LTabg. Riener: „Nachher ist immer leicht reden!“)* Und dann möchte ich ein bisschen auf die Perspektiven eingehen. Der Herr Landeshauptmann und auch der Landeshauptmannstellvertreter haben eigentlich drei Szenarien vorgeschlagen, was man jetzt machen könnte. Finanzinvestor hereinholen, Volksaktie oder Steiermark Aktie, also Börsengang oder strategischer Partner. Eine vierte Option ist von vornherein ausgeschlossen worden, was ich eigentlich bedaure, denn, wenn man keinen gescheiterten Partner beispielsweise findet oder, wenn man draufkommt, das mit der Volksaktie ist vielleicht doch nicht so vernünftig, könnte man das auch auf längere Sicht, ich sage ja nicht auf ewig, aber auf längere Sicht selbst behalten und ich muss sagen, finde ich eigentlich nicht, dass das schlecht wäre, dass man das von vornherein ausschließt. Jetzt zu den drei Optionen: Also einen Finanzinvestor wünschen wir uns als KPÖ nicht, denn ich bin eigentlich dagegen, dass man wieder einer Heuschrecke, wie beim Macquarie, der in sieben

Jahren 360 Millionen Euro verdient hat, also dafür ist mir der Anteil und uns der Anteil der Energie Steiermark zu wertvoll. Und auch gegen den Börsengang habe ich gewisse Vorbehalte, denn schauen Sie sich einmal die Geschichte der österreichischen Energieversorger an. Verbund, EVN, Burgenland AG, die haben alle mit Börsengängen samt und sonders schlechte Erfahrungen gemacht. Denn am Anfang ist es zwar eine Erfolgsaktie, aber dann sind plötzlich mit 25,1 % Sperrminorität Leute und Unternehmen drinnen gewesen, die dem Verbund das Leben schwermacht haben, der EVN das Leben schwermachen, und von der Burgenland Holding, die heute am Rockzipfl der EVN hängt, spreche ich gar nicht. Also auch das schließen wir für unsere Seite aus. Jetzt bin ich beim letzten Punkt, das ist das, was eigentlich wir präferieren würden. Einen strategischen Partner sich hereinholen. Da ist natürlich die Frage: Wer? Und das muss man gründlich überlegen. Ich habe einen, ich habe im Kopf mehrere Vorschläge, die sage ich jetzt gar nicht, aber einen Vorschlag haben wir präferiert, das sollte man doch einmal gründlich prüfen, das wäre der Verbund. Warum komme ich auf den Verbund? Erstens einmal baut die Energie Steiermark seit Jahr und Tag Wasserkraftwerke gemeinsam mit dem Verbund, und die Energie Steiermark wird noch auf eine gehörige Zeit auch von der Fernwärmelieferung vom Kraftwerk Mellach abhängig sein, das ja bekanntlich dem Verbund gehört, und wenn man jedes Jahr feilschen muss um neue Verträge, da wäre, glaube ich, eine Kooperation hier nicht das Schlechteste. Aber wir, oder ich, denken weiter. Wenn man dem Verbund diese Anteile überträgt, dann könnte man statt einen monetären Ersatz zu bekommen, dafür die Anteile an der Verbund-Wasserkraft, also der Terminus Technicus Austria Hydro Power, wo jetzt die Energie Steiermark 5,3 % hat, aufstocken. Und dann statt der Dividende, weil ein Teil der Energie-Steiermark-Dividende und kein geringer kommt ja von der AHB, könnte man statt dieser Dividende einen vergünstigten Wasserkraftstrombezug in zwei, drei Terrawattstunden generieren und könnte die Energie Steiermark, die ja den Strom an der Börse kaufen muss, hier diesen billigen Strom einfließen lassen. Und das würde auch auf die Preisgestaltung der Strompreise eine nicht unwesentliche Auswirkung haben, sage ich einmal. Gut, ich bin jetzt eigentlich fürs Erste am Ende, was ich sagen will. Ich werde mich dann wahrscheinlich noch ein zweites Mal melden, weil man ein bisschen auf die anderen Rednerinnen und Redner eingehen muss. Noch einmal zusammengefasst, gute Sache, Sie haben gut verhandelt, Sie haben gut überlegt und wir werden diesem Nachtragsvoranschlag, der ja diesen Deal enthält, zustimmen. Danke. *(Beifall bei den Grünen – 10.13 Uhr)*

**Erste Präsidentin Khom:** Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Hannes Schwarz. Bitte schön, Herr Klubobmann.

**KO LTAbg. Schwarz – SPÖ (10.13 Uhr):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin überzeugt davon, dass gerade in so bewegten Zeiten, die wir gerade erleben, Entscheidungen aufgrund von Fakten deutlich wichtiger sind, als so manche vielleicht geäußerte populistische oder kurzfristige Forderung. Deswegen lassen Sie mich einige Fakten zum Kauf der Energie Steiermark hier vortragen: Als bekannt wurde, dass die SEU-Holdings ihre Anteile von etwas mehr als 25 % verkaufen wird, hatte das Land Steiermark drei Möglichkeiten. Erstens, Nutzung des Aufgriffsrechts, das bedeutet den Kauf der Anteile, um danach wieder zu 100 % Eigentümer der Energie Steiermark zu sein. Zweite Möglichkeit, Weitergabe des Aufgriffsrechts an einen pressierten Dritten. Dritte Möglichkeit, den Verkauf der Anteile komplett der SEU-Holdings zu überlassen und nicht selbst aktiv zu werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, bereits nach Bekanntwerden erster Marktgerüchte, also noch vor den formellen Informationen durch die SEU-Holdings, hat das Land Steiermark ein externes Beratungsteam mit österreichweit bekannten Expertinnen und Experten der betroffenen Fachbereiche für die umfassende Begleitung dieser Transaktion beauftragt. Das Land Steiermark hat damit schon sehr früh seine Verantwortung wahrgenommen, um die Interessen des Landes, und damit auch die Interessen der Steirerinnen und Steirer zu wahren, und somit auch eine positive Weiterentwicklung der Energie Steiermark sicherzustellen. Ich danke dem Landeshauptmann, dem Landeshauptmannstellvertreter für dieses bereits vorzeitige planvolle Vorgehen, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Doch warum kauft das Land Steiermark die Anteile der Energie Steiermark nun zurück? Durch den Kauf der Anteile ist das Land Steiermark wieder zu 100 % Eigentümer des wichtigsten Energieversorgers in unserem Land. Dadurch können wir in Zukunft selbst entscheiden, ob bzw. welche Partner in das Unternehmen geholt werden. Gerade in einer Situation der Unsicherheit, nicht zuletzt auch an den Energiemärkten und der Unsicherheit rund um die Versorgung, ist deswegen aus meiner Sicht absolut richtig, keine Experimente einzugehen, sondern die Zukunft der Energie Steiermark selbst gestalten zu können, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Weil das Land Steiermark durch diesen Kauf auch ermöglicht, dass wir nicht Passagier sind in einem Verkaufsprozess,

---

wo wir auch von vielen Außenfaktoren abhängig wären, von außenstehenden Investorinnen und Investoren, deren Hauptfokus vielleicht nicht immer die Sicherung des Unternehmens wäre, sondern vielleicht andere Interessen hier im Vordergrund stehen könnten oder können und deswegen ist es sehr wichtig, dass wir hier Haupthandelnde, das Land Steiermark, hier Haupthandelnde sind. Das Land Steiermark hat zwei namhafte und unabhängige Wirtschaftsprüfungskanzleien, nämlich Ernst & Young sowie die Centurion mit der Feststellung des Verkehrswerts der Anteile der SEU an der Energie Steiermark beauftragt. Der so ermittelte, objektivierte Wert für die Aktienanteile von 25 % zuzüglich 150 Aktion zum 31.12.2022 bewegt sich in einem Gutachten von 628 Millionen Euro bis 680 Millionen Euro, im zweiten Gutachten von 688,7 Millionen Euro bis 738,5 Millionen Euro. Aufgrund dieser Gutachten, nicht zuletzt aufgrund dieser Gutachten, ist klar zu erkennen, dass der objektivierte Unternehmenswert deutlich über dem Kaufpreis von 525 Millionen Euro liegt. Also allein aus kaufmännischer Sicht eine absolut richtige Entscheidung des Landes Steiermark, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Das zeigt, dass der Kauf nicht nur aus strategischer Sicht, aus Gründen der Versorgungssicherheit, aus Gründen auch der Zukunft des Unternehmens ein absolut richtiger Schritt ist, sondern auch, wenn man sich die reinen Zahlen anschaut, absolut nachvollziehbar ist. Und wenn man sich in den letzten Tagen oder auch heute, anhört, ja, mit den Schulden und dergleichen, es stimmt auch nicht, dass der Schuldenstand des Landes Steiermark sich um eine halbe Milliarde Euro erhöht. Der vorläufige Rechnungsabschluss wird deutlich besser sein als geplant, wodurch sich der Schuldenstand nicht nur um die im Nachtragsvoranschlag für den Kauf budgetierten 540 Millionen Euro erhöhen wird, sondern rund 170, 176 Millionen Euro. Insgesamt kann man nur sagen, dieser Schritt ist der absolut richtige. Ich danke den Verantwortungsträgern in diesem Land, Landeshauptmann, Landeshauptmannstellvertreter, für die umsichtige Führung dieses Kaufprozesses, den Beteiligten auch aus den Abteilungen, aus der Finanzabteilung, und den Expertinnen und Experten. Es ist wohl strategisch für dieses Land die richtige Entscheidung, es ist aus Gründen der Versorgungssicherheit für die Zukunft auch des Unternehmens die absolut richtige Entscheidung und es ist auch die kaufmännisch richtige Entscheidung. In diesem Sinne ersuche ich alle um die Zustimmung zu diesem Kauf. Ein steirisches Glück auf. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 10.19 Uhr)*

**Erste Präsidentin Khom:** Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Klubobmann Mario Kunasek. Bitte schön, Herr Klubobmann.

**KO LTabg. Kunasek – FPÖ (10.19 Uhr):** Dankeschön, Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, Hohes Haus, verehrte Zuseher!

Ich sage es einmal ganz offen: Wir Freiheitliche haben uns die Entscheidung nicht ganz so einfach gemacht in den letzten Tagen. Seit Bekanntwerden, auch der Pläne der Landesregierung, hat es sehr viele Gespräche gegeben. Ich stehe auch nicht an, mich sehr herzlich auch zu bedanken bei dir, Herr Landeshauptmann, auch bei dir, Herr Landeshauptmannstellvertreter, vor allen Dingen aber auch beim Peter Ebner, bei seiner Mannschaft auch für das sehr gute Gespräch und für die Diskussionen, die wir im Rahmen dieses Ankaufs dieser Anteile entsprechend auch geführt haben. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich werde auch versuchen, das Wort Deal jetzt nicht zu verwenden. Warum? Ein Deal ist immer so negativ behaftet, man hat irgendwie das Gefühl, Deals passieren eher im Hinterzimmer und ich glaube, das ist hier nicht passiert. Ich sage das hier auch in aller Deutlichkeit, das muss man auch positiv anmerken, ich glaube, dass der Prozess, der hier stattgefunden hat, ein guter war, ein professioneller war. Ich möchte mich deshalb auch bedanken bei den Mitarbeitern, natürlich auch bei den externen Beratern, aber in dieser Frage der Prozessbegleitung und -führung auch bei den Mitgliedern der Landesregierung. Meine sehr geehrten Damen und Herren, selbstverständlich ist es so, dass die Verantwortung oder die Aufgabe der Regierung es ist, Entscheidungen zu treffen, Pro und Contra abzuwägen, Für und Wider, und letztlich dann auch eben zu regieren und zu führen. Und die Aufgabe der Oppositionspartei ist, Pro und Contra abzuwägen, aber natürlich das Contra, das Wider, vielleicht dort und da auch stärker hervorzugreifen. Und ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt auch Punkte, die gegen den Ankauf dieser Anteile sprechen und dazu werde ich noch kommen. Vielleicht noch ein Satz zum Abgeordneten Dr. Murgg, und ich komme dann später noch einmal dazu, von einer Entlastung zu sprechen, wenn wir von 2022 auf 2023 eine halbe Milliarde Euro mehr an Schulden in diesem Land haben, allein der heutige Beschluss ein Mehr von 176 Millionen Euro an Schulden bedeutet, das ist irgendwie schon politisch mutig und da können wir Freiheitliche nur widersprechen, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ und den NEOS)* Aber meine sehr geschätzten Damen und Herren, ich möchte mit ein paar Punkten zusammenfassen, warum wir Freiheitliche heute diesem Ankauf eben nicht unsere Zustimmung geben. Das wird dann der Herr Abgeordnete Hermann hier auch noch konkretisieren. Erster Punkt, und das ist so, als gelernter Österreicher, und ich bin auch schon einige Jahre jetzt schon in der Politik, es ist

oftmals so, dass bei Unternehmen, die zu 100 % in öffentlicher Hand auch sind, die Begehrlichkeiten oftmals steigen. Auch parteipolitische Begehrlichkeiten steigen. Der Herr Landeshauptmann hat gemeint, ich glaube, im Rahmen der Pressekonferenz, er hat keine Angst vor sich selbst oder wir haben keine Angst vor uns selbst, nein, ich habe auch keine Angst vor dem Landeshauptmann, ich weiß aber, dass es Begehrlichkeiten geben kann und dass es immer wieder auch Begehrlichkeiten geben wird. Und da kann ich nur auch bitten und auffordern, weil heute wird ja der Beschluss hier gefasst werden, diesen Begehrlichkeiten eben auch zu widerstehen und entsprechend Widerstand zu leisten. Zweiter Punkt, meine sehr geehrten Damen und Herren, in vielen, vielen Bereichen auch des Landesbudgets in der Landespolitik, gibt es dringenden Handlungsbedarf. Und ich kann mich an unzählige Debatten hier auch im Haus erinnern, wo es darum geht, dass wir in Bereichen wie der Pflege, der Gesundheit, im Bereich der Elementarpädagogik und vielen, vielen mehr, entsprechend auch ein Mehr an Geld in die Hand nehmen müssen, um entsprechend hier auch politisch klug vorzugehen. Es ist oftmals nicht möglich, weil das vorhandene Geld nicht vorhanden ist oder eben das Geld nicht vorhanden ist. Hier ist man in der Lage, sehr rasch diese halbe Milliarde Euro entsprechend aufzubringen. Wir Freiheitlichen sagen ja, aber es bräuchte auch in vielen, vielen anderen Bereichen echte Entlastung und Unterstützung in vielen Bereichen auch der Landespolitik, die ich leider hier oftmals vermisse. Dritter Punkt eigentlich schon ist, immer wieder schwingt so mit, naja, dann kommt es quasi ja zu einem billigen Strom für die Steirerinnen und Steirer. Die KPÖ hat das auch immer wieder so zumindest mitschwingen lassen. Man hat es ja in der Hand. Man hat es nicht in der Hand, das wissen wir. Wenn, dann nur durch Zuschüsse, die letztlich dann auch Zuschüsse wären, die das Land Steiermark dem Unternehmen gibt, um sie dann weiterzugeben. Wenn, dann müsste es eine Strompreisbremse geben wie in Niederösterreich, aber dann auch für alle Steirerinnen und Steirer und nicht nur für Kunden der Energie Steiermark. Das heißt, dieses Argument, meine sehr geehrten Damen und Herren, fällt weg, auch wenn es nicht unmittelbar von der Regierung, sage ich auch, ins Treffen geführt wurde. *(KO LTabg. Riener: „Genau! So war es!“)* Ganz im Gegenteil, ja ein niedriger Strompreis bereits ausgeschlossen wurde, das muss man ja auch ganz offen sagen, weil auch das wurde ja bereits entsprechend gesagt. Und der vierte und der fünfte Punkt, meine sehr geehrten Damen und Herren, das sind für uns letztlich auch die ausschlaggebenden gewesen. Und da möchte ich schon ein bisschen ausholen zum vierten Punkt, kurz, es wird hier ein spekulatives Geschäft betrieben, auch wenn der Herr Landeshauptmannstellvertreter jetzt aufschnauft, letztlich ist es so, dass es ein spekulatives

Geschäft mit Steuergeld ist. Das kann man jetzt, so wie Sie das sicherlich auch in Ihrer Bewertung getan haben, Herr Landeshauptmannstellvertreter, als möglichst positiv darstellen. Es sind Bewertungen von Agenturen, der Klubobmann Schwarz hat das ja ausgeführt, die natürlich auch in die Zukunft blicken können, aber meine sehr geehrten Damen und Herren, wer hätte sich vor einigen Jahren gedacht, dass uns eine Pandemie ereilt. Wer hätte uns vor einigen Monaten oder vor mehr als eineinhalb Jahren gesagt, dass uns ein Krieg in der Ukraine bevorsteht oder uns ereilen wird? Das heißt, alles, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist auch für Rating-Agenturen oder für Bewertungsagenturen nicht möglich vorherzusehen. Das heißt, es ist und bleibt Spekulation. Und meine sehr geehrten Damen und Herren, der letzte Punkt, und da muss ich dem Abgeordneten Klubobmann Schwarz massiv widersprechen, wenn er sagt, wir sind da strategisch gut aufgestellt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Land Steiermark ist hochverschuldet. Wir haben schlichtweg, und das ist unsere Beurteilung und da geben uns auch sehr viele Experten Recht, wir haben schlichtweg auch die Handlungsspielräume gar nicht, um mit einer halben Milliarde Euro mehr an Schulden, nämlich von 5,10 auf 5,70 Milliarden Euro jetzt den Schuldenstand zu erhöhen, um hier diese Intention, die, Herr Landeshauptmannstellvertreter, lieber Toni, durchaus vielleicht auch eine positive ist. Das will ich auch gar nicht in Abrede stellen. Vielleicht auch kaufmännisch, wenn das Geld vorhanden wäre, eine gute wäre. Ganz einfach, unsere Schulden lassen diese Investition/diese Spekulation schlichtweg nicht zu, meine sehr geehrten Damen und Herren, deshalb auch für uns ganz klar, dass wir heute hier dieser Intention leider eine Absage erteilen müssen. *(Beifall bei der FPÖ)* Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Abschluss meiner ersten Wortmeldung, es gibt also gewichtige Gründe, die sowohl dafür als auch dagegensprechen. Ich sehe es als unsere Aufgabe, solche Prozesse immer auch kritisch zu begleiten und ich sehe es auch als unsere Aufgabe, auch kritisch und genau hinzusehen und auf Problemfelder aufmerksam zu machen. Das tun wir heute auch mit unserer Ablehnung. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Abgeordneter Dr. Murgg, wenn wir diese politische Glaskugel hätten, die Sie anscheinend irgendwo im kommunistischen Büro haben, weil Sie gesagt haben, 2015 hätten wir es schon machen können, dann wären wir heute schon ganz anders aufgestellt. Wenn Sie diese politische Glaskugel irgendwo haben, vielleicht stellen Sie sie uns auch manchmal zur Verfügung, dann wäre es hier um einiges einfacher, nämlich für die Regierung, aber auch für uns als Abgeordnete. Wir haben sie aber leider nicht, das heißt, diese Glaskugel, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist eine, die uns noch nicht *(KO LTabg. Riener: „Vielleicht hat*

*er sie vom russischen Geheimdienst!“)* sagen kann, wie diese Reise für die Energie Steiermark, und damit auch für die Steirerinnen und Steirer, für die Steuerzahler letztlich endet. In diesem Sinne, Herr Landeshauptmann, ich kann nur sagen, ich habe keine Angst vor Ihnen, Sie haben auch keine Angst vor sich selbst, manchmal habe ich nur Angst, dass wir, so, wie in den Jahren 2005 bis 2010 unter einem Landeshauptmann Voves nicht das Richtige zur richtigen Zeit tun, wenn ich mir die *(KO LTAbg. Riener: „Wart Ihr nicht im Landtag?“)* Schuldenentwicklung dieses Landes ansehe. *(Beifall bei der FPÖ – 10.28 Uhr)*

**Erste Präsidentin Khom:** Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Franz Fartek. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**LTAbg. Fartek – ÖVP (10.28 Uhr):** Geschätzte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Hohen Haus, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ja, Herr Kollege Murgg, es ist sehr erfreulich, dass Sie heute zustimmen, aber wie auch Kollege Kunasek schon gesagt hat, es ist leicht für das gestern klug zu sein. Und zum Klubobmann Mario Kunasek vielleicht noch ein paar Worte: Ich hätte das Gefühl, er würde gerne mitstimmen, aber was ich auf das Schärfste zurückweisen möchte ist, dieses Wort Spekulation in den Mund zu nehmen. Ich glaube, das hat hier keine Berechtigung. Geschätzte Damen und Herren, ich möchte mich heute in meiner Wortmeldung auf das Wesentliche konzentrieren. Klubobmann Schwarz ist schon sehr auf das Thema eingegangen und ich möchte das, was Klubobmann Schwarz gesagt hat, auch noch weiter verstärken. Es geht heute um diese 25 % Aktienanteile der SEU-Holding an der Energie Steiermark und es geht darum, dass die SEU-Holding diese Aktienanteile verkauft und das Land Steiermark hier eine Gesellschaftervereinbarung hat zwischen dem Land und der SEU, die diesen Fall ein Vorkaufs- und Aufgriffsrecht auch dem Land einräumt. Ich möchte vielleicht auch noch hinweisen, neben diesen hat es in der Vergangenheit schriftliche Anfragebeantwortungen gegeben vom Landeshauptmann. Ich glaube, das war von Grünen, es hat im Jänner eine Dringliche Debatte gegeben, eingebracht von den Kommunisten. Hier war es möglich, Vieles schon zu erklären, das hat der Herr Landeshauptmann sehr gut gemacht, und auch wir haben uns austauschen können, das hat uns auch in diesem Prozess schon einiges weitergebracht. Mittlerweile gibt es einen Regierungsbeschluss und damit eine Regierungsvorlage, der die Anpassung des Landesbudgets 2023 zum Inhalt hat und natürlich damit einher geht auch der

Erwerb dieser 25 %-Anteile der SEU-Holding an der Energie Steiermark insgesamt. Ich selbst und ich glaube, wir alle, die hier im Landtag sind, hätten nicht geglaubt, dass wir so schnell gerufen werden für eine Entscheidung zu einem Sonderlandtag, aber das ist das besondere Verhandlungsgeschick vom Landeshauptmann und vom Landeshauptmannstellvertreter und wir können heute auch nach diesem Regierungsbeschluss auch hier im Landtag für uns im Landtag diese Entscheidung treffen, diesen Rückkauf der 25 %-Anteile der SEU an der Energie Steiermark durch das Land Steiermark zu tätigen. Ich glaube, das ist eine gute, richtige Entscheidung und es ist aus der Situation heraus notwendig und auch richtig. Und, wie gesagt, es ist keine Spekulation. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Geschätzte Damen und Herren, ein Prozess, er wurde schon erwähnt, der gut aufbereitet, der gut vorbereitet und damit eine professionelle Grundlage für unsere heutige Entscheidung ist. Ein Prozess, der von Beginn an, das wurde ebenfalls erwähnt, von externen Beratungsteams mit österreichweit anerkannten Expertinnen und Experten umfassend begleitet wurde. Gerade in diesen schwierigen und herausfordernden Zeiten wollen wir unseren Energieversorgern oder müssen wir unseren Energieversorger stärken und sichern. Mit dem heutigen Beschluss ist die Energie Steiermark dann wieder in steirischer Hand. Das Land Steiermark hat 100 % der Anteile und ist Eigentümer und geschätzte Damen und Herren, übernimmt damit eine große Verantwortung. Übernimmt damit eine große Verantwortung. Es geht hier und das ist mir auch sehr wichtig, hier zu sagen heute, es geht hier nicht um eine Reverstaatlichung, sondern in einer herausfordernden Zeit, wie vorhin schon gesagt, um Verantwortung. Es geht um die Interessen der Steirerinnen und Steirer. Und es geht um die richtige Entscheidung zu treffen auch darum, dass wir in Zukunft richtig und gut aufgestellt sind. Es ist ja auch nicht die Absicht, und das wurde schon erwähnt, dass diese 100 % beim Land bleiben. Aber es ist wichtig, dass wir die Fäden in der Hand haben, dass wir, das Land Steiermark entscheiden kann, wer zukünftiger Partner ist, wann es zukünftige Partner gibt und wie wir dann damit auch umgehen. Geschätzte Damen und Herren, es geht auch vor allem in Zukunft um wichtige Investitionen in der Energieaufbringung, aber auch in der Energieversorgung. Und damit einher geht natürlich auch das Interesse des Landes, dass hier unsere Energiestrategie in diesem zukünftigen Tun und Handeln auch im vollen Umfang berücksichtigt ist. Natürlich, und das ist eine Kernfrage und auch entscheidend, ist dieser Kauf auch leistbar, ist es auch finanzierbar? Aber auch hier geben Expertinnen und Experten, aber auch die Finanzverantwortlichen des Landes grünes Licht. Der Kaufpreis wurde schon erwähnt, 525 Millionen, und das liegt unter dem objektivierten Unternehmenswert, hat der Kollege

---

Schwarz auch schon sehr gut ausgeführt. Zwei unabhängige Wirtschaftskanzleien haben das auch geprüft und dieser objektivierte Unternehmenswert liegt bei 628 bis 739 Millionen in dieser Spanne. Und es geht auch ganz klar, und das ist auch entscheidend für heute für uns, es geht aus den Handlungsempfehlungen der Expertinnen und Experten ganz klar hervor unter anderem, dass die Ausübung des Vorkaufs- und Aufgriffsrechts auch angenommen wird. Es wird empfohlen. Und was auch entscheidend ist, dass mit diesem Vorkaufs- und Aufgriffsrecht durch das Land Steiermark auch unerwünschte Mitgesellschafter ausgeschlossen sind. (*Beifall bei der ÖVP, SPÖ und KPÖ*) Und geschätzte Damen und Herren, was noch wichtig ist, dass gerade das Land Steiermark die Möglichkeit und die Zeit hat, selbst zu entscheiden, wann, wie und warum es dann eine weitere Beteiligung geben wird. Geschätzte Damen und Herren, für diese heutige Entscheidung und den Beschluss sind es 540 Millionen. Hier sind die Zinsen zugerechnet. Für uns ist aber wichtig und für das allgemeine Verständnis, dass es gerade für das Jahr 2023 durch die erhöhte Dividendenentwicklung der Energie Steiermark von 17,5 Millionen auf 55 Millionen vorgesehen ist, und dass für die Erhöhung des Finanzierungsbedarfs ein Zinsaufwand von 10,88 Millionen zu berücksichtigen ist. Und das heißt für das Landesbudget, und das ist auch entscheidend, dass sich das Maastricht-Ergebnis um 6,62 Millionen Euro verbessert. Das Land, geschätzte Damen und Herren, das Land kann, wird und muss sich das einfach leisten. Die Energie Steiermark ist unser Landesenergieversorger und muss gefestigt und gestärkt aus diesem Prozess herausgehen. Einerseits, dass diese Versorgungssicherheit garantiert ist und auf der anderen Seite, dass auch in Zukunft investiert wird. Wir wissen, es steht der Netzausbau an, wir wissen, die Windkraft, die Wasserkraft, aber auch der Photovoltaikausbau ist essentiell, aber auch der Wasserstoff wird zukünftig ein wesentliches Thema sein. Die Energie Steiermark ist Teil der Lösung, wenn es um die Ziele der Klima- und Energiestrategie der Steiermark geht und wenn es um die Energiewende geht. Wir haben eine gute Grundlage für den heutigen Beschluss. Es gibt die Regierungsvorlage, es gibt verschiedene Erläuterungen, Erklärungen, es ist alles sehr gut dargestellt und sehr gut abgebildet. Geschätzte Damen und Herren, ich habe es letztes Mal bei der Dringlichen schon gesagt: Die Energieversorgung ist die Nabelschnur der Zukunft. Es braucht die Investitionskraft der Energie Steiermark, und um die Versorgungssicherheit der Steirerinnen und Steirer auch in Zukunft gewährleisten zu können, brauchen wir eine nachhaltige und saubere Energiewirtschaft. Geschätzte Damen und Herren, ich möchte mich beim Landeshauptmann, beim Landeshauptmannstellvertreter bedanken für die gute Verhandlungsführung. Ich bitte

um Beschlussfassung und wünsche uns viel Erfolg und eine sichere und gute Energie mit unserem Energieversorger, der Energie Steiermark. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.37 Uhr)*

**Erste Präsidentin Khom:** Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Nikolaus Swatek.

**KO LTabg. Swatek, BSC – NEOS (10.37 Uhr):** Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, werter Herr Landeshauptmann, wertere Mitglieder der steirischen Landesregierung, liebe Steirerinnen und Steirer!

Ja, mit 5,7 Milliarden Euro erreichen die Schulden des Landes Steiermark ein Rekordniveau. Bis zum 30.06.2120 laufen die Kredite des Landes. *(KO LTabg. Schwarz: „Blöd wäre, wenn sie nicht laufen würden!“)* ÖVP und SPÖ haben dieses Land auf die nächsten 100 Jahre verschuldet. Und das Schlimme ist, einen echten Plan, wie wir die Schulden je wieder zurückzahlen, gibt es nicht. Umso genauer sollten wir heute auf Ausgaben blicken, die die Landesregierung tätigen will und die sie tätigt. Man muss sich die Frage stellen: Bringt diese Ausgabe das Land voran? Löst die Ausgabe die Probleme unserer Zeit? Hilft sie Menschen? Wird sie das Leben unserer Jugend besser machen? Oder wird zumindest der Strom hiermit billiger? All diese Punkte muss man bei dieser risikobehafteten Retroverstaatlichung mit einem klaren Nein beantworten. Die Landesregierung will heute beschließen, Aktien zu kaufen, um sie dann mit viel Glück später wieder teurer zu verkaufen. Also kurz gesagt, mit Steuergeld spekulieren. Und ja, Herr Fartek, es ist Spekulation, vielleicht sollten Sie zum Duden greifen und sich die Definition von Spekulation durchlesen, denn Spekulation ist eine Geschäftstätigkeit, die auf Gewinne aus zukünftigen Veränderungen der Preise abzielt. Und genau das plant die Landesregierung hier. Einer Retroverstaatlichung ohne Not, mit fremdem Geld und ohne echten Mehrwert für die Steirerinnen und Steirer, aber mit viel Risiko, werden wir nicht zustimmen. Denn eines ist für uns NEOS klar, mit Steuergeld spekuliert man nicht. Besonders dann nicht, wenn so viele Fragezeichen und auch so viele Risiken im Raum stehen, auf die die Landesregierung heute noch gar keine Antwort hat. Doch schauen wir uns die Risiken, die in meinen Augen in den letzten Wochen ohnehin von zu vielen ignoriert wurden oder schönegeredet wurden, doch einmal genauer an. Risiko Nummer 1, und da sollten eigentlich bei jedem von uns schon die Alarmglocken schrillen, die Landesregierung kauft heute, um in Zukunft auf Gewinne zu hoffen, aber hat heute noch nicht mal einen Plan, wann

sie ihre Anteile wieder verkaufen will oder wie sie sie verkaufen will. Da stellt sich die Frage: Ist es nicht doch etwas fahrlässig, 500 Millionen Euro an Steuergeld in die Hand zu nehmen und nur 50 % des Deals durchgeplant zu haben? Doch die Landesregierung scheint bei der Energie Steiermark dieselbe Taktik zu haben wie auch beim Schuldenabbau. Alles in die ferne Zukunft abschieben und im Idealfall ist man dann selbst dafür nicht mehr verantwortlich. Denn eines ist heute auch schon klar, die Energie Steiermark wird bei der kommenden Landtagswahl zum politischen Spielball werden. Denn die Frage, ob verkaufen oder nicht, trennt die politischen Lager und wird damit auch zur Gretchenfrage der nächsten Koalition werden. Und nur die Wählerinnen und Wähler von morgen wissen, wer die nächste steirische Landesregierung stellen wird. Verantwortungsvoller Umgang mit Steuergeld sieht definitiv anders aus, denn verantwortungsvoller Umgang mit Steuergeld lässt keine Fragen offen und lässt keine Unsicherheiten entstehen. Und da sind wir auch schon bei Risiko Nummer 2, dem Wert des Unternehmens. Wir alle wissen doch, dass sich der Energiemarkt gerade auf einem Hoch befindet und, dass der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine sich auf einem Höhepunkt befindet und die Preise in die Höhe geschneit sind. Strom und Energie ist in den letzten Monaten für Kundinnen und Kunden so teuer gewesen wie noch nie. Stromerzeuger und Händler fahren derzeit Rekordgewinne ein, Aktien von Energieerzeugern und -händlern befinden sich auf einem Höhepunkt und es ist daher auch kein Wunder, dass Macquarie ausgerechnet jetzt ihre Anteile der Energie Steiermark verkauft, denn die wichtigste Regel beim Aktienhandel ist immer „Buy low, sell high“. Also kauf deine Aktien billig und verkaufe sie teuer. Und genau hier muss man Macquarie auch gratulieren, denn sie haben genau das gemacht. Für 260 Millionen Euro gekauft, für 525 Millionen Euro verkauft und dann noch 95 Millionen Euro Dividende kassiert, ergibt 360 Millionen Euro Gewinn in nur sieben Jahren. Ich bin mir sicher, den Deal würde hier im Raum gerne jeder einmal machen. Für einen Verkauf des Landes kommt es also in Zukunft auf den Wert des Unternehmens an und wir alle wissen, der hängt vor allem von zwei Faktoren ab. Zum einen vom Gewinn, den das Unternehmen erwirtschaften kann und auch, wie es für die Zukunft aufgestellt ist. Strom und Energie sind, habe ich schon gesagt, derzeit auf einem Hoch, und ja, Gott sei Dank, sinken die Preise am Markt wieder und Energiehändler wie die Energie Steiermark werden bald billige Preise auch an ihre Kunden weitergeben müssen. Doch mit niedrigen Strompreisen sind auch die Gewinnmargen der Energie Steiermark kleine und auch das kann sich auf den Wert auswirken. Doch nicht nur der Wert ist ausschlaggebend, sondern vor allem auch das Energienetz. Und genau dieses Energienetz ist es doch, das bei jeder

Debatte hier im Landtag von allen politischen Lagern als Bremser der Energiewende identifiziert wird. Und ja, wir alle wissen, dass es ohne bessere Rahmenbedingungen und auch ohne Investitionen von außen hier nicht rosig aussieht. Wie viel die Energie Steiermark also in 3, 4, 5, 6, 10 oder wann auch immer man einen Verkauf plant, wert ist, weiß niemand, vor allem deshalb auch nicht, weil der Markt ja volatil ist, aber weil auch die Gesetzgebung so volatil ist, vor allem auf Bundesseite. Sprichwort Übergewinnsteuer und Co, wirklich wissen, was in Zukunft auf Unternehmen zukommt in Österreich weiß derzeit niemand. Kommen wir zum dritten Risiko, das ist die Politik und der Staat. Nicht nur, dass Politik und Staat nicht wirtschaften können und dass es auch gar nicht ihre Aufgabe ist in Unternehmen zu wirtschaften. Ganz im Gegenteil, die Aufgabe der Politik ist es, kluge Rahmenbedingungen für Private zu schaffen, damit diese Innovation vorantreiben und Wohlstand schaffen können. Doch nicht nur das wirtschaften fällt der öffentlichen Hand schwer, die Geschichtsbücher zeigen da ja viele gute Beispiele auf, nein, zu groß ist auch die Versuchung der Politik, ein Staatsunternehmen für die eigenen parteipolitischen Interessen zu missbrauchen. Und davor schützt auch nicht das Aktienrecht, wie unser Landeshauptmann in den letzten Wochen so oft betont. Der aktuellste Beweis dafür ist ja die ÖBAG, Österreichische Beteiligungs AG, eine Aktiengesellschaft, die sich gerade im Mittelpunkt eines Korruptionsskandals befindet und ja, unter Postenschacherei und unter dem politischen Einfluss leidet. (*LTA*bg. *Fartek*: „Das ist ja ein Wahnsinn!“) Doch auch die steirische Geschichte sollte ja jedem von uns eine Warnung sein, was passieren kann, wenn man als Politik in ein Unternehmen hineinregiert. Stichwort ESTAG-Skandal, ich spare mir dazu die Erläuterungen. Wir alle wissen, was damals passiert ist, doch was ich äußerst interessant finde, ist, wie vor allem politische Beobachter eine Wiederholung des ESTAG-Skandals für absolut ausgeschlossen halten. Und da liest und hört man, Landeshauptmann Drexler ist ein gebranntes Kind, er hat den ESTAG-Skandal ja hautnah miterlebt. Er wird sich davor hüten, in die Energie Steiermark hineinzuregieren. Doch, sehr geehrte Damen und Herren, warum blind vertrauen und aufs Hüten hoffen. Macht braucht immer Kontrolle. Macht braucht Gesetze. Und genau deshalb sollte ein Landeshauptmann, der den ESTAG-Skandal hautnah miterlebt hat, alles dafür tun, um die eigene Macht in die Energie Steiermark hinein zu begrenzen. Vor allem auch in weiser Voraussicht, dass Macht genauso schnell vergehen kann, wie sie gekommen ist. Die letzte Graz-Wahl hat es uns ja eindrucksvoll bewiesen. Und darum sollten wir hier eigentlich heute nicht über den Verkauf und den Kauf diskutieren, sondern vor allem auch darüber, wie wir die Energie Steiermark vor politische Eingriffen schützen können, weil Macht Kontrolle

braucht, braucht es klare Gesetze und Regelungen, die die Politik auch von der Energie Steiermark fernhalten. Weiten wir also das Kontrollrecht des Landtags aus, veröffentlichen wir endlich alle Studien und Gutachten zur Energie Steiermark, beschränken wir die Höhe der Dividende der Energie Steiermark, damit die Politik damit in Zukunft nicht einfach ihr Budget aufbessern kann, wenn sie es gerade braucht, ja, und schreiben wir Aufsichtsräte öffentlich aus, damit die klügsten Köpfe der Steiermark bei unserem Energieversorger am Hebel sitzen und nicht Parteigünstlinge. Da dürfen wir keine Zeit vergehen lassen, denn ja die nächste Landtagswahl steht vor der Tür. Und wenn man die Herren hinter mir genau beobachtet, wie sie selbst bei Wortmeldungen des Werner Murgg, ob jetzt ein Börsengang eine gute Idee ist oder nicht, auf einmal nicken, merkt man, da gibt es noch keinen Plan für einen Verkauf, *(KO LTAvg. Riener: „Die NEOS haben auch keinen Plan!“)* da gibt es noch keine Einigung und das ist ein Unsicherheitsfaktor, das macht die Energie Steiermark zu einem politischen Spielball und das darf sie nicht werden. *(Beifall bei den NEOS – 10.47 Uhr)*

**Erste Präsidentin Khom:** Als Nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Kollegin Sandra Krautwaschl. Bitte schön, Frau Klubobfrau.

**KO LTAvg. Krautwaschl – Grüne (10.48 Uhr):** Danke, Frau Präsidentin, werte Landesregierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Saal und vor allem liebe Menschen in der Steiermark!

Ich bin ein bisschen erstaunt über die letzte Wortmeldung immer noch, vor allem über das Risiko, dass der Nico in Politik und Staat sieht. Schließlich ist er selber auch Politiker, aber gut. Ich würde gerne unsere Entscheidung, die ja schon im Vorfeld auch bekanntgeworden ist, nämlich, dass wir heute dem Rückkauf der Anteile durch das Land Steiermark zustimmen würden, auch noch einmal aus unserer Sicht begründen und kann gleich vorab dazu sagen, dass unsere Entscheidung weniger, glaube ich, ideologiegetrieben ist, als die von manch anderen, weil wir uns in erster Linie, wir haben uns natürlich mit der Vergangenheit beschäftigt, Kollege Murgg hat eh gesagt, wir hätten auch damals nicht gewollt, dass die Anteile überhaupt verkauft werden, aber trotzdem haben wir uns in erster Linie mehr mit der Zukunft beschäftigt und damit, was ist in der Zukunft notwendig in diesem Land, damit wir die zahlreichen Krisen, und zwar sehr gut gesteuert von der Politik hoffentlich, auch bewältigen können. Und als Erstes sage ich hier auch ganz klar und deutlich, und das ist auch eine Erwartung an die Landesregierung an dieser Stelle, dass wir die Energiekrise bewältigen

müssen, dass es klar ist, dass dieser Rückkauf der Anteile der Energie Steiermark ein echter Hebel sein muss für die Politikversäumnisse der Vergangenheit, gerade was den Ausbau der Netze und auch den Ausbau der erneuerbaren Energien an und für sich betrifft, aufzuholen und massiv in diese Richtung eben zu steuern. Das wird eine ganz, *(Beifall bei den Grünen)* ganz wesentliche Aufgabe sein, die die Politik jetzt hat. Insofern, zum Thema Risiko und Chancen sehe ich da natürlich auch, und sehen wir da auch eine große Chance, die jetzt gegeben ist, durch das, dass das Land jetzt nicht nur 100 % Eigentümerin ist, sondern damit eben auch, und Kollege Fartek hat es schon gesagt, 100 % Verantwortung trägt für das, was jetzt passiert. Und da noch eine kurze Replik auch auf etwas, was der Herr Klubobmann der NEOS gesagt hat, dass man jetzt noch nicht weiß, weil der Herr Landeshauptmann hat uns das sehr klar erklärt, was in zwei, drei Jahren, also ich gehe davon aus, in der nächsten Legislaturperiode für eine Situation sein wird, und wen man dann als strategischen Partner dann vielleicht braucht oder auch nicht braucht, das ist für mich relativ logisch. Was für uns viel entscheidender ist, ist, was passiert jetzt? Ab heute? Wird es die Landesregierung schaffen, einen Turbo zu zünden für die erneuerbare Energieversorgung und damit für die Energiesicherheit in diesem Land, weil man kann von nichts den Preis auch nur irgendwie regulieren zu versuchen, wenn es gar keine Sicherheit der Versorgung gibt, und genau da möchte ich schon noch einmal alle erinnern, dass wir gerade erst vor einem Jahr durch den Wahnsinn, der in Russland begonnen hat, der durch Putin ausgelöst ist, durch diesen Krieg und all diese Energieverwerfungen, die es da gibt, gesehen haben, dass der Markt da gar nichts regelt in so einer Krise. Im Gegenteil, wir haben oft darüber geredet, der Markt spielt einfach verrückt, der Markt hat niemanden hier und auch keinem Menschen in der Steiermark oder in Österreich weder Preissicherheit noch Versorgungssicherheit und schon gar nicht eine Sicherheit für klimafreundliche und saubere Energie gegeben. Das hat der Markt nicht gemacht. *(Beifall bei den Grünen)* Und wirklich an dich jetzt auch, Nico, alle, alle haben in der Situation nach staatlichen Hilfen gerufen, ausnahmslos alle. Und die sind auch notwendigerweise geflossen. Aber was ist jetzt die Aufgabe von Gebietskörperschaften? Was ist die Aufgabe des Landes Steiermark? Das ist genau, dieses Vertrauen der Bevölkerung wiederherzustellen, dass wir diese Krisen bewältigen können und gleichzeitig nämlich die Energiekrise und die Klimakrise bewältigen können, und uns damit auch unabhängig machen von all diesen Diktatoren und Kriegstreibern in dieser Welt. Das ist ganz, ganz dringend notwendig aus unserer Sicht. *(Beifall bei den Grünen)* Für uns Grüne ist Energieversorgung ein Teil der Daseinsvorsorge und das ist im Moment auch ein riesiges Thema für die

Menschen in der Steiermark, das wissen wir. Meine Kollegin Lara Köck und viele andere bekommen laufend Zuschriften von Menschen, die sich an der Energiewende beteiligen wollen und aufgrund auch von Versäumnissen der Vergangenheit, das muss man leider sagen, nicht die Möglichkeit haben, die eben nicht anschließen können, nicht einspeisen können, obwohl sie ein Teil dieser so wichtigen Wende hin zu sauberer Energie sein wollen. Und da möchte ich wirklich ganz klar jetzt auch an die Verantwortung des Landes Steiermark adressieren. Es müssen jetzt wirklich Meter jetzt wieder gut gemacht werden, es muss aufgeholt werden und das Land hat im positiven Sinn, und ich sehe auch die Politik im Gegensatz zu dir Nico, da wirklich immer noch als eine positiv steuernde Kraft. Das kann sie sein, und wir werden jeden Tag der Regierung auf die Finger schauen, ob sie das auch ist. Diese Energiewende voranzutreiben, das zu ermöglichen, was jetzt viel mehr Menschen als je zuvor auch in der Steiermark begriffen haben, dass wir nämlich alle gemeinsam nur diese Krisen stemmen können, alle gemeinsam ein Teil dieser Wende werden müssen hin zu einer sicheren, zu einer klimafreundlichen und einer leistbaren Energieversorgung. *(Beifall bei den Grünen)* Also, die öffentliche Hand muss jetzt der Player sein, der jahrzehntelange Versäumnisse endlich in die richtige Richtung aufholt. Die Landesregierung muss sicherstellen jeden Tag ab heute, dass Entscheidungen so getroffen werden, dass das möglich wird, was wir uns alle so sehr wünschen und wo wir jetzt gesehen haben, wie wichtig das sein wird in Zukunft, nämlich den jungen Menschen vor allem in diesem Land wieder eine Hoffnung zu geben. Eine Hoffnung, dass wir diese Krisen bewältigen können, dass wir hier in diesem wunderbaren Land nicht nur sichere Jobs haben, auch dafür ist die Energiewende im Übrigen ganz entscheidend, für sichere Jobs der Zukunft, sondern dass es auch lebbar bleibt. Nicht nur, dass die Lebensqualität bleibt, sondern dass es überhaupt lebbar bleibt. Und wir kennen alle mittlerweile viele junge Menschen, und ich gehe davon aus ihr alle kennt viele junge Menschen, die diese Hoffnung in den letzten Jahren eigentlich schon verloren haben und ein bisschen resigniert haben. Und wenn jetzt aber die Politik selbstbewusst voranschreitet mit dem, was diese Wende eigentlich auch sein kann, nämlich eine riesige Chance, dann habe ich auch die Hoffnung, dass wir die jungen Menschen wieder gewinnen können für ein gemeinsames Mitziehen an dieser Wende, ein Teil zu werden der Lösung und nicht nur immer ein Teil von Krisen, wie es viele gerade zur Zeit empfinden. *(Beifall bei den Grünen)* Ein Stichwort noch, bevor ich zum Schluss komme, das Stichwort Transparenz. Nico hat das eh auch gesagt, das ist auch uns natürlich extrem wichtig. Wir haben in der letzten Besprechung einer Schriftlichen Anfrage gehört, oder leider nicht sehr viel Transparenz, sage

ich einmal, erlebt vom jetzt zuständigen Landeshauptmann, da war sein Vorgänger transparenter. Wir werden aber auch diese Transparenz jetzt mit aller Vehemenz einfordern für Schritte, die passieren oder auch *(KO LTAbg. Riener: „Ihr seid voll informiert worden!“)* für Dinge, die nicht passieren, weil wir sie jetzt so dringend brauchen. Ich habe es schon gesagt, Netzausbau ist das Thema der Zukunft für die Energie Steiermark und dorthin muss jetzt, nämlich im wahrsten Sinne des Wortes, auch die Energie der Landesregierung fließen. *(KO LTAbg. Riener: „Klimagespräch!“)* Wir werden also heute der Entscheidung der Landesregierung einen Vertrauensvorschuss geben, aber wie schon gesagt, wir werden jeden einzelnen Tag ganz genau darauf schauen, ob das passiert, was ich jetzt hoffnungsvoll zumindest in den Raum gestellt habe, dass die Politik jetzt diese Chance nutzt, wirklich einen Turbo zu zünden für die Wende hin zu sauberer, sicherer und leistbarer Energie. Danke sehr. *(Beifall bei den Grünen – 10.57 Uhr)*

**Erste Präsidentin Khom:** Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Stefan Hermann. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**LTAbg. Mag. Hermann, MBL – FPÖ (10.57 Uhr):** Vielen Dank, geschätzte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Mitglieder der Landesregierung, meine sehr geehrten Damen und Herren, geschätzte Zuseher!

Zuerst möchte ich einen Dank unterstreichen, den der Klubobmann Kunasek gegenüber den Mitarbeitern der Finanzabteilung und dem Finanzdirektor ausgesprochen hat. Ich glaube, es ist nicht selbstverständlich, dass man eine M&E-Transaktion dieser Größenordnung so professionell abwickelt und vor allem, dass auch keine Informationen nach außen sickern in diesem langen Prozess. Also da können wir alle stolz sein auf unsere Bediensteten, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es ändert aber nichts daran, wie wir diesen Prozess beurteilen. Und ich versuche das einfach zusammenzufassen. Wir kaufen etwas, das wir nicht brauchen, mit Geld, das wir nicht haben, für einen Mehrwert, der sich uns nicht erschließt. Und auch die Wortmeldungen im Vorfeld lassen mich diesen Mehrwert nicht erkennen. Ich habe gesagt, wir kaufen etwas, das wir nicht brauchen. Das Land Steiermark hält bereits 75 % Anteile an der Energie Steiermark. Es besteht also keine Notwendigkeit, ein voll verstaatlichtes Energieunternehmen zu haben, denn der Einfluss wird nicht steigen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir werden auch nicht unabhängiger von Kriegstreibern werden, wie es

die Frau Klubobfrau Krautwaschl gesagt hat, (*KO LTAbg. Krautwaschl: „Natürlich werden wir das nicht sein!“*) und dass dieser Einfluss nicht steigt, das ist meiner Meinung nach gut so, denn ich glaube, die Zeiten, dass das Land als Eigentümer, die Politik in einen Energieunternehmer hineinregiert, die muss vorbei sein, meine sehr geehrten Damen und Herren. Man darf nicht vergessen, dass die Energie Steiermark nach der Wien Energie der zweitgrößte Energiedienstleister in Österreich auch ist und da sind, und davon bin ich überzeugt und das hoffe ich auch, Expertinnen und Experten am Werk und da sollte sich die Politik davor hüten, hier in Unternehmensprozesse auch einzugreifen. Ich habe gesagt, wir kaufen etwas mit Geld, das wir nicht haben. Und man muss sich die Schuldenentwicklung des Landes auch anschauen, und der Klubobmann Kunasek hat es auch angesprochen, ich habe mir jetzt die Zahlen auch herausgeschrieben. Wir haben einfach den Spielraum nicht mehr. Und warum haben wir den Spielraum nicht mehr? Das ist etwas, was auch in jeder meiner Budgetreden auch vorkommt aufgrund der finanziellen Fehlentscheidungen der letzten Jahre und Jahrzehnte. Im Jahr 2005 hatte das Land Steiermark 711 Millionen Euro Schulden, 10 Jahre später 4,4 Milliarden Euro Schulden und ja, jetzt kommt das Argument, da hat sich die Budgetdarstellung in der Zwischenzeit auch geändert und die ausgegliederten Gesellschaften müssen abgebildet werden, ja, alles richtig und schön. Aber auch für die Schulden in den ausgegliederten Gesellschaften ist die Politik und damit Rot und Schwarz verantwortlich, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ*) Was mich wundert, dass es jetzt auf einmal möglich ist, in diesem Bereich 500 Millionen Euro an Finanzierung aufzustellen, 500 Millionen Euro, die aus unserer Sicht in anderen Bereichen vermutlich besser eingesetzt wären. Im Bereich der Gesundheit und der Pflege, im Bereich der Elementarpädagogik, im Bereich des Sozialwesens, im Bereich der Armutsbekämpfung, und, und, und. Wir kaufen auch diese Anteile, diese Unternehmensanteile zu Zeiten eines Höchstwerts. Die sind jetzt aufgrund der Energiepreissituation sehr viel wert und ja, auch der Energiepreis hat einen Einfluss auf den Unternehmenswert. Und die Hoffnung, die wir hegen, ist, dass wir diese Anteile, die wir jetzt zu einem Höchstwert erwerben, gewinnbringend veräußern können. (*LTAbg. Dipl.-Ing. Kinsky: „Eben nicht zum Höchstpreis!“*) Und der Kollege Swatek hat ein Zitat aus dem Duden gebracht, auch im Gabler Wirtschaftslexikon steht Spekulation definiert als alle auf Gewinnerzielung aus Preisveränderung gerichteten Geschäftstätigkeiten, also die Ausnutzung von zeitlichen Preisunterschieden. Und auch, wenn Sie es abgestritten haben, Herr Kollege Swatek, es ist Spekulation. Und mit Steuergeld, Kollege Swatek, spekuliert man nicht. (*Beifall bei der FPÖ*) Und natürlich werden auch die

Energiepreise und die Entwicklung der Energiepreise Auswirkungen auf den Unternehmenswert auch haben. Und wenn wir die Inflation anschauen und uns in der EU den Vergleich der Inflation auch anschauen, dann ist Österreich da im traurigen unteren Drittel. Andere Staaten in der Europäischen Union, die aktiv in den Energiemarkt eingegriffen haben und auch Preisregulierungen geschaffen haben, haben eine viel geringere Inflation. Was will ich damit sagen? Keiner von uns hier hat eine Glaskugel. Aber es besteht die Möglichkeit, dass in den nächsten Jahren vielleicht eine Energiepreisbremse in irgendeiner Art und Weise in Österreich auch kommen wird müssen, und dann wird das auch Auswirkungen auf den Unternehmenswert haben. Was ist also der Mehrwert dieser Transaktion? Mehr Einfluss werden wir nicht haben. Ob wir einen Gewinn erzielen und den Haushalt damit stärken, das wissen wir nicht. Und ich weiß jetzt nicht, wer der Vorredner war, irgendjemand hat hier gesagt, es liegt im Interesse der Steirer, dass wir diese Anteile erwerben. Ich glaube, das ist nicht so. Denn, was definitiv nicht im Interesse der Steirer liegt, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist, dass wir zusätzlich zum Schuldenberg, den Sie zu verantworten haben, noch 500 Millionen Euro mehr an Schulden aufnehmen. (*Landesrat Lang: „Dem gegenüber steht ja viel mehr Vermögen!“*) Das ist definitiv nicht im Interesse der Steirer. Was den NEOS-Entschließungsantrag angeht, so beantrage ich eine punktuelle Abstimmung, dem ersten Punkt werden wir zustimmen, dem zweiten Punkt, was die Ausschreibung von Aufsichtsräten angeht, werden wir eine Absage erteilen, ich glaube, dass das nämlich rechtlich nicht möglich ist. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der FPÖ – 11.03 Uhr*)

**Erste Präsidentin Khom:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Andreas Kinsky. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**LTAbg. Dipl.-Ing. Kinsky – ÖVP (11.03 Uhr):** Ja, herzlichen Dank, liebe Frau Präsidentin! Geschätzter Herr Landeshauptmann, lieber Herr Landeshauptmannstellvertreter, verehrte Landesrätinnen und Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Steirerinnen und Steirer!

Zunächst einmal eine große Freude meinerseits, dass ich aufrecht hier stehen kann und heute auch wieder einige Worte von mir geben kann. (*Allgemeiner Beifall*). Danke. Danke, auch für die vielen, vielen Wünsche, die mich erreicht haben in den letzten Wochen und Monaten, auch speziell von einigen Kolleginnen und Kollegen von der Opposition. Es hat mich wirklich äußerst gefreut, was auch ein Spiegelbild ist, in was für einem guten demokratischen Umfeld

wie hier in diesem Landtag im Unterschied zu anderen Kammern in diesem Lande sind. Herzlichen Dank euch allen. Herzlichen Dank euch allen. Jedes Wort gibt Mut und Kraft in so einer Situation. *(Allgemeiner Beifall)*.

Nun zum Thema. Jeder wird wahrscheinlich in der Zwischenzeit wissen, dass mein Hauptberuf seit mittlerweile fast 30 Jahren darin besteht, Unternehmensanteile für Mandanten von mir zu verkaufen und zu kaufen und insofern ist das heute mein Haus- und Hofthema. Ich bin – wenn man so will – ein Mitbewerber in Deutschland von der Firma BDO, die diesen Prozess hier begleitet hat, und als Mitbewerber ist man ja immer so versucht, das Haar in der Suppe zu finden, was denn nicht so gut gelaufen ist. Und ganz ehrlich, ich habe mir die Pressekonferenz angeschaut, ich habe mir den Prozess genau angeschaut, und ich habe wirklich keinen einzigen Punkt gefunden, wo ich heute sagen kann, hätte man vielleicht noch besser machen können. In diesem Zusammenhang einfach mein Kompliment, nämlich, nicht nur was das Ergebnis betrifft sondern auch, was den Prozess betrifft, der dort hingeführt hat, zu diesem Ergebnis, dass man frühzeitig an einen alternativen Prozess, dass man frühzeitig auch sich auf die Suche begeben hat, eigene Angebote einzuholen, auch den Wert der Weitergabe des Rückkaufrechtes zu ermessen. All das hat dazu geführt, dass das Land Steiermark alle Handlungsoptionen im Griff behalten hat und ich gratuliere dir, lieber Peter Ebner, als Verantwortlicher und deinem Team zu diesem Prozess und ich gratuliere der Landesregierung, euch beiden natürlich an der Spitze Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, wie ihr das Ganze gehandhabt habt. Das könnte man am Markt nicht besser finden. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Und jetzt komme ich zu den Ausführungen der Opposition. Herr Dr. Murgg, freut mich, dass wir einmal ein Thema gefunden haben, nach fast vier Jahren, wo wir gemeinsam einer Meinung sind. Etwas möchte ich Sie bremsen, was die furchtbaren Finanzinvestoren betrifft, weil die Tatsache, dass Macquarie als Finanzminister jetzt seit 2015 an der Energie Steiermark beteiligt war, hat ja nicht dazu geführt, dass die Energie Steiermark ein Spekulationsobjekt geworden ist, hat auch nicht dazu geführt, dass die Energie Steiermark Anteile für das Land Steiermark weniger wert geworden sind, sondern die Wertsteigerung, die wir seit 2015 mitgemacht haben, haben wir natürlich mit den 75 % auch mitgemacht. Muss man schon dazu sagen. Also es ist in diesen Jahren auch einiges Gutes passiert. Aber hauptsächlich möchte ich natürlich auf die FPÖ und auf die NEOS eingehen. Lieber Niko, ihr seid doch die Wirtschaftspartei, so hat sich zumindest einmal euer Gründer deklariert. Und es ist schon eine abenteuerliche Argumentation, wenn sich ein Abgeordneter einer politischen

---

Partei hier rausstellt und der Politik abspricht, Entscheidungen zu treffen, ohne zu wissen, was sie vielleicht in vier und fünf Jahren genau an Nachfolgeaktion setzen wird. *(KO LTAvg. Swatek, BSc: „Weißt du, ob Landeshauptmann Drexler in fünf Jahren noch ist?“)* Da können wir aufhören Politik zu betreiben. Da können wir aufhören, etwas zu tun, *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* dann legen wir das Werkzeug nieder. *(KO LTAvg. Swatek, BSc: „Das ist Überheblichkeit.“)* Es ist absolut ein Humbug von der Landesregierung zu verlangen, dass sie heute schon weiß, was sie in einiger Zeit – so ist es nämlich deklariert worden – als beste Option für die Anteile der Energie Steiermark sieht. Es wäre auch ein Humbug jetzt schon hinzugehen und zu einem Käufer zu sagen, ich kaufe das für 525 Millionen und sie dürfen es für 700 wieder abkaufen. Das ist einfach ein absoluter Blödsinn. Das ist einfach etwas, was so nicht funktioniert. Zumindest nicht, wenn man politische Verantwortung trägt. Und ich glaube, rede einmal mit deinem Kollegen in Wien, der wird dir vielleicht, was Regierungsverantwortung betrifft, einige Dinge noch beibringen können. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Jetzt, was das Schuldenthema betrifft, liebe FPÖ: Ihr sagt es ja immer wieder und seid ich in diesem Haus bin – wie Schmalz auf das Schreckgespenst – mit sechs Milliarden Schulden an der Wand, bis jetzt nicht erreicht sind, weil das Land immer besser gewirtschaftet hat. Was passiert denn in der Transaktion tatsächlich? Ja, es werden neue Schulden aufgenommen um einen Kaufpreis zu finanzieren, aber ein Kaufpreis, der deutlich unter dem Wert liegt, der von unabhängigen Experten bestätigt worden ist. Und da bin ich beim Mehrwert, den du gesucht hast, lieber Stefan. Der Mehrwert ergibt sich finanziell, weil finanziell kaufe ich etwas mit Schulden auf der Passivseite und auf der Aktivseite generiere ich einen Wert der deutlich darüber liegt. Also gewinne ich etwas für das Land und für die Steiermark *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* und verliere nicht. Und ich frage heute euch hier ganz ehrlich, euch beide als Anhänger einer Wirtschaftspartei, und auch ihr habt einen wirtschaftlichen Sachverstand, den gestehe ich euch zu: Was würdet ihr heute hier machen, wäre unsere Entscheidung anders gewesen, bei der Faktenlage? Und ich wiederhole es noch einmal, Hannes Schwarz hat das hervorragend wiedergegeben. Wir kaufen etwas, was zwei unabhängige Gutachten wesentlich – wesentlich – mehr bewertet haben, nicht um irgendwie fünf oder zehn Millionen, sondern mindestens 100 Millionen bis 200 Millionen mehr bewertet haben, als das, was der Kaufpreis jetzt ist. Die Dividende, nachdem wir auch 2022 die Dividende bekommen, ist höher als die Zinsen, die wir bezahlen. Das Bestgebot von Macquarie war höher als der Preis, den sie uns angeboten haben. Es gibt keine Garantie, dass wir bei einem Wiederverkauf an jemand

anderen wieder eine so vorteilhafte Konsortialvereinbarung bekommen würden und damit in die Lage versetzt werden würden, auch in Zukunft einen Prozess, was passiert mit den Anteilen, passieren würde. Wir würden riskieren in ein Beihilfeverfahren der EU hineinzusteuern und last but not least, die Anteile sind für einen Mehrheitsaktionär, Minderheitsanteile zu übernehmen, wesentlich mehr wert als für irgendeinen anderen Dritten. Warum? Einfaches Beispiel: Wenn einer ein Auto besitzt und die vier Reifen gehören wem anderen, ja, ist für euch der Mehrwert die vier Reifen aufzukaufen, damit ihr fahren könnt, größer als beim Dritten, der sie auf ein anderes Auto draufklebt? Und deswegen ist alleine schon da ein Mehrwert gegeben, den du so deutlich suchst. All diese Gründe würdet ihr uns heute mit dem nassen Fetzen um die Ohren hauen, wenn wir sagen würden: „Nein, wir haben das nicht gemacht, wir ergeben uns in das Risiko, dass irgendwer diese Anteile kauft, dass irgendwas in fünf Jahren passiert, wo wir überhaupt keinen Einfluss mehr haben.“ Ihr würdet uns mit Recht mit dem nassen Fetzen durch dieses Hohe Haus jagen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und weil ihr einfach, und das war schon entlarvend – das stimmt ja auch, ihr seid Opposition, ihr müsst ja opponieren, ihr könnt ja eigentlich gar nicht zustimmen, das ist zumindest euer Selbstverständnis, das habt ihr ja so zwischen den Zeilen ja auch angedeutet – in Wahrheit weiß ich mit ziemlicher Sicherheit, wenn ich mit euch direkt reden würde, dass der eine oder andere sagt, na so blöd ist das nicht, was ihr heute tut. In dem Zusammenhang noch einmal, meine herzliche Gratulation, es ist heute ein guter Tag für die Steiermark, es ist ein guter Tag für die Steirerinnen und Steirer. Die ganzen inhaltlichen Themen wurden ja genannt, aber auch betriebswirtschaftlich. Wir kaufen etwas für einen Preis, was mehr wert ist in den Büchern als das, was wir dafür bezahlen müssen. Und alleine das reicht aus zuzustimmen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.10 Uhr)*

**Erste Präsidentin Khom:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Werner Murgg. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**LTAbg. Dr. Murgg – KPÖ (11.11 Uhr):** Frau Präsidentin, werte Landesregierung, Herr Landeshauptmann, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ja, es kommt wirklich selten vor, dass ich mit dem Kollegen Kinsky einer Meinung bin. Einmal war es schon bei der Nahverkehrsabgabe, nämlich nicht, dass Sie für die Nahverkehrsabgabe gewesen wären, aber Sie haben mir zugestanden, damals, dass man zumindestens darüber nachdenken soll. Okay. Ich kann fast emotional anschließen, wie Sie

---

aufgehört haben. Wenn wir heute diesen Beschluss nicht gefasst hätten, das wäre nämlich die wirkliche Fahrlässigkeit gewesen, weil dann wäre in der Energie Steiermark möglicherweise wieder jemand drinnen gesessen, der uns in den nächsten fünf, zehn, 20 Jahren – je nachdem, wie lange er diese Anteile behalten will – der uns möglicherweise das Leben schwergemacht hätte. Da haben wir beim Macquarie ja Glück gehabt. Aber es hätte auch anders kommen können. Und deswegen ist es hoch vernünftig, heute diesen Rückkauf zu machen. Zur Spekulation: Es ist, ich glaube, Kollege Fartek war es, der das schon aufgeklärt hat, danke Mario Kunasek, du passt immer genau auf, was ich und was andere sagen, ich habe mich ungünstig ausgedrückt. Natürlich sinken die Schulden nicht, und ich habe auch gar nicht die Maastricht Kriterien und das Maastricht Defizit gemeint, ich habe schlicht und einfach das gemeint, dass man um 17,5 Millionen Dividende mehr bekommt und 10,88 Millionen Zinsen zahlt und das Delta ist positiv. Das habe ich gemeint. Ich weiß schon, ihr habt es eh schon gesagt und werdet es noch einmal sagen, man weiß nicht, wie hoch die Dividende in Zukunft sein wird. Nichts Genaues weiß man nicht. Niemand weiß das von uns, aber jetzt ist es so und deswegen ist vor dem Hintergrund, dass Schlimmes passieren hätte können, wenn das Land hier nicht kauft, vernünftig, es zu kaufen. Und weil du auch gesagt hast: „Ja, Dr. Murgg, hat da irgendwie eine Glaskugel im Büro und deswegen war 2015 auch eine Spekulation, dass man das vielleicht hätte kaufen sollen.“ Ich sage, wer sich damals mit den Energiemärkten und mit den Preisen beschäftigt hat, der hätte zur Einsicht kommen müssen, dass diese 260 Millionen ein Schnäppchen gewesen wären und es war falsch, das damals nicht zu kaufen. Und Franz Voves hat es ja nicht deswegen gekauft, weil er das nicht weiß, sondern aus ideologischen Gründen. Weil er einfach irgendwie Angst gehabt hat, da kommen dann irgendwie wieder andere und sagen, der ist doch nicht der große, ich weiß nicht, Marktwirtschaftler, der will da verstaatlichen. So wie heute die NEOS natürlich aus ideologischen Gründen dagegen sind. Ich weiß, ihr seid – um ein Wort von Thomas Bernhard aus dem Heldenplatz zu verwenden, er hat es auf den Franz Vranitzky gemünzt – Staatsverschacherer, sage ich jetzt einmal. Das ist eure Ideologie und das verstehe ich, aber mit Vernunft hat das wenig zu tun. Sandra Krautwaschl hat ohnehin schon auf ein nicht aufzulösendes Dilemma hingewiesen. Wenn ihr sagt, der Staat, das sind solche Trottel, dass sie eigentlich kein Unternehmen führen können, es geht nur um die Rahmenbedingungen, dann frage ich mich, ja, warum sollen diese Trottel dann vernünftige Rahmenbedingungen machen? Also das ist einfach nicht durchargumentiert, was Sie hier sagen.

Aber jetzt zu dem, was ich noch sagen wollte, weil auch das der Kollege Swatek gesagt hat. Sie haben gefragt, dieser Rückkauf, was hilft das den Menschen? Ja, Verschiedenes! Die Grünen, Sandra Krautwaschl hat gesagt, wir kriegen eine Lenkung beim Ausbau der Erneuerbaren Energien. Es ist besser wir haben 100 % oder einen strategischen Partner, der mit uns marschiert, der vielleicht auch in Kraftwerksausbau Kompetenz hat, das haben wir leider durch die unzähligen Südpolverträge abgegeben, diese Kompetenzen, ist das eine vernünftige Sache, ist das ein Benefit, ist das ein Mehrwert, und ich sage auch mit den Strompreisen. Ich bin der Letzte, der jetzt hier verlangt, dass der Landtag Steiermark über die Strompreise abstimmen soll, das wird uns immer irgendwie unterstellt. Ich sage, wir müssen strategisch schauen, was mit den Überschüssen – nicht mit den Gewinnen – die Gewinne kommen erst später, aber wie die Überschüsse investiert werden? Ob man die in Erneuerbare Energien lenkt, ob man Rücklagen bildet, ob man hier auch für die Preisgestaltung, ohne dass wir jetzt konkret hier abstimmen, die Überschüsse verwenden. Und ich sage Ihnen noch etwas: Jeder, der sich mit den Energiepreisen und den Märkten ein bisserl beschäftigt – ich tu das – der wird wissen, dass heute in Schweden die Energieminister der EU zusammengekommen sind und um ein sogenanntes neues Marktdesign nachdenken. Und siehe da, dieses Marktdesign ist dem nicht ganz unähnlich, was die KPÖ, nämlich mit dem Strompool Austria schon vor einem dreiviertel Jahr vorgeschlagen hat. Und ich sage Ihnen noch etwas: Die rigidesten Strompreisregeln hat das kapitalistischste Land Europas, das ist die Schweiz. Also, es ist nicht alles schwarz und weiß, man muss hier die Grautöne sich genau anschauen. Das wollte ich eigentlich noch gesagt haben. Mir würde noch viel einfallen, aber ich will die Zeit nicht über Gebühr strapazieren. Noch einmal, ich glaube, im Großen und Ganzen ist es heute ein guter Tag für die Steiermark. Danke. (11.17 Uhr)

**Erste Präsidentin Khom:** Noch einmal zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Nikolaus Swatek. Bitte schön, Herr Klubobmann.

**KO LTAbg. Swatek, BSc – NEOS (11.17 Uhr):** Ja, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, werte Landtagspräsidentin, werte Steirerinnen und Steirer, ja und lieber Andreas Kinsky!

Ich war ein bisserl enttäuscht von deiner Wortmeldung, habe mir gedacht, da kommt mehr Munition, war dann doch nicht so. Ich möchte aber trotzdem darauf eingehen, und zwar, weil du sehr stark und vor allem auch die Landesregierung auf das Prinzip Hoffnung setzt. Ihr hofft darauf, dass der Unternehmenswert steigt. Ihr hofft darauf, bei der nächsten Wahl noch

---

das Ruder in der Hand zu haben. Und es ist auch überheblich zu glauben, dass man in drei Jahren noch den Landeshauptmann stellt, denn nicht die steirische Volkspartei entscheidet, wer den Landeshauptmann stellt, sondern die Wählerinnen und Wähler und da wird man sehen müssen, wie sie bei der Landtagswahl entscheiden werden. Und zu glauben, dass das ein Selbstläufer ist, ist halt doch ein wenig traurig. *(KO LTAvg. Riener: „Das ist pure Verzweiflung.“)* Denn ja, die Wahrheit ist und das hast du ja selber bestätigt, ihr habt noch wirklich keinen Plan, wie so ein Verkauf ausschauen soll. Ja, man ist sich intern ja noch nicht einmal einig, ob man an die Börse gehen soll, ob man nicht doch einen strategischen Partner braucht und wenn man die Wortmeldungen, ich sage es noch einmal, des Werner Murggs hier verfolgt, der vor allem die Börse auch kritisiert, ja dann sieht man auch, wie der Landeshauptmannstellvertreter mit dem Kopf nickt und offensichtlich auch kritisch gegenüber der Börse ist. Und das halte ich bei 525 Millionen Euro Steuergeld für nicht den richtigen Weg. *(KO LTAvg. Riener: Optimieren, Optionen zu haben, das ist das Ziel.“)* Das sage ich einfach. Wir verschulden uns und haben keinen essentiellen Mehrwert daraus. Wir besitzen bereits 75 % der Energie Steiermark. *(KO LTAvg. Riener: „Da haben Sie uns nicht zugehört.“)* Wir besitzen die Mehrheit. Wir können heute schon die Erneuerbaren Energien aus der Energie Steiermark heraus vorantreiben, aber noch viel wichtiger: als Landesregierung. Denn die Politik muss die Rahmenbedingungen für Erneuerbare Energien schaffen, die Politik muss in Erneuerbare Energien investieren und ja, da spielen die Gewinne, die die Energie Steiermark – auf Kosten der Steirerinnen und Steirer, darf man auch nicht vergessen – erwirtschaftet, eine wichtige Rolle. Aber das wichtigste Rädchen in diesem Zahnrad, das ist die Landesregierung. Und wie oft diskutieren wir hier über Erneuerbare Energien? Wie oft diskutieren wir hier über das Energienetz in der Steiermark? Wie oft diskutieren wir darüber, dass es Investitionen braucht und bessere Rahmenbedingungen braucht *(KO LTAvg. Riener: „Das bestreitet ja keiner.“)* und daran wird man in Zukunft sehen, ob die Erneuerbare Energie und die Klimawende gelingt und nicht daran, ob dieser Verkauf hier heute gelingt, der hat kaum einen Einfluss darauf, ob der Klimawandel gestoppt wird oder nicht in der Steiermark. Und was ich auch nicht verstehe, ist, warum man bei diesem Prinzip Hoffnung nicht bereit dazu ist, auch sich klare Grenzen zu setzen. Warum man sich nicht vielleicht auch eingesteht, ja, dass man nicht weiß, was vielleicht nach der Wahl ist oder was vielleicht kommt, *(KO LTAvg. Riener: „Was hat das damit zu tun?“)* dass man klare Rahmenbedingungen schafft, dass man sich sicher sein kann, dass die Energie Steiermark nicht zum politischen Spielball wird. Ein Beispiel: die Dividenden. Wie oft greift

die Politik dazu, die Dividenden der Staatsunternehmen zu erhöhen, wenn sie gerade ihr Budget aufbessern muss. Aber das ist ja gerade das Ziel, von dem wir gesprochen haben, dass das in die Erneuerbaren Energien reingehen soll. Und da wäre es doch gut, sich gesetzlich hier klar eine Grenze zu geben. (*Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe der ÖVP*) Wir oft sehen wir, dass die Politik Aufsichtsräte eher nach Parteibuch besetzt, als nach Kompetenz. Und da wäre es doch der richtige Weg, hier ÖPAG zum Beispiel, gutes Beispiel, ÖVP Beispiel, sehen wir auch in der Vergangenheit, ESTAG und Co, Sie waren dabei, Herr Landeshauptmann, Sie müssten der sein, der hier die Kontrolle und die Macht begrenzen will und nicht der, der sich in Ausflüchte verrennt.

Und genau deswegen möchte ich auch den Antrag einbringen: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Rahmen des Budgetvollzugs des Nachtragsbudgets 2023 ein Transparenzpaket umzusetzen, welches im Sinne der Nachvollziehbarkeit und Effizienz zumindest folgende Maßnahmen enthält:

1. Alle Studien und Gutachten, die zum Kauf der Anteile der Energie Steiermark geführt haben, unverzüglich zu veröffentlichen.
2. Die neu zu besetzenden Aufsichtsratsposten der Energie Steiermark auszuschreiben und dafür öffentliche Hearings zu veranstalten.

Zu 1. sei noch dazu erwähnt, dass es seit 1. Jänner dieses Jahres so gesetzlich vorgesehen ist, dass der Staat Gutachten veröffentlicht und dass man, auch wenn man dann plant, an die Börse zu gehen, mehr Daten veröffentlichen muss, als das heute der Fall ist. Und für mich stellt sich schon die Frage, warum es hier auch Fraktionen im Raum gibt, die solch einem Deal zustimmen, ohne alle Finanzdaten auch wirklich in der Hand zu halten. Diesen Weg könnten wir NEOS nicht gehen. (*Beifall bei den NEOS – 11.22 Uhr*)

**Erste Präsidentin Khom:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmannstellvertreter Anton Lang. Bitte schön.

**Landeshauptmannstellvertreter Anton Lang – SPÖ (11.22 Uhr):** Geschätzte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, liebe Kolleginnen und Kollegen in der Landesregierung, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte zu Beginn meine Freude zum Ausdruck bringen, dass Kollege Kinsky wieder da ist, es war herzerfrischend und strotzt deine Rede von Wissen und das ist nicht immer so, wenn man da manchen zuhört.

Meine Damen und Herren, es ist heute aus meiner Sicht ein historischer Tag, es war eine historische Zeit in den letzten Wochen, eine sehr gute Zeit für die Energie Steiermark, für das Land Steiermark, da möchte ich noch darauf eingehen, aber vor allem und das möchte ich auch sagen, persönlich für mich auch ein historischer Tag. Und ich begründe das gleich. Ich glaube, ich kenne Dr. Murgg jetzt, auch aus unserer gemeinsamen Zeit in der Kommunalpolitik aus Leoben – dürften 20 Jahre sein, wo wir uns kennen, 25 Jahre, also fast ein Jubiläum, aber ich muss sagen, Dr. Murgg hat mich persönlich noch nie gelobt und das ist heute für mich also auch etwas Besonderes. Danke. Das verschönert mir natürlich heute diesen wunderbaren historischen Tag.

Ich möchte ein bisserl eingehen, auf die Wortmeldungen der Parteien, die also heute hier nicht zustimmen, auf die Redner, und möchte mit Klubobmann der NEOS, Swatek, beginnen. Also ich glaube, dass diese heutige Rede, die erste und auch die zweite, sicher nicht von der künstlichen Intelligenz geschrieben wurden, weil diese Reden, beide, strotzten einfach von Unwissenheit, von Unwahrheiten, von Behauptungen und Unterstellungen, beispielhaft führe ich hier die Zusammensetzung und die Arbeit des Aufsichtsrates an, das beweist mir, dass du diese Rede selbst geschrieben hast. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) Über alles andere, glaube ich, kann sich jeder selbst seinen Reim machen und ich möchte mich eigentlich ausführlicher den Ausführungen der FPÖ widmen, den beiden Rednern Mario Kunasek und Stefan Hermann. Ich darf das zusammenfassen, weil grundsätzlich habt ihr ja die gleichen Punkte, warum ihr dagegen seid, ins Treffen gebracht. Vielleicht der eine oder andere mit anderen Worten. Persönlich habe ich den Eindruck, wenn ich euch zugehört habe, dass es euch vielleicht nicht so leichtgefallen ist, auch der Klubobmann Mario Kunasek hat das ja auch im Eingang seiner Rede gesagt, und das letztendlich trotzdem halt sozusagen die politische Überzeugung gewonnen hat, dass man der Landesregierung, dem Regierungsteam diesen Erfolg – und letztendlich ist es ein politischer Erfolg – nicht vergönnt hat. Und, liebe Kolleginnen und Kollegen der FPÖ, wenn man diese Punkte hernimmt, die ihr ins Treffen führt, dann fange ich mit dem Punkt an, den Mario Kunasek als erstes genannt hat. Ja, 100 % Landesbesitz, die Gefahren, dass die Begehrlichkeiten der Politik steigen, sind jetzt immens groß oder was? Da muss man sagen, bisher haben wir 75 % gehabt. Und ich habe nirgends irgendwo – ich bin seit einigen Jahren also dabei, für die Finanzen zuständig, im Ko-Rreferat

auch für Beteiligung seit 2019 – also ich habe nirgends irgendwo eine Einflussnahme oder irgendwo in das operative Geschäft oder was, habe ich nie feststellen können. Darum ist es mir nicht ganz klar, was sich da ändern sollte. Es hat bisher das Aktiengesetz gegolten, es gilt auch bei 100 %. Also das verschließt sich mir, was sich hier ändern kann in der Zukunft. Das Zweite, und das ist mir ganz wichtig auch entsprechend zu beantworten, liebe Kollegen, ihr habt da immer von Spekulation gesprochen. Hoffnung, das Wort Hoffnung ist auch immer gesagt worden. Also ich möchte das hier einmal ganz klar festhalten. Wir zwei, federführend, wir wollen nicht spekulieren, wir hoffen auch nicht, sondern wir sind überzeugt davon, dass das das Richtige war diese Entscheidung zu treffen, diese 25 % Aktienanteile plus – hängen ja noch ein paar Aktien dabei – wieder in das Landesvermögen zu holen. Und ich glaube, meine Damen und Herren, wenn man heute hier spricht und sagt, okay, wir können uns das nicht leisten, wir wissen nicht, wie sich dieses Unternehmen weiterentwickelt, dann haben wir in einem Punkt Übereinstimmung: Eine Garantie hat man für vieles nicht im Leben. Das muss man ganz klar sagen. Und eine Garantie hat man auch nicht, wie sich Energiemärkte, wie sich Unternehmen entwickeln. Aber die Wahrscheinlichkeit ist sehr, sehr hoch, dass sich dieses Unternehmen auch in den zukünftigen Jahren so gut entwickelt wie bisher in der Vergangenheit und das ist ja mit der Grund, wenn man heute hier spricht, dass jetzt der australische Fond so gut aussteigt. Ja, das ist ja nicht einfach geschenkt worden, sondern das ist hart in diesem Unternehmen von mehr als 1000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kontinuierlich erwirtschaftet worden. Und wir, und das ist die Landesregierung, wir sind überzeugt davon, dass dieser Weg weiter fortbeschritten wird und damit auch die Entwicklung weiterhin positiv ist. Und jetzt komme ich zu dem Thema, insgesamt der Energie Steiermark Entwicklung, wie steht die Energie Steiermark da? Meine Damen und Herren, in dieser schwierigen Zeit, nicht nur in Österreich, nicht nur in Europa, größtenteils weltweit und die Energiemärkte eigentlich Anführungszeichen „verrücktgespielt“ haben, das muss man einmal sagen, da gibt es wunderbare Charts, empfehle ich euch einmal anzuschauen, wie die Energiepreise innerhalb von 24 Stunden in die Höhe geschossen sind dann wieder herunter, keine einfache Situation, hat man, wie es heißt, in dieser Form noch nie erlebt in den letzten Jahrzehnten. Und trotzdem ist es unserem Unternehmen gelungen, diese Energiekrise, diese Volatilität so zu beherrschen, dass wir eigentlich nie ins Trudeln gekommen sind. Und ich behaupte, dass die Energie Steiermark ein Juwel ist, mit großartigen Zukunftsperspektiven. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Und wenn da auch angeführt wurde, die Energie Steiermark muss investieren – ja, Gott sei Dank, investiert die Energie Steiermark

in den Netzausbau, die Stärkung der Netze ist einfach notwendig. Wir wissen das vom Vorstand, vom Aufsichtsrat, kundgetan, in den nächsten zehn Jahren sollen es 1,5 Milliarden Euro sein, die alleine in den Netzausbau investiert werden. Dazu kommen alle anderen Investitionen wie Wasserkraftausbau, Photovoltaik, andere grüne Energieformen werden da mitausgebaut und investiert die Energie Steiermark. Daher bin ich überzeugt davon, dass diese Energie Steiermark in der Zukunft noch einen großen Mehrwert haben wird.

Und jetzt komme ich zu dem Thema Budget, weil das war da jetzt ja ein Hauptargument, warum man dem nicht zustimmt. Liebe Kollegen, bleiben wir doch ganz ehrlich bei der Diskussion, man kann sich ja nicht da herstellen und sagen, ja jetzt geben wir 540 Millionen Euro aus, die wir nicht haben und damit verschulden wir das Land, wir machen es quasi handlungsunfähig, das Wort habe ich mir aufgeschrieben, weil wir keinen Spielraum mehr haben. Liebe Kollegen, mit diesem Kauf dieses Anteiles erhöhen wir unser Vermögen und da bin ich halt bei den unabhängigen Gutachtern von weit mehr als 600 Millionen. Und dieses Delta alleine rechtfertigt schon, dass wir diesen Kauf vornehmen. Und natürlich, wenn ich hernehme, wir müssen Zinsen zahlen, wir haben eine Dividende, es bleibt uns sogar ein bisserl was über, das ist ja fix, wir wissen ja, wie wir uns verschulden, Kollege Stefan, und wir wissen, was wir für eine Dividende heuer bekommen. (*LTA*bg. Mag. Hermann: „Heuer?“) Also kann ich das sagen. Und für nächstes Jahr gibt es eine Vorschau und länger werden wir es wahrscheinlich nicht behalten. Also wo ist da das Risiko für das Land Steiermark? (*LTA*bg. Mag. Hermann: „Zwei Jahre?“) Wir reden von zwei Jahren, von drei Jahren, haben wir in den Aussendungen gesagt. (*LTA*bg. Mag. Hermann: „Wie lange dauert der Prozess, bis das abgewickelt ist? Drei Jahre?“) Das geht recht rasch bei unserem guten und bewährten Team, lieber Stefan. Bin überzeugt davon. Aber ich will es nur sagen, und dann komme ich jetzt zur Budgetpolitik und das ist mir besonders wichtig. Ihr habt eigentlich, auch im vergangenen Jahr, ist ja noch nicht so lange her, da kann ich mich noch fast wortwörtlich daran erinnern, aber die Jahre zuvor, immer habt ihr gesagt, jetzt sind wir an die Wand gefahren, wir sind hochverschuldet, wir haben keinen Spielraum mehr, wir können sowieso nichts mehr tun: Wenn das so wäre, liebe Kollegen der FPÖ, ja glaubt ihr wirklich, wir würden dann das Geld so kriegen am Markt? Glaubt ihr das wirklich? Nein, wir kriegen es deshalb, weil wir ein Top Rating haben, das erst jetzt wieder im Jänner bestätigt wurde. In diesen schwierigen Zeiten, wo es bei anderen nicht so gegangen ist, bei anderen geretteten Ländern. Bei uns schon in der Steiermark. Wir kriegen das und das ist deshalb, weil wir verantwortungsvoll mit unserem Geld – dem Geld der Steirerinnen und Steirer umgehen. Und

das ist die Wahrheit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie ich heute da runtergefahren bin von Leoben nach Graz, habe ich mir halt so vorgestellt, wie ich im Radio schon gehört habe, die FPÖ ist dagegen, da habe ich für mich gedacht, und der Kollege Kinsky hat es angesprochen dankenswerter Weise, da habe ich mir so gedacht, wie würdet ihr da heute agieren, hätten wir gesagt, nein, wir kaufen das nicht. Und dann wäre ein Gutachten aufgetaucht, dass diesen Anteil von 25 % mit mehr als 100 fast mit 200 Millionen Euro höher einstuft. Also ich kann mir ungefähr vorstellen, was ihr da uns alles gesagt hättet. *(LTAvg. Mag. Hermann, MBL: Jetzt spekulierst du schon wieder.“)* Nein, ich spekuliere nicht, ich bin überzeugt davon. *(Erste Präsidentin Khom: „Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich stelle die Frage, nimmst du dein Recht, dich ein zweites Mal zu Wort zu melden in Anspruch, weil dann würde ich das jetzt so ..., sonst ist deine Redezeit zu Ende.“)* Eigentlich wollte ich mich in zwei Minuten noch bedanken, wenn ich das noch darf, sonst setze ich mich nieder und nehme das Recht noch einmal in Anspruch. *(11.34 Uhr)*

**Erste Präsidentin Khom:** Ja, dann bitte nimmt Herr Landeshauptmann das Recht sich ein zweites Mal zu Wort zu melden in Anspruch und ich bitte dich jetzt.

**Landeshauptmannstellvertreter Anton Lang – SPÖ (11.34 Uhr):** Danke. Ich will das nicht in die Länge ziehen, ich habe eigentlich alles gesagt, was ich wollte. Letztendlich möchte ich mich wirklich sehr, sehr herzlich bedanken. Das, was heute hier vielleicht in zwei Stunden diskutiert wird, das ist ein Prozess gewesen, über letztendlich Wochen und Monate, der hervorragend begleitet und vorbereitet wurde. Möchte mich an dieser Stelle wirklich auch für die gute Zusammenarbeit, diesem Naheverhältnis bedanken. War für uns auch nicht immer leicht, wenn man solche Entscheidungen trifft und man weiß, welche Gefahren lauern quasi auf der einen Seite, wenn man nichts sagt und auf der anderen Seite, wenn man vielleicht etwas zu viel sagt. Möchte mich sehr herzlich bedanken bei unseren externen Beratern, aber vor allem bei der Finanzabteilung des Landes Steiermark. Und drei des Teams der Finanzabteilung sind heute da, sitzen hier im Auditorium, darf mich bei dir, liebe Angelika Klee, bei dir, lieber Michi Spreitzhofer, und beim Chef, beim Peter Ebner, herzlich bedanken. Ihr habt eine großartige Arbeit geleistet. Bitte euch, diesen Dank auch dem ganzen Team so weiterzugeben. Jetzt nähern wir uns dem Finale, heute da, wenn wir dann das sogenannte Cloast noch machen, dann müssen wir überweisen, dann ist der Großteil dieser

Arbeit erledigt. Ganz geht sie uns nicht aus. Noch einmal ein großes Danke und vor allem ein Danke da allen Parteien, die heute hier zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.36 Uhr)*

**Erste Präsidentin Khom:** Abschließend zu Wort gemeldet Landeshauptmann Christopher Drexler. Bitte schön, Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Mag. Drexler – ÖVP (11.36 Uhr):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, Kolleginnen, Kollegen auf der Regierungsbank, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, vor allem aber liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, Steirerinnen und Steirer!

Ich bin wirklich froh, dass wir heute hier mit einer breiten Mehrheit eine gute Entscheidung für die Steirerinnen und Steirer, für unser Heimatbundesland treffen, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Wir haben uns diese Entscheidung nicht leichtgemacht. Anton Lang hat bereits darüber gesprochen. Wir haben frühzeitig auf externe Beratung gezählt, wir haben externe Expertise herangezogen, wir haben uns selbst sehr intensiv mit der gesamten Materie beschäftigt, denn wenn Sie sich vielleicht erinnern an den Landtag, wo wir eine Dringliche Anfrage der KPÖ behandelt haben zu diesem Thema, habe ich damals gesagt, dass ich den Eindruck habe, dass wir in energiepolitischen Fragen in diesem Land der Steiermark, in der Vergangenheit, in verschiedenen Jahrzehnten, bei Weggabelungen manchmal die falsche Abzweigung genommen haben. Und ich habe gesagt, dass gerade aus dieser Erkenntnis heraus mir diese Entscheidung eine der wichtigsten in dieser Legislaturperiode ist und ich habe mich schon, bevor ich in diesem Haus zum Landeshauptmann gewählt wurde, sehr intensiv mit dieser Fragestellung auseinandergesetzt und ich kann Ihnen sagen, aus tiefer Überzeugung haben Anton Lang und ich diesen Vorschlag gemacht, haben wir diese Regierungsvorlage vorgelegt, weil wir zutiefst davon überzeugt sind, dass es die richtige Entscheidung für dieses Land ist. Und wissen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, weil da so viel von Zukunft und Ungewissheit in der Zukunft die Rede war. Bei einer Entscheidung wie dieser, ist für mich die Frage, ein ganz wesentliches Leitmotiv, ob ich meinen vier Kindern in die Augen schauen kann, wenn ich diese Entscheidung treffe. Und meine sehr verehrten Damen und Herren, das kann ich. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Ich möchte mich für die weitgehend konstruktive Debatte bedanken. Bedanke mich zuvorderst natürlich bei jenen Fraktionen, die heute dieser

Entscheidung zustimmen werden – nicht nur die Regierungsfractionen, sondern auch die Grünen und die KPÖ. Ich freue mich aber auch über die konstruktiven und differenzierten Ausführungen von Klubobmann Kunasek, der dargelegt hat, wie man in einem Entscheidungsprozess eben auch zu einer anderen Meinung als Fraktion kommen kann. Und weil vom Mehrwert die Rede war, einen Mehrwert nehmen der Mario und ich heute mit, wir fürchten uns nicht voreinander. Ist das nicht schön, meine Damen und Herren. Also eine weitgehend konstruktive Debatte, aber ich verhehle nicht, dass mich die Wortmeldungen vom Klubobmann Swatek ein wenig erstaunt zurückgelassen haben, denn Sie haben zum einen einige neoliberale Plattitüden zum Besten gegeben, das ist notwendig für Ihren Fansektor und den einen oder anderen Stammwähler, aber Sie haben ansonsten ein meines Erachtens verheerendes Politikverständnis zum Besten gegeben. Wenn Sie nämlich gesagt haben, wenn ich Sie richtig verstanden habe, Sie verstehen nicht, wie diese Landesregierung eine Entscheidung fällen kann, obwohl wir nicht wissen, wie die nächsten Landtagswahlen ausgehen, und obwohl wir nicht wissen, wie die nächste Landesregierung aussieht. Also erstens Herr Klubobmann, meine Zuversicht ist sehr groß, dass wir eine Landesregierung der Kontinuität zu dieser Legislaturperiode auch nach den Landtagswahlen haben werden und meine Zuversicht ist groß und ich werde jede Anstrengung unternehmen, in den nächsten Monaten und Jahren, Ihnen auch in der nächsten Legislaturperiode als Landeshauptmann gegenüberzustehen, Herr Klubobmann. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Aber wissen Sie, Herr Klubobmann, was das Verheerende an dem heute zur Schau gestellten Politikverständnis ist, dass Sie eben sagen, wenn man nicht weiß, wie die nächsten Wahlen ausgehen, soll man keine Entscheidung treffen. Und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist ein Politikverständnis von Mutlosigkeit und Stillstand. Und das ist das Gegenteil dessen, was diese Regierung tut. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Ich bin im Übrigen aber sehr froh, über ein ganz wesentliches Element der heutigen Debatte, es ist nämlich praktisch von allen Fraktionen gesagt worden, dass es keine Begehrlichkeiten der Politik geben soll ins operative Unternehmensgeschäft einzugreifen. Es ist von allen Fraktionen darauf hingewiesen worden, dass es notwendig ist, das Management in diesem Unternehmen ruhig arbeiten zu lassen und es ist einschließlich der Wortmeldung von Dr. Murgg gesagt worden, dass nicht der Landtag in Hinkunft die Strompreise festsetzen wird. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist heute für mich ein positives Zeichen demokratischer Reife dieses Hohen Hauses. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und ich kann wirklich ein weiteres Mal darauf hinweisen, dass es unser beider Absicht mit Sicherheit nicht ist, in dieses Unternehmen hineinzuregieren und

dergleichen mehr. Nein, wir sind eine aufgeklärte Regierung, wir sind eine Regierung, die im 21. Jahrhundert hier die richtigen Entscheidungen für die Zukunft setzen möchte, eine Regierung, die weiß, dass unsere Aufgabe es eben nicht ist, Managementaufgaben in landeseigenen Gesellschaften zu übernehmen. Unsere Aufgabe ist es, umsichtig die Rolle des Eigentümers zu übernehmen. Und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, tun wir heute auch mit dem Aufgriff dieser 25 % plus einiger Aktien, um sicherzustellen, dass wir in einer bewegten Zeit, bevor es darum geht, Weichenstellungen für die Zukunft der Energie Steiermark und damit des Energieversorgungsunternehmens der Steirerinnen und Steirer zu stellen, Herr im eigenen Haus sind. Und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird durch die heutigen Beschlüsse sichergestellt. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Es sind vor allem zwei Motive, die uns leiten, und es ist ja die Frage nach dem Mehrwert gestellt worden, es ist die Frage gestellt worden, warum man das denn überhaupt tut? Man wäre ja jetzt schon 75 % Eigentümer gewesen. Ja, Herr Klubobmann Swatek, ich darf Sie höflich einladen, sich damit zu beschäftigen, was die Optionen des Landes Steiermark entlang des Verkaufsprozesses von Macquarie gewesen wären. Dann sehen Sie nämlich, dass ein bloßes neoliberales Zurücklehnen in dieser Situation die falsche Option für das Land Steiermark gewesen wäre, und dann sehen auch möglicherweise die Kollegen von den Freiheitlichen, dass es tatsächlich einen Mehrwert gibt. Was sind die zwei Motive? Das eine Motiv hat Anton Lang sehr intensiv herausgearbeitet und eigentlich auch schon Klubobmann Schwarz. Das ist die Tatsache, dass wir den Aufgriff der Minderheitsanteile um einen Preis realisieren können, der deutlich unter dem vorliegenden Wertgutachten und deutlich unter dem bilanziellen Wert des Unternehmens liegt. Und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, deutet schon an, dass jede andere Entscheidung letztlich unverantwortlich gewesen wäre. Eigentlich wäre jede andere Entscheidung zum Schaden des Landes und der Steirerinnen und Steirer gewesen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und das Zweite für mich so wesentliche Motiv, vielleicht sogar jenes, dass für mich im Vordergrund steht, ist, dass wir durch die heutige Entscheidung, durch den Aufgriff dieser Minderheitsanteile, durch die Tatsache, dass wir jetzt wieder 100 % der Anteile an der Energie Steiermark halten, dass sich für uns der ganze Bogen an Handlungsoptionen, der ganze Bogen an Handlungsspielraum ergibt, und das, Herr Klubobmann Swatek ist etwas, was Ihnen auch zugänglich sein sollte, weil nur dadurch, dass wir jetzt aufgreifen und nicht als Passagier einfach zuschauen beim Verkaufsprozess von Macquarie, ist sichergestellt, dass wir die Überlegungen anstellen können, die wir anstellen werden, wie wir in Zukunft die ideale Position für die Energie Steiermark definieren können –

eben entweder mit einem oder mehreren strategischen Partnern. Also möglicherweise anderen Energieversorgungsunternehmen eine Lösung zu zimmern, die uns fit macht, noch fitter macht und stärker macht, die Herausforderungen der Energiewende zu bewältigen und werthaltig ein zukunftssicheres Unternehmen zu gestalten oder aber einen langfristig orientierten Finanzinvestor als Partner ins Boot zu holen, der auch mit uns Seite an Seite in eine werthaltige Zukunft des Unternehmens marschieren möchte, oder eben drittens, tatsächlich den Weg zu gehen, an die Börse zu gehen – das Publikum, die Steirerinnen und Steirer, ins Boot zu holen der weitgehend landeseigenen Energie Steiermark. Und nur durch die heutige Vorgehensweise eröffnet sich für uns die ganze Spannbreite dieser Möglichkeiten, und das heißt, meine sehr verehrten Damen und Herren, durch die heutige Entscheidung, die mit so breiter Mehrheit getroffen wird, ist das Land Steiermark selbst in der Lage, die Zukunft der Energie Steiermark in die Hand zu nehmen und damit einen wesentlichen Teil der Zukunft des Landes in die Hand zu nehmen. Das ist ein guter Tag für die Steiermark, das ist eine Stärkung unseres Landes und ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, nach reiflicher Überlegung, nach Studium aller Unterlagen, dass wir heute eine exzellente Entscheidung im weiß-grünem Interesse treffen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.47 Uhr)*

**Erste Präsidentin Khom:** Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich komme somit zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, mit der Einl.Zahl 2860/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ, den Grünen der KPÖ und der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Ich komme zum Entschließungsantrag, mit der Einl.Zahl 2860/3, betreffend „Transparenzoffensive für die Energie Steiermark“ der NEOS, hier wurde eine punktuelle Abstimmung gefordert, und ich stelle die Frage, wer dem Punkt 1. die Zustimmung gibt, bitte dies mit einem Zeichen der Hand kundzutun:

Dieser Antrag fand mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ und der FPÖ und den NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Wer dem Punkt 2. des Antrages seine Zustimmung gibt, bitte um ein Zeichen mit der Hand:  
Dieser Antrag fand mit den Stimmen der Grünen und der NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Wir kommen zur Behandlung der Dringlichen Anfragen.

**D1:** Am Mittwoch, dem 22. Februar 2023 wurde von Abgeordneten der FPÖ eine Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 2869/1, an Herrn Landesrat Werner Amon betreffend „**Verpflichtendes Kinderschutzkonzept für elementarpädagogische Einrichtungen**“ eingebracht.

Ich erteile Herrn Abgeordneten Mag. Stefan Hermann das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt. Ferner ersuche ich um etwas Aufmerksamkeit auch bei dieser Dringlichen Anfrage. Bitte schön Herr Kollege.

**LTabg. Mag. Hermann, MBL – FPÖ (11.49 Uhr):** Vielen Dank, Frau Präsidentin! Geschätzter Herr Landesrat, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, werte Zuseher!

Ziel dieser Dringlichen Anfrage ist es heute, ein wichtiges Thema in den Fokus zu rücken, ein Thema, das leider erst immer dann den Weg in den politischen Diskurs findet, wenn es zu Vorfällen kommt und dann ganz rasch wieder aus der Tagespolitik verschwindet. Ich hoffe sehr, dass es trotz UVP Skandal, den wir nachher behandeln werden, und ESTAG Kauf eine breite Diskussion sowie eine Art Bewusstseinsbildung über diesen wichtigen Bereich auch gibt. Denn es ist so, dass Kindesmissbrauch leider in den unterschiedlichsten Formen und Delikten passiert: Häusliche Gewalt, sexuelle Übergriffe im privaten Umfeld oder in Betreuungseinrichtungen, die Herstellung und der Besitz von Kinderpornographie. Das tatsächliche Ausmaß und die Zahl der Betroffenen sind leider nur sehr schwer zu ermitteln. Da gibt es eine UNICEF Dunkelfeld Studie, die im letzten Jahr auch im ORF veröffentlicht wurde, die aussagt, dass jedes vierte Mädchen und jeder achte Bub mindestens einmal während der Kindheit Opfer eines sexuellen Übergriffes wird. Aus Scham über diese Übergriffe wird meist geschwiegen und deshalb werden viele Fälle nicht angezeigt oder Verfahren eingestellt. Kinderschutz ist in Österreich in zahlreichen Gesetzen auf Basis der UN-Kinderrechtskonvention normiert, Artikel 5 im Bundesverfassungsgesetz über die Rechte von Kindern in Österreich, sei hier ins Treffen geführt. Die Kinder- und Jugendhilfe, eine

wichtige Institution, ist für den Schutz von Kindern innerhalb der Familie zuständig. Es ist mir ein Anliegen, all jenen Menschen, die in diesem herausfordernden Bereich tätig sind, ein großes Dankeschön auszusprechen. Es braucht aber auch einen Schutz von Kindern im außerfamiliären Bereich, d.h. in der Freizeit, im Gesundheitsbereich oder im Bildungsbereich. Und laut einer Pressemeldung der Kinder- und Jugendanwaltschaften Österreichs aus dem Oktober letzten Jahres sehen die Kinder- und Jugendanwält\_innen Nachbesserungsbedarf. Sie fordern die Festlegung von Kinderschutzstandards in Bildungseinrichtungen, die Ausweitung des Tätigkeitsverbotes für Sexualstraftäter, eine gezielte Bewusstseinsbildung und die Verankerung von Vorgaben von einheitlichen Kinderschutzkonzepten in staatlichen Förderungsrichtlinien. Das Land Wien – ist nicht alles schlecht, was aus Wien kommt – hat uns vorgezeigt, wie es geht. Im Mai des Vorjahres, wir alle haben die Medien gelesen, wurden schreckliche Verdachtsfälle was Kindesmissbrauch angeht, in Wiener Kindergärten bekannt. Und Ende November hat der Wiener Landtag das sogenannte Kindergartengesetz novelliert. Es wurde ein Paragraph 1a eingeführt, also an prominenter Stelle im Gesetz wurde festgeschrieben, dass Kindergärten an der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention beizutragen haben. Dass eben jeder Kindergarten entsprechende Schutzkonzepte braucht, in denen nachgewiesen wird, wie man Kinder vor Gewalt auch schützt. Jeder Träger muss pro Einrichtung einen Kinderschutzbeauftragten namhaft machen. Es braucht Ausbildung dieser Beauftragten in regelmäßigen Abständen. Und hier möchte ich schon festhalten, dass es uns fernliegt, das Kinderbildungs- und Betreuungspersonal, das hervorragende Arbeit unter schwierigen Rahmenbedingungen leistet, noch zusätzlich zu belasten, aber es wird insgesamt, und das hat der Herr Landesrat Amon ja schon mehrfach gesagt, eine Reform der bürokratischen Aufgaben brauchen. Sie sprechen da immer das Messen der Kühlschranktemperatur als plakatives Beispiel an, also es wird insgesamt eine Reform der bürokratischen Aufwendungen brauchen, die zu einer Entlastung insgesamt führt, aber auch zu einer Verbesserung des Kinderschutzes. Die Landesregierung ist gemäß des Steiermärkischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes für die Aufsicht von Kinderbildungs- und betreuungseinrichtungen zuständig. Um einen Kinderschutz effizient zu gestalten ist es notwendig, dass Personen mit entsprechender Qualifikation auch tätig sind, die damit geschult sind, wie man mit geistiger, körperlicher Gewaltanwendung, mit Misshandlungen, Verwahrlosung oder Vernachlässigung auch umgeht. In der Steiermark ist das die sogenannte Fachaufsicht. Und wir haben als Freiheitliche eine Anfrage an Sie gestellt, Herr Landesrat, die Sie im Oktober auch beantwortet haben. Daraus geht hervor, dass im

laufenden Betreuungsjahr zwischen September und Dezember drei Verdachtsfälle hinsichtlich eines Fehlverhaltens von Betreuungspersonen gegenüber Kindern festgestellt wurden. Aus dieser Beantwortung ging auch hervor, dass in der Steiermark eine Fachaufsichtsperson für durchschnittlich 460 Gruppen mit rund 1.460 Betreuungspersonen und etwas 8.000 Kindern verantwortlich zeichnet. Das macht deutlich, dass es hier im Bereich der Kontrolle und der Aufsicht noch Luft nach oben gibt, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ*) Im Jahr 2020 haben Landesrätin Kampus und Landesrätin Bogner-Strauß gemeinsam einen Plan präsentiert, und sie haben gemeint, sie möchten die Steiermark zum sichersten und kinderfreundlichsten Bundesland Österreichs machen. Es wurde ein Kinderschutzpaket für steirische Volksschulen präsentiert und hier soll in den vierten Klassen an Volksschulen Bewusstseinsbildung von Kindern passieren in Bezug auf ihre Rechte und deren Einforderung. Zweifelsohne ein gutes Projekt, jedoch ist es noch ein weiter Weg, um wirklich zum sichersten und kinderfreundlichsten Bundesland in Österreich zu werden. Konzepte zum Schutz von Kindern müssen nämlich viel früher beginnen, also auch im elementarpädagogischen Bereich. Das sagen nicht nur wir, da gibt es auf europäischer Ebene das Projekt Safe Places, die sagen, dass alle Organisationen, die Kinder zwischen null und 18 Jahren betreuen, entsprechende Konzepte vorzulegen haben. In der Steiermark ist im letzten Frühjahr ein bisschen was passiert, was auch die Fortbildung angeht. Bedienstete und das Personal in elementarpädagogischen Einrichtungen sind dazu verpflichtet, mindestens drei Tage Fortbildung im Jahr auch entsprechend zu absolvieren und das Referat für Kinderbildung und –betreuung bietet hierfür eine Vielzahl an entsprechenden Kursen an. Die Auswahl, welche Kurse man besucht, liegt im eigenen Ermessen des jeweiligen Teilnehmers. Das Fortbildungsprogramm für Frühling 23 wurde jetzt überarbeitet und im Vergleich zu den Vorjahren findet sich das Kinderschutzkonzept und die Entwicklung von Schutzkonzepten in diesem Programm. Sehr positiv zu bewerten. Ein erster Schritt, aber leider sind diese Kursinhalte nicht verpflichtend. Es wird insgesamt ein breites Maßnahmenbündel brauchen, um den Schutz von Kindern im elementarpädagogischen Einrichtungen auch sicherzustellen. Vielleicht noch ein letztes Beispiel, ein letzter Vergleich: Jeder, der selbst Kinder in Kindergärten hat, weiß es, zwei bis dreimal im Jahr kommt eine ausgebildete Zahn-Gesundheitserzieherin in Kindergärten und elementarpädagogische Einrichtungen im Rahmen eines Karies Präfilaxe-Programmes. Das ist ein tolles Programm. Ich merke es selber bei meiner Tochter, die mich dann immer darauf aufmerksam macht, dass ich doch da und dort zu kurz Zähne putze, also eine tolle Geschichte. Aber es gibt kein vergleichswertiges Programm,

kein vergleichsweise ausgebildetes Personal in den Einrichtungen, wie man mit Verdachtsfällen umgeht und wie man vielleicht bereits vor dem Auftreten von Verdachtsfällen auch tätig wird. Ich halte abschließend fest, bevor ich zu den Fragen komme, dass es uns als Freiheitliche fernliegt, dem Personal in diesem sensiblen Bereich irgendwie einen Generalverdacht zu unterstellen, es liegt uns in diesem wichtigen Bereich auch fern irgendetwas zu skandalisieren oder Verfehlungen in der Vergangenheit zu kritisieren, zur Kritik haben wir bei der nächsten Dringlichen Anfrage noch viel Zeit. Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehen Sie diese Dringliche als Anstoß bzw. als Weckruf in einem unheimlich wichtigen Bereich gemeinsam etwas weiterzubringen. Ich komme nun zum Verlesen der Fragen:

1. Ist eine verpflichtende Einführung von Kinderschutzkonzepten für elementarpädagogische Einrichtungen aktuell in Planung?
2. Wenn ja, welche Maßnahmen sind im Rahmen dieses Konzepts geplant?
3. Für wann ist die Umsetzung eines Kinderschutzkonzepts in der Steiermark geplant und wie gestaltet sich die Realisierung konkret?
4. Sollte kein Kinderschutzkonzept geplant sein, warum gibt es dahingehend keine Pläne?
5. Welche Pläne haben Sie als Bildungslandesrat, um die Steiermark zu einem sicheren Bundesland für Kinder zu machen?
6. Aus der Anfragebeantwortung vom 20. Dezember 2022 (EZ/OZ: 2590/2) geht hervor, dass nur das pädagogische Personal bei der Anstellung die spezielle „Strafregisterbescheinigung Kinder- und Jugendfürsorge“ braucht, nicht aber das Betreuungspersonal, warum ist das so?
7. Ist eine Änderung dahingehend geplant, sodass alle Personen, die in elementarpädagogischen Einrichtungen angestellt sind und Kontakt zu Kindern haben, die spezielle „Strafregisterbescheinigung Kinder- und Jugendfürsorge“ brauchen?
8. Wenn nein, warum erachten Sie als zuständiger Bildungslandesrat diese Änderung nicht als notwendig?
9. Welche Parameter werden im Rahmen der laufenden Evaluierung der Fachaufsicht herangezogen?
10. Was sind die bisherigen Ergebnisse der Evaluierung der Fachaufsicht?
11. Ist es in Ihrem bildungspolitischen Interesse, die Anzahl von Fachaufsichtspersonen für elementarpädagogische Einrichtungen zu erhöhen?
12. Wenn nein, warum nicht?

13. Wenn ja, in welchem Ausmaß?
14. Ist die Einrichtung einer Kompetenzstelle für Kinderschutz in der Abteilung 6 des Landes Steiermark geplant?
15. Falls ja, für wann ist diese Einrichtung geplant?
16. Falls nein, warum gibt es dahingehend keine Pläne?
17. Gibt es Planungen hinsichtlich der Ausbildung und Anstellung eines Kinderschutzbeauftragten, der am Vorbild der Zahngesundheit elementarpädagogische Einrichtungen regelmäßig und ohne das Aufkommen von Verdachtsfällen besucht?
18. Wenn nein, warum nicht?
19. Wenn ja, wie sehen diese Pläne aus und wann kommen sie zur Umsetzung?

Ich danke für die Aufmerksamkeit und bitte Sie um Beantwortung. (*Beifall bei der FPÖ – 11.59 Uhr*)

**Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann:** Danke, Herr Abgeordneter. Ich erteile nun Herrn Landesrat Werner Amon das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Beantwortung eine Redezeitbegrenzung von 30 Minuten gilt.

**Landesrat Amon, MBA – ÖVP (12.00 Uhr):** Danke, Herr Präsident! Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren, geschätzte Frau Kollegin auf der Regierungsbank!

Zunächst einmal möchte ich festhalten, dass ich sehr dankbar bin dem Herrn Abgeordneten Hermann und der Abgeordneten der FPÖ, dass sie dieses wichtige Thema des Kinderschutzes in elementarpädagogischen Einrichtungen aufgreifen. Denn so wie ich selbst bereits im Ausschuss am 17. Jänner d.J. betont habe, ist mir der Kinderschutz ein wichtiges Anliegen und ich werde mich dieser Frage sehr intensiv widmen. Ich möchte Ihnen auch sagen und Sie wissen ja, dass ich vor meiner Wahl zum Landesrat hier im Landtag im Juli des vergangenen Jahres Volksanwalt war und die Volksanwaltschaft hat den Auftrag, den gesetzlichen Auftrag, Menschen, die in der Zeit zwischen 1945 bis herauf glaube ich, 2009 in Kindereinrichtungen missbraucht oder misshandelt worden sind oder auch bei Pflegeeltern, eine kleine Rente zuzuerkennen. Und das nach einer entsprechenden Glaubhaftmachung vor einer Expertenkommission. All diese kriminellen Handlungen sind ja verjährt und deshalb geht es halt vor dieser Kommission um eine Glaubhaftmachung. Und ich kann Ihnen sagen, nachdem das ja ein kollegialer Beschluss der Volksanwälte ist, habe ich Hunderte solcher Protokolle gelesen und ich kann Ihnen sagen, man steht fassungslos vor diesen Berichten und kann

eigentlich nicht nachvollziehen, welch unglaublich menschliches Leid hier angerichtet wird und wie Seelen hier zerstört werden durch diese kriminellen Handlungen. Und schon aus dieser Erfahrung heraus und selbstverständlich auch aus der Erfahrung als Vater von vier Kindern, ist es mir ein Anliegen, dass wir unsere Kinder schützen so gut es möglich ist. Ich möchte deshalb auch all jenen Elementarpädagoginnen und -pädagogen und Pädagoginnen und Pädagogen ganz allgemein danken, die gut auf unsere Kinder schauen. Ich möchte das auch in aller Klarheit sagen. (*Allgemeiner Beifall*) Und ich danke Ihnen auch, dass Sie in Ihrer Wortmeldung ausdrücklich darauf verwiesen haben, dass es Einzelfälle sind, die bedauerlicherweise hier vorkommen. In den vergangenen Monaten haben sich insbesondere auch in Graz bedauerlicherweise besorgniserregende Verdachtsfälle in elementarpädagogischen Einrichtungen gehäuft. Wir haben als Land Steiermark die Verantwortung Prävention zu betreiben, Vorsorge zu treffen und das Personal bestmöglich zu schulen. Geistige und körperliche Gewaltanwendung, Misshandlung und Vernachlässigung sind nicht hinzunehmen und erfordern zusätzlich präventive Maßnahmen zu setzen. Ich teile die Auffassung der FPÖ-Abgeordneten, wenn sie sage, dass das Personal in elementarpädagogischen Einrichtungen eine besondere Verantwortung trägt. Zur Sensibilisierung für diese wichtige Thematik sind wir bereits im vergangenen Herbst im Rahmen der Leiter- und Leiterinnenveranstaltungen vonseiten der Abteilung 6 an die Einrichtungen aktiv herangetreten und haben diese ersucht, dringend dahingehende Konzepte zu erarbeiten. Dafür bieten wir bereits begleitende Unterstützungsmaßnahmen im Rahmen der Fortbildung an. Doch mir ist es als Landesrat ein ganz besonderes Anliegen einen Schritt weiter zu gehen – die Einrichtungen vonseiten des Landes nicht nur zu sensibilisieren, sondern sie aktiv zu unterstützen. Daher werde ich dazu in den kommenden Monaten weitere entsprechende Maßnahmen setzen. Sie wissen, im Rahmen des Maßnahmenbündels habe ich eine Evaluierung der Fachaufsicht und der administrativen Vorgaben angekündigt. Diese Evaluierung findet aktuell statt und wir schauen uns sehr genau an, welche rechtlichen und pädagogischen Belange durch die Fachaufsicht zu überprüfen sind. Diese Belange sind wichtig, doch als Landesrat möchte ich, dass diese in angemessenem Maße und mit Hausverstand zur Umsetzung kommen. So ist es mir auch ein Anliegen, dass im Rahmen eines neuen Kinderschutzkonzepts für die entsprechende Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von elementarpädagogischen Einrichtungen und nicht für überbordenden bürokratischen Aufwand zu sorgen ist. Denn keinesfalls soll ein so wichtiges Thema, meine Damen und Herren und Hohes Haus, zu mehr Frust oder Verärgerung in den Einrichtungen

führen. Vielmehr sehe ich es als Aufgabe des Landes Steiermark für die Elementarpädagoginnen und Elementarpädagogen sowie die Betreuerinnen und Betreuer aktiv ein Angebot zu schaffen, das von den Einrichtungen als Bereicherung empfunden werden kann. Dahin gehen unsere aktuellen Planungen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Ich darf die Fragen folgendermaßen beantworten:

Zu den Fragen 1-5:

Welches neue Kinderschutzkonzept in allen elementarpädagogischen Einrichtungen implementiert werden soll, wird aktuell erarbeitet. Details dazu werde ich selbstverständlich rechtzeitig präsentieren.

Zur Frage 6:

Gemäß § 16 Abs. 1 StKBBG 2019 besteht das Personal in den Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen aus dem pädagogischen Fachpersonal, das sind Sonder- bzw. Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen und (Sonder)Erzieherinnen und Erzieher und dem pädagogischem Hilfspersonal, das sind im Regelfall Kinderbetreuerinnen und -betreuer. Pädagogisches Fachpersonal und pädagogisches Hilfspersonal bilden somit das gesamte Kinderbetreuungspersonal.

Gemäß § 16 Abs. 4 StKBBG 2019 ist die Verlässlichkeit beim pädagogischen Personal zusätzlich durch eine Strafregisterbescheinigung im Sinne der „Kinder- und Jugendfürsorge“ nachzuweisen. Daher ist diese Bescheinigung sowohl vom pädagogischen Fachpersonal als auch vom pädagogischen Hilfspersonal, also vom gesamten Betreuungspersonal, vorzulegen. Sollten andere Personen gemäß § 24 Abs. 2 StKBBG 2019 vorübergehend vertretungsweise einspringen, so sind diese entweder in der Funktion des pädagogischen Fachpersonals oder des pädagogischen Hilfspersonals tätig. Die Bestimmung des § 16 Abs. 4 ist also so zu verstehen, dass damit auch diese Personen die genannten Bescheinigungen vorlegen müssen. Das gilt auch für Personen, die mit einem „Personaldispens“ statt einer Kindergartenpädagogin oder eines -pädagogen bzw. statt einer Kinderbetreuerin oder eines -betreuers eingesetzt werden.

Zur Frage 7:

Da alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in elementarpädagogischen Einrichtungen eine Vorlage des Strafregisterauszugs benötigen, sehen wir keine Notwendigkeit das Gesetz dahingehend zu ändern.

Zur Frage 8:

Hier darf ich auf die Frage 6 verweisen.

Zu den Fragen 9 -19:

Da die Evaluierung der Fachaufsicht aktuell durchgeführt wird, kann ich Ergebnisse nicht vorwegnehmen und auch nicht vorwegnehmen, ob es allenfalls personelle Veränderungen geben wird. Diese werde ich zeitgerecht dem Hohen Landtag vorlegen. Ich darf aber auch darauf hinweisen, dass wir heute mit Änderungen der Gesetzesmaterien zur Elementarpädagogik in Begutachtung gehen werden. Eine vierwöchige Begutachtung steht bevor und ich darf selbstverständlich alle Landtagsparteien herzlich einladen, ihre Vorschläge dementsprechend einzubringen. Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.09 Uhr)*

**Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann:** Ich danke, Herr Landesrat, für die Beantwortung. Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage und weise auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung hin, wonach Regierungsmitglieder sowie Abgeordnete nicht länger als zehn Minuten sprechen dürfen.

Zu Wort gemeldet ist die Frau Landesrätin Mag. Doris Kampus. Bitte, Frau Landesrätin.

**Landesrätin Mag. Kampus – SPÖ (12.09 Uhr):** Geschätzter Herr Präsident, werte Kollegen Abgeordnete!

Auch von mir ein paar Worte, und das durchaus auch gemeinsam für die Kollegin Juliane Bogner-Strauß. Ich möchte es nur erwähnen, Sie wissen es, aber dieses Thema ist uns gemeinsam unglaublich wichtig. Es ist von dir angesprochen worden, Herr Klubobmannstellvertreter, „die sicherste Steiermark für alle Kinder“, das ist unser gemeinsames politisches Ziel, von dem werden wir nicht abrücken. Und Werner Amon hat ausgeführt, was jetzt im Bereich der Elementarpädagogik getan wird. Ich möchte kurz ergänzen, was wir schon bisher in der Steiermark getan haben. Wir haben flächendeckend Kinderschutzzentren. Das gibt es kaum in einem anderen Bundesland. Wir haben heuer auch die Förderung erhöht. Juliane Bogner-Strauß investiert ganz, ganz viel in Präventivprojekte. Der schulische Kontext ist uns ein großes Anliegen. Das heißt, wir wollten nur das Bild ergänzen. Es ist richtig, da gibt es Handlungsbedarf. Das ist vom Kollegen festgestellt, von euch und auch von mir, aber ich möchte auch sagen, dass wir sehr, sehr viele Bereiche haben. Wir haben z. B. in allen Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen, in allen Behinderteneinrichtungen gibt es überall schon Gewaltschutzkonzepte. Und ja, es ist richtig,

dass der Kinderschutz jetzt einen besonderen Fokus braucht, und den werden wir auch leben. Danke vielmals, geschätzte Abgeordnete. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 12.10 Uhr)*

**Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann:** Ich danke dir, Frau Landesrätin. Als Nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Mag. Stefan Hermann. Bitte, Herr Abgeordneter.

**LTAbg. Mag. Hermann, MBL – FPÖ (12.10 Uhr)** Danke schön, Herr Präsident! Geschätzte Frau Landesrätin, geschätzter Herr Landrat, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vielen Dank, Herr Landesrat und Frau Landesrätin, für die Anfragebeantwortung. Ich glaube, da sprechen wir alle vom selben. Es war auch bewegend wie du, Herr Landesrat Amon, davon gesprochen hast, dass du dich als Volksanwalt natürlich mit diesen ganzen Missbrauchsfällen auch beschäftigt hast und was das für eine Katastrophe ist und was das mit Menschen auch entsprechend auslöst. Es ist auch von der Regierung ganz klar das Signal gekommen, dass die Notwendigkeit erkannt wurde oder wird oder bereits schon ist, im elementarpädagogischen Bereich etwas zu tun. Das ist durchaus positiv. Diese Kinderschutznovelle, die du angesprochen hast, geschätzter Herr Landesrat, die haben wir im Schnelldurchlauf gescreent sozusagen, weil die ist heute verschickt worden in der Früh, die in Begutachtung geht. Leider ist mir zum Kinderschutz noch nichts aufgefallen, aber ich gehe davon aus, dass das auch entsprechend in einer weiteren Novelle dann möglichst zeitnah auch passieren wird. Was braucht es aus unserer Sicht? Wien lebt uns vor wie es funktionieren kann. Es braucht Kinderschutzkonzepte an den Bildungseinrichtungen, es braucht einen Kinderschutzbeauftragten, es braucht eine gesetzliche Verantwortung auch des Kinderschutzes, um auch zu sensibilisieren und es muss insgesamt ein Rahmen geschaffen werden in Bildungseinrichtungen, der eine größtmögliche Sicherheit gewährleistet. Nämlich einerseits natürlich eine Sicherheit für die Kinder, aber auch eine Sicherheit für das Personal. Weil ein Verdachtsfall ist medial schnell konstruiert und da ist es auch wirklich schwierig zu beurteilen, was da echt passiert ist. Also je genauer die gesetzlichen Regeln und je genauer die Konzepte desto höher der Kinderschutz, aber auch der Schutz der Mitarbeiterinnen. Ich darf daher folgenden Antrag einbringen:

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. in der Abteilung 6 Bildung und Gesellschaft als zuständige Aufsichtsbehörde eine Kompetenzstelle für Kinderschutz einzurichten

2. dem Landtag eine Novelle des Steiermärkischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes 2019 zur Beschlussfassung vorzulegen, mit welcher die Implementierung des Kinderschutzes und der Kinderrechte umgesetzt wird und insbesondere folgende Punkte gesetzlich verankert werden:

- a. Jeder Träger, egal ob öffentlich oder privat, ist dazu verpflichtet, ein Kinderschutzkonzept zu erarbeiten und in den jeweiligen Einrichtungen umzusetzen
- b. Pro Standort ist eine Person als Kinderschutzbeauftragte auszubilden
- c. Pädagogen und Betreuer haben verpflichtend regelmäßige Fortbildungen mit Schwerpunkt Kinderschutz und Kinderrechte zu absolvieren

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jeder von uns hat Kinder in seinem Umfeld, sind es die eigenen Kinder, sind es bereits schon Enkelkinder, sind es Nichten und Neffen, jeder von uns hat Kinder in seinem Umfeld. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Kindern sind die Probleme, die wir hier diskutieren, zu einem Großteil egal. Also ich glaube nicht, dass ein Kind weiß, was der Ankauf von 25 % der Energie Steiermark bedeutet. Ich glaube auch nicht, dass sich irgendein Kind darum kümmert, was in der Abteilung 13 passiert. Aber eines, meine sehr geehrten Damen und Herren, weiß jedes Kind. Jedes Kind weiß, dass sie den Erwachsenen, den Eltern vertrauen können und dieses Vertrauen müssen wir gemeinsam erfüllen. Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ – 12.14 Uhr)*

**Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann:** Danke, Herr Abgeordneter. Noch einmal am Wort ist der Herr Landesrat Werner Amon. Bitte, Herr Landesrat.

**Landesrat Amon, MBA – ÖVP (12.14 Uhr):** Danke sehr. Herr Abgeordneter, Sie haben darauf verwiesen, dass im Begutachtungsentwurf zum Kinderschutz nicht ausdrücklich eine Erwähnung vorkommt. Ich möchte ein zweifaches dazu sagen, weil Sie das Wiener Gesetz angesprochen haben in einem Absatz des § 1 auf die Kinderrechtskonvention verwiesen wird. Nun, die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen ist ja vom Nationalrat ratifiziert und daher sowieso gültig, unabhängig davon, ob sie jetzt in einem Gesetz ausdrücklich Erwähnung findet. Und wir leben das auch in der Steiermark. Die Frau Kollegin Kampus hat darauf auch verwiesen. Ich möchte aber auch verweisen auf einen wichtigen Punkt in der Begutachtung, nämlich der, dass künftig vorgesehen ist für die Aufgaben der Fachaufsicht eine Verordnung vorzusehen, welche spezifische Aufgaben eben vonseiten der Fachaufsicht wahrgenommen werden sollen. Ich glaube, das ist ein Fortschritt und zwar gerade deshalb,

weil bisher stand im Gesetz, dass die Fachaufsicht für alle Belange zuständig ist. Ein bisschen Kraut und Rüben. Sozusagen von der Frage des Feuermelders bis zu den wichtigen pädagogischen Aufgaben. Künftig ist die Fachaufsicht eben zuständig für die pädagogischen Belange und die rechtlichen Fragen, die unmittelbar mit den Kindern zu tun haben. Und da wird ganz sicherlich in der Verordnung auch dem Thema des Kinderschutzes ein entsprechender Raum geboten werden. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.15 Uhr)*

**Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann:** Danke, Herr Landesrat für die Klarstellung. Zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Nikolaus Swatek. Bitte, Herr Klubobmann.

**KO LTAbg. Swatek, BSc – NEOS (12.15 Uhr):** Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich bin mir eigentlich ziemlich sicher, dass wir uns bei diesem Thema hier im Raum alle einig sind, dass der Kinderschutz ein wichtiges Anliegen ist und dass wir auch hier in der Steiermark noch besser werden können und dass noch etwas passieren muss. Kindergärten müssen ein Hort des Vertrauens sein. Eltern müssen darauf vertrauen können, dass ihre Kinder bestmöglich behütet und gebildet werden. Kinder müssen darauf vertrauen, dass die Bezugspersonen im Kindergarten und in der -krippe nur das Beste für sie in den Sinn hat, und dass schwarze Schafe in der Steiermark keine Chance haben. Und genau daher braucht es strengere Kontrollen des Kinderschutzgesetzes und deswegen bin ich auch der politischen Debatte, die die FPÖ heute hier angestoßen hat, sehr dankbar, denn jedes Kind hat das Recht auf gewaltfreie Erziehung. Jedes Kind hat das Recht auf Schutz vor wirtschaftlicher und sexueller Ausbeutung. Und Kinder, die Opfer von Gewalt oder Ausbeutung werden, haben ein Recht auf angemessene Entschädigung und Rehabilitation. Und es ist richtig und wichtig, dass die Kinderschutzrechte bei uns auf Bundesverfassungsebene verankert sind. Sie sind eingeführt worden, um allen Kindern die Voraussetzungen für die bestmögliche Entwicklung und Entfaltung zu geben. Aber trotz all dieser Gesetze sehen wir, dass es leider nach wie vor immer noch Fälle gibt, die uns alle erschüttern. Gerade im Bereich der Kindergärten war das in den letzten Wochen und Monaten nicht nur in der Steiermark, sondern fast in ganz Österreich der Fall. Wien ist daher schon einen ersten Weg gegangen hier, Kinderschutz auch stärker in den Fokus zu rücken und es ist auch meiner Meinung nach ein Weg, den wir auch in der Steiermark gehen sollten. Was es bräuchte, wäre ein verpflichtendes Kinderschutzkonzept, verpflichtende Kinderschutzbeauftragte für Kindergärten und

Kindergruppen sowie ein Krisenleitfaden auch für Tagesmütter und Tagesväter und einschlägige Fortbildungen zu diesem Thema. Und all das kann ohne Bürokratie funktionieren und der wesentliche Vorteil ist, dass es dem Personal auch Sicherheit bringt. Sicherheit, Abläufe zu kennen und zu wissen was zu tun ist oder wer zu informieren ist, wenn man sich Sorgen um ein Kind macht. In Wien gibt es weiters auch noch die Kompetenzstelle Kinderschutz im Elementarbereich in der Kinder- und Jugendhilfe, die notwendige Ressourcen für Maßnahmen rund um die Beratung, die Unterstützung und die Kontrolle des Kinderschutzgesetzes auch in den Fokus nimmt und auch hier könnte sich die Steiermark orientieren. Und genau deswegen möchte ich auch den Antrag einbringen:

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert schnellstmöglich eine Gesetzesvorlage einzubringen, welche nach Wiener Vorbild verpflichtende Kinderschutzkonzepte für elementare Bildungseinrichtungen vorschreibt sowie eine Kompetenzstelle Kinderschutz Elementarbereich einzurichten. Vielen Dank. *(Beifall bei den NEOS – 12.19 Uhr):*

**Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann:** Danke, als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Patrick Derler.

**LTabg. Derler – FPÖ (12.19 Uhr):** Geschätzter Herr Präsident, werte Regierungsmitglieder, geschätzte Abgeordneten Kollegen, liebe Zuseher hier im Plenum und liebe Steirer zu Hause! Wir haben jetzt schon viele Ausführungen gehört und da kann ich mich eigentlich den Vorrednern nur anschließen. Wir müssen alles dafür unternehmen, dass keinem Kind so eine Gräueltat widerfährt. Wir haben auf einen Punkt aus meiner Sicht vergessen. Und zwar ist es der Freizeitbereich. Wir haben auch recherchiert. Gerade dieser Freizeitbereich würde eigentlich ins Ressort der Landesrätin Bogner-Strauß fallen. Nichtsdestotrotz möchte ich meine Ausführungen hier zum Besten geben. Bedauerlicherweise haben wir in den letzten Wochen und Monaten feststellen müssen, dass es vermehrt zu Missbrauchsfällen von Kindern und Jugendlichen gekommen ist. Das reicht von der Form des digitalen Missbrauchs bis natürlich vieler Missbrauchsfälle in Freizeitbereichen. Wie brisant das Thema ist, das hat auch der jüngste Fall in Vorarlberg draußen gezeigt, am Leech am Arlberg, wo am 5. Februar 2023 mehrere Kinder von einem dort angestellten Betreuer in einem Skikindergarten sexuell missbraucht worden sind. Gerade dieser Bereich, in dem Bereich, wo die Nachfrage immer mehr steigt, außerhalb des schulischen Bereiches, des Kindergartenbereiches, eben gerade in

solchen Feriencamps, in Vereinen, eben in solchen Skikindergärten, aber auch in sonstigen Einrichtungen gibt es in ganz Österreich kein Präventionskonzept, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und da muss ich jetzt auf die rechte Seite schauen, die Kollegenriege der ÖVP. Und zwar hat ja vor ungefähr einem Jahr die Staatssekretärin, die Frau Plakolm, angekündigt, gegen solche Vorfälle auch Maßnahmen zu setzen. Bis dato habe ich leider noch nichts vernommen und das stimmt mich natürlich besonders traurig. Herr Landesrat und Frau Landesrätin, ich glaube Ihren Ausführungen, dass Sie das Thema ernstnehmen, aber nichtsdestotrotz, wir dürfen nicht immer reden, wir müssen handeln, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Bei Corona, bei der Corona-Debatte war das anders. Da hat man sofort in den Freizeiteinrichtungen geschaut, ok, wir brauchen Präventionskonzepte und hat man eben solche Präventionskonzepte nicht gehabt, dann haben die Veranstaltungen nicht stattfinden dürfen. Und da muss ich schon sagen und ich habe den Eindruck, dass sowohl die ÖVP, aber auch die SPÖ hier in der Steiermark, die in Regierungsverantwortung sind, dieses Thema nicht ernst genug nehmen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und ich finde diese Tatsache umso trauriger, weil man ja fast schon wöchentlich von solchen Missbrauchsfällen in den Zeitungen auch liest. Und genau deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, bräuchten wir in Freizeiteinrichtungen, in Vereinen, in denen Kinder betreut werden, eine beauftragte Person für Kinderschutz oder eben ein dementsprechendes Präventionskonzept. *(Beifall bei der FPÖ – unverständlicher Zwischenruf)* Richtig erkannt, Frau Majcan, aber nur Ankündigungen, keine Umsetzung. Aber leider Gottes gibt es diese Anforderungen in diesem Bereich eben für die Mitarbeiter in den Kinder- und Jugendbetreuungseinrichtungen nicht. Und dann ist es natürlich klar, dass es immer wieder auch zu Übergriffen kommt. Und dies, obwohl es immer wieder auch Kritik gibt, gerechtfertigte Kritik an unzureichend ausgebildeten Kinder- und Betreuungspersonal und wo dann auch vereinzelt Fälle bekannt werden, in denen Sexualstraftäter und das tut mir direkt im Herzen weh, wenn ich das da jetzt sagen muss, und das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, in denen Sexualstraftäter nach Tilgung ihrer Strafe wieder in diesem Bereich arbeiten dürfen. Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, wo kommen wir denn da hin. Das ist ein Wahnsinn. Und deshalb fordern wir Freiheitliche auch, dass jeder, der mit Kindern arbeitet, in Zukunft verpflichtet werden muss, den erweiterten Strafregisterauszug Kinder- und Jugendfürsorge auch vorzulegen hat, meine sehr geehrten Damen und Herren. Weil, und das ist der springende Punkt, nämlich nur in dieser Bescheinigung auch sexuell motivierte Gewalttaten aufscheinen und nicht in der herkömmlichen Form der

---

Strafregisterbescheinigung. Und genau deshalb passieren auch immer wieder solche Dinge und da müssen wir einfach besser hinschauen. Für uns Freiheitliche ist auf jeden Fall klar, dass solche Personen nie wieder mit Kindern arbeiten dürfen, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Und ich glaube, wir müssen alle Sorge tragen, dass Eltern und Kindern zumindest die Sicherheit geboten wird, dass keine Vorbelastungen vorliegen. Und deshalb ist es auch wichtig, dass es definierte und kontrollierte Standards für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen im Freizeitbereich auch gibt. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich appelliere an dieser Stelle an Sie alle: Denken Sie immer daran, es könnten auch Ihre Kinder sein. Ich will mir gar nicht ausmalen, wenn das meine Neffen betreffen würde. Und eines kann ich euch auch sagen, ich würde nicht wissen, was ich mit dieser Person tun würde. Für uns Freiheitliche steht jedenfalls fest, dass jeder Missbrauchsfall einer zu viel ist, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Und deshalb bitte ich Sie auch, schieben wir diesen pädophilen Tieren, ich kann diese Menschen nicht anders bezeichnen, es tut mir leid, endlich einen Riegel vor und setzen wir ein klares Zeichen, dass uns allen der Schutz unserer jüngsten in der Gesellschaft am wichtigsten ist und uns auch am Herzen liegt, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Und abschließend, bevor ich den Antrag auch einbringe, möchte ich da in diesem Hohen Haus schon noch anmerken, dass ich es traurig finde, dass in Wahrheit niemand von der Regierungspartei und auch nicht alle Oppositionsparteien sich bei so einem brisanten Thema hier zu Wort melden. *(LTAbg. Schweiner: „Was glaubst denn du? Ist die Debatte schon vorbei?“)* Ich hoffe nicht. Wie ich rausgegangen bin, war ich der letzte, der sich angemeldet hat. Ich hoffe es kommen noch die anderen Fraktionen. Ja, Frau Schweiner. Ich bringe jetzt den Entschließungsantrag ein, dann hoffentlich kommen Sie heraus.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. ein „Kinderschutz-Gütesiegel“ für alle Anbieter von Kinder- und Jugendbetreuung wie etwa im Rahmen von Ferienbetreuung, Vereinen oder Feriencamps einzuführen, durch welches nachweisbar sichergestellt werden soll, dass sich diese Anbieter an festgelegte Rahmenbedingungen und Auflagen, insbesondere hinsichtlich der Ausbildung aller Mitarbeiter sowie der Einhaltung eines lebenslangen Beschäftigungsverbots für ehemalige Sexualstraftäter in sämtlichen Bereichen von Kinder- und Jugendbetreuungseinrichtungen, zu halten haben und

2. ein finanzielles Förderpaket, das Vereine und Einrichtungen bei der Erstellung und Umsetzung eines derartigen Gütesiegels unterstützt, seitens des Landes zu erarbeiten und dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Ich sage es euch noch einmal, bitte denkt immer, es könnten auch eure Kinder sein. Vielen Dank und ich bitte um Zustimmung. *(Beifall bei der FPÖ – 12.30 Uhr)*

**Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann:** Danke, als Nächster am Wort ist der Abgeordnete Detlev Eisel-Eiselsberg.

**LTAbg. Eisel-Eiselsberg – ÖVP (12.30 Uhr):** Danke, Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren!

Die körperliche und seelische Unversehrtheit, der Schutz der Kinder und Jugendlichen, vor allem der Kleinsten, die sich ja oftmals nicht einmal artikulieren können, muss ganz oben auf der politischen Agenda stehen und ich habe heute auch bei dieser Debatte erfreulicherweise feststellen können, dass das uns alle in diesem Willen eint. Daran ändert auch nichts, wenn der Kollege Derler dann links und rechts ausreitet, aus meiner Sicht ein wenig undifferenziert und auch nicht in der Sache am letzten Stand, weil im Ministerrat Ende Jänner ist doch einiges beschlossen worden, was auch den außerinstitutionellen Bereich anbelangt, also den Ferienbereich zum Beispiel anbelangt. Da gibt es viele, viele Verbesserungen im Sinne des Schutzes der Kinder und Jugendlichen bis hin zu einem Berufsverbot von Verurteilten. Also das sollte man auch bedenken, wenn man sich hier herausstellt und Versäumnisse von anderen einklagt. Unserer Herr Landesrat hat heute, aber auch schon in der Ausschusssitzung am 17.01. sehr, sehr nachdrücklich und sehr eindeutig gesagt, dass auch ihm persönlich dieses Thema sehr, sehr wichtig ist. Und der Herr Landesrat konnte heute ja auch einige Detailfragen beantworten, beispielsweise die Frage nach der sogenannten Strafregisterbescheinigung Kinder- und Jugendfürsorge. Es sollte damit klargestellt werden, dass diese von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom gesamten Betreuungspersonal vorzulegen ist. Zahlreiche Detailfragen, sehr viele sogar, konnten nicht beantwortet werden, aus einem sehr einfachen und einem sehr guten Grund. In der Ausschusssitzung am 17.01. wurde ja von unserer Fraktion der Antrag gestellt, diesen sehr komplexen und umfangreichen Antrag der FPÖ, der Regierung zur Stellungnahme zuzuweisen, weil zumindest wir als ÖVP, die SPÖ, die Grünen, die KPÖ und auch die NEOS der Meinung waren, im Ausschuss kann man das nicht so einfach beschließen. Da gehört eine tiefergehende Arbeit, eine genaue Analyse dazu,

was in so einem Konzept drinnen sein sollte. Wir alle wissen, dass wir mit Mitte April in etwa diese Stellungnahme der Regierung erwarten können. Zum Entschließungsantrag, vorgetragen vom Kollegen Derler, „Gütesiegel“: Wir alle wissen welchen Wert ein Gütesiegel haben kann. Wir wissen aber auch, welchen Wert es nicht haben kann. Auch die Diskussionen dieser Tage zeigen uns, dass ein Gütesiegel allein noch keinen eindeutigen Hinweis darauf gibt und aus unserer Sicht auch keine nachhaltige Lösung ist. Notwendig und zielführender erscheint uns in diesem Bereich, das auch in Rücksprache mit der Frau Landesrätin Juliane Bogner-Strauß, die Implementierung einer grundlegenden Struktur auf fachlicher Kinderschutzebene, auf rechtlicher Ebene, auf institutioneller Ebene und nicht zuletzt auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene. Analog zu verpflichtenden Kinderschutzkonzepten für Schulen, für alle Schulen, sollten daher auch bundesweit einheitliche Konzepte verbindlich sein. Und in diesem Zusammenhang wird gemeinsam mit der Kinder- und Jugendanwaltschaft in der Steiermark an der Verankerung eines konkreten Konzeptes gearbeitet und ein entsprechendes Positionspapier aktuell ausgearbeitet. Darum wird es zu den Entschließungsanträgen von uns heute keine Zustimmung geben. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.34 Uhr)*

**Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann:** Nächster am Wort ist die Frau Abgeordnete Michaela Grubesa.

**LTAbg. Grubesa – SPÖ (12.34 Uhr):** Vielen Dank, Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landesrat, Hohes Haus!

Es fällt mir etwas schwer heute hier am Mikrofon zu sprechen, nicht nur, ob das Inhalt der Debatte als zweifache Mutter, heute wurde ja einige Mal schon auch gesagt, dass mehrere Personen hier in diesem Haus auch Kinder haben und nicht nur deshalb das wahrscheinlich sehr gut nachempfinden können, dass diese Geschehnisse, die nun mal passiert sind, nicht nur in letzter Zeit, sondern die überall passieren, aber leider auch in den steirischen Institutionen so tiefgehend berührend sind, dass es einem schwerfällt überhaupt die richtigen Worte zu finden. Ich glaube aber, dass es völlig egal ist, ob es uns in der Debatte schwerfällt die richtigen Worte zu finden, ich glaube es ist noch schwieriger für die Angehörigen, für die Familien und für die Kinder, wenn sie merken, es werden auch politische Debatten darüber geführt. Nichtsdestotrotz bin ich dem Kollegen Stefan Hermann, der, wie ich finde, sehr treffend und respektvoll heute hier seinen Antrag eingebracht hat und auch seine Dringliche

begründet hat, sehr dankbar, dass wir die Debatte auch führen können, weil es nämlich eines verdeutlicht. Nicht nur, dass die Regierungsmitglieder unisono in der Steiermark sehr vieles tun, um den Kinderschutz in der Steiermark gewährleisten, sondern dass sie auch gewillt sind, weitere Verbesserungsmaßnahmen zu formulieren, Hand in Hand und gemeinsam. Und es verdeutlicht auch, dass unisono, denke ich, alle Parteien in diesem Haus, all das was auch institutionell in öffentlichen Einrichtungen leider geschehen ist, verurteilen, zutiefst verurteilen und auch gewillt sind als Landtag Steiermark, als Abgeordnete diese Maßnahmen, die uns vorgelegt werden, zu unterstützen, vehement zu unterstützen. Darauf bin ich sehr stolz. Es sollte aber, denke ich, etwas ganz Selbstverständliches sein und zum Glück ist es das. Leider mussten wir die Erfahrung machen, dass es einen Kollegen in diesem Haus gibt und man hat immer ein bisschen die Befürchtung, wenn der Kollege Derler hier heraus marschiert, dass es respektlos wird. Wir mussten die Erfahrung machen und ich bin das achte Jahr hier in diesem Haus, eine der ungünstigsten, respektlosesten Reden, wo einfach auf dem Rücken in der Steiermark politisches Kleingeld gewechselt wird, Populismus veranschaulicht wird, gehalten wurde. Ich bin zutiefst entsetzt, Herr Kollege Derler, über Ihre Wortwahl, über den Inhalt, den unqualifizierten, den zum Teil nicht wahren Inhalten, die Sie uns hier präsentiert haben und ich schäme mich als Abgeordnete, einer zwar anderen Fraktion, aber als Abgeordnete dieses Hauses, dass es möglich ist, dass Sie im Jahre 2023 hier vorne stehen und mit diesen Worten an die Gesellschaft herantreten. Das ist mir zutiefst peinlich. Des Weiteren möchte ich darauf hinweisen, dass wir auch ein Präsidium in diesem Haus haben und ich schätze Sie wirklich sehr, hoher Herr Präsident und die beiden Präsidentinnen natürlich auch, aber wenn hier Begriffe gesagt werden wie „pädophile Tiere“ oder wenn gesagt wird, es ist „die Schuld der SPÖ- und ÖVP-Regierung, dass Menschen sich an Kindern vergehen in öffentlichen Einrichtungen“, (*LTabg. Derler: „Das habe ich ja nicht gesagt.“ – LTabg. Mag. Hermann, MBL: „Das hat er nicht gesagt.“*) dann erwarte ich mir entweder das Abschalten des Mikrofons zumindest oder einen Ordnungsruf, den ich hiermit auch einfordere, sehr geehrter Herr Kollege Derler und ich erwarte mir von allen Abgeordneten, dieses Hauses, ich gehe jetzt zwar nicht davon aus, aber ich erwarte mir wirklich von allen, dass wir in Zukunft nicht nur miteinander sehr respektvoll umgehen, sondern besonders bei solche sensiblen Themen Abstand davon halten uns so zu artikulieren. Denn, wenn selbst in der eigenen Fraktion, Herr Kollege Derler, die Hälfte nicht klatscht, dann müssen Sie glaube ich schon darüber nachdenken. Glückauf! (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 12.38 Uhr*)

**Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann:** Danke, Frau Abgeordnete. Ich halte fest, dass Sie die Sitzungsführung dem Sitzungsführenden überlassen sollten. Ich sehe keinen Ordnungsruf.

Ich erteile das Wort der Frau Kollegin Schweiner.

**LTabg. Schweiner – SPÖ (12.39 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörende!

Einem Kollegen, der Menschen als Tiere bezeichnet, keinen Ordnungsruf zu geben, finde ich bedenklich, demokratiepolitisch bedenklich, weil wenn wir in der Sprache verrohen, dann werden wir auch in den Taten verrohen. Und insofern schließe ich mit dem, was meine Kollegin Michaela Grubesa gesagt hat, an. Diese Art von Worte in diesem Haus ist uns der Würde dieses Hauses und uns als Politik nicht würdig. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP) Ich möchte hier, weil es ja um elementare Bildung geht, mit einer persönlichen Geschichte beginnen. 1997 habe ich ein Langzeitpraktikum gemacht, zwei Monate in einem Grazer Hort. Es war so am fünften, sechsten Tag als ein Kind zu mir gekommen ist und gesagt hat, ich sage dir jetzt was der neue Papa mit mir daheim macht. Und den Rest werde ich Ihnen jetzt hier nicht erzählen, aber wissen Sie was ich als 17-jährige gemacht habe? Ich bin nach Hause gegangen und habe das niemanden erzählt. Weil ich davor in meiner Ausbildung niemals etwas über sexuellen Missbrauch und schon gar nicht von etwas erfahren habe, wie ich als Pädagogin, damals noch als Praktikantin, damit umgehen soll. Zwei Tage ist es in mir gegraben und ich habe schlecht geschlafen und ich habe nicht gewusst und bin dann doch zur Leiterin gegangen und habe ihr gesagt, was dieses Mädchen mir gesagt hat. Die hat die Hände über den Kopf zusammengeschlagen und gesagt: „Endlich hat sie sich jemanden anvertraut. Wir hatten schon lange das Gefühl, dass etwas nicht stimmt.“ Und das ist das ganz große Problem, auch Kollege Derler, im Umgang mit sexuellem Missbrauch, der zeigt sich nicht anhand von drei Verhaltensweisen so. Man kann das nicht festmachen und festlegen, wenn das Kind das und das tut, wenn es dieses und jenes tut oder zeigt, dann ist ein Missbrauch passiert. Das ist unglaublich komplex, so unterschiedlich wie die Kinder sind, so unterschiedlich sind auch ihre Strategien diesen Übergriff, diese Überschreitung der Intimsphäre zu bewältigen und umso schwieriger ist es da eine Handreichung zu machen. Eins, zwei, drei, vier, fünf und dann ist alles gut. Umso wichtiger ist aber, dass Einrichtungen schon jetzt, wie das Kinderschutzzentrum bei uns in der Südoststeiermark, ein Teil ihrer Aufgabe ist die Expert\_innenberatung. Dass Fachkräfte aus dem gesamten pädagogischen

Spektrum, aus der verbandlichen und offenen Jugendarbeit sich an das Kinderschutzzentrum und an die Mitarbeiter\_innen wenden können in Form einer Beratung und Supervision zu hinterfragen, was sind meine Wahrnehmungen und wie kann ich professionell damit umgehen. Ich will ganz fest davon überzeugt sein, dass 25 Jahre später in der Ausbildung der Elementarpädagog\_innen das verankert ist. Ich weiß nicht, ich kenne die aktuellen Curricula des Bundes dazu nicht, aber ich will es einfach ganz fest glauben, dass sich da mehr getan hat in diesen Jahren. Und ich weiß, dass es auch über viele Jahre in den Fortbildungen der Fachabteilung dieses Thema aufgegriffen wurde. Ich finde es aber genauso wichtig, lieber Kollege Stefan Hermann, dass du es heute hier aufgegriffen hast, dass wir einen Landesrat haben, der das genauso aufgreift, gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen der Regierung und wir hier ein stabiles Band, eine ganz klare Haltung in der Steiermark einnehmen, dass wir die Institutionen begleiten und unterstützen, Missbrauch wahrzunehmen, aber auch gut zu begleiten. Die Opfer in die richtige Richtung, denn, wenn da irgendetwas falsch läuft, dann zieht sich dieses Kind in einen Kokon zurück, wird nie wieder darüber sprechen, wenn die Reaktion eine falsche ist, wenn die Familie nicht adäquat Hilfe bekommt, wenn das Kind nicht sofort isoliert wird vom möglichen Täter/Täterin. Also viele sensible Bereiche, die hier beachtet werden müssen, aber umso wichtiger in der Steiermark hier auch weiter voranzugehen. Vielen herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 12.43 Uhr)*

**Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 2869/2, betreffend Kinderschutzkonzepte als Basis eines sicheren und vertrauensvollen Umfelds in elementarpädagogischen Einrichtungen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen von den Grünen, der KPÖ, der FPÖ und den NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 2869/3, betreffend „Kinderschutz-Gütesiegel“ im Freizeitbereich ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen von den Grünen, der KPÖ, der FPÖ und den NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der NEOS, Einl.Zahl 2869/4, betreffend Verpflichtendes Kinderschutzkonzept im Kindergarten auch in der Steiermark umsetzen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen von den Grünen, der KPÖ, der FPÖ und den NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

**D2:** Am Samstag, dem 25. Februar 2023 wurde von Abgeordneten der Grünen eine Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 2882/1, an Frau Landesrätin Mag. Ursula Lackner betreffend „**Konsequenzen aus den schweren Missständen im SPÖ-Umweltressort**“ eingebracht.

Ich erteile Herrn LTAbg. Lambert Schönleitner das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt und ich bitte Herrn Abgeordneten Schönleitner ans Rednerpult.

**LTAbg. Schönleitner – Grüne (12.45 Uhr):** Danke, Herr Präsident! Werte Frau Landesrätin, die zu uns gekommen ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, geschätzte Damen und Herren!

Wir haben jetzt schon zwei wichtige Themen in diesem Sonderlandtag behandelt. Eines, das uns schon länger beschäftigt, das aus meiner Sicht und ich glaube aus Sicht vieler Menschen in der Steiermark auch sehr, sehr wichtig ist, ist die Qualität der Verwaltung in den zentralen Bereichen, wo die Länder auch noch zuständig sind. Ich sage das ganz bewusst so, das ist die Raumordnung, das ist der Naturschutz, das ist in der Vollziehung auch des UVP Recht, das wissen wir, wo die Länder ganz einfach ganz grundsätzlich hohe Verantwortung haben. Und warum ist das so wichtig? Ich möchte das nur vorwegschicken, weil sonst schaut es so aus, wie wenn es nur eine Angriffsdebatte auf die Landesrätin ist. Das soll es nicht sein, sondern es geht um die Qualität, um die Kontrolle in diesem Haus, um diese Qualitäten sicherzustellen. Es ist deshalb so wichtig, Frau Landesrätin und da wirst du mir beipflichten, weil die Steiermark viele Inhalte hat, wunderschöne Naturlandschaften, Kulturlandschaften, einzigartige Habitate, die letztendlich die Lebensqualität in diesem Land ausmachen. Das ist was Wichtiges, die Biodiversität, wie wir leben, die Landwirtschaft, die Menschen, die auch,

und das muss man vielleicht einmal zu Beginn ins Zentrum rücken, diese Werte auch über Generationen bewahrt haben. Und damit diese Werte über Generationen bewahrt werden und bleiben, braucht es eine Landesverwaltung in der Steiermark die funktioniert, braucht es, und da werden wir uns einig sein, eine Umwelta Abteilung, die ihre Aufgaben rechtstaatlich tadellos erfüllt und genau deshalb haben wir diesen Punkt heute auf der Tagesordnung, weil das leider, und das muss man glaube ich jetzt nach diesen Auszügen des Rechnungshofberichtes, was eine große steirische Tageszeitung ja auf den Tisch gelegt hat und ich zweifle nicht daran, dass das stimmt, was in diesen Medienberichten steht, dass wir uns dieser Problematik, Frau Landesrätin, widmen müssen. *(Beifall bei den Grünen)* Und was Zweites noch vorweggeschickt, es geht gar nicht nur um das Schöne, um den Umweltschutz, um die Lebensqualität, uns im Speziellen wichtig – Sandra Krautwaschl, Andreas Lackner, andere, Lara, ich, wir sind ja dauernd mit den Initiativen in Verbindung, die sich um diese Umweltqualität kümmern, die was tun – es ist aber auch für die Wirtschaft wichtig. Das möchte ich noch ergänzend dazu sagen. Denn, wenn die Umwelta Abteilung in Zeiten nur begrenzt funktioniert oder nicht gut funktioniert, wo wir um den Klimawandel ringen, wo viele Betriebe auch darum ringen Genehmigungen zu bekommen, völlig legitim, gute Verfahren vorfinden wollen in einer angemessenen Zeit, dann ist es ganz einfach wichtig, Frau Landesrätin, und das sollte uns einen, dass diese Abteilung funktioniert und dass wir sie auf einen Stand bringen, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in dieser Abteilung, die auch gute Arbeit leisten – es geht uns um die Spitze, es geht uns um die benannten Personen und auch um dich als Landesrätin, die hier in der Verantwortung stehen, aber sicher nicht werden wir die Botschaft absetzen, alles was in dieser Abteilung ist, ist schlecht, alle Mitarbeiter sind fürchterlich. Das haben wir nie gesagt, das werden wir auch heute nicht tun. Mir ist es auch wichtig eingangs noch einmal zu betonen, es geht um die Qualität in der Führung, an der Spitze, in der Aufsicht dieser Abteilung. *(Beifall bei den Grünen)* Und das ist schon das, was uns grundsätzlich natürlich irritiert hat, Frau Landesrätin. Das darf ich dir noch einmal so deutlich sagen, wie nämlich mit der Problematik seit Beginn des Bekanntwerdens umgegangen ist. Bürgerinnen und Bürger haben eine Anzeige eingebracht, wir wissen das auf Grund grober Missstände. Wir kennen seit Jahren Berichte, auch Tatsachen, die uns vorliegen, die den Verdacht äußern, dass in dieser Abteilung Dinge passieren, die eben nicht rechtstaatlich sind, die nicht einen modernen Verfahrensablauf entsprechen und die letztendlich nicht so laufen, dass wir sagen können, diese Qualität in der Umweltpolitik, im Naturschutz bleibt in der Steiermark erhalten. Diese Berichte gibt es. Und

dann sind diese Dinge bekannt geworden und das hat mich besonders irritiert, war das Leadership, die Vorgangsweise deiner Persona als Vorsitzende dieser Abteilung, als jene Landesrätin, die zuständig ist, aus meiner Sicht eine etwas Seltsame. Denn es ist eigentlich die Botschaft immer wieder gekommen: „Ich weiß von nichts. Mir ist das alles nicht bekannt. Ich habe damit nichts zu tun.“ Und das war schon irritierend, denn es ist nämlich bestimmt vielleicht möglich, dass die eigentliche Verantwortung nicht direkt im Tun bei der Landesrätin gelegen ist oder auch bei den beiden vorhergehenden Landesräten. Es betrifft ja nicht nur dich als Landesrätin, sondern auch die Zeit des Landesrates Leichtfried der SPÖ und des Landeshauptmannstellvertreters Lang, das muss man auch ganz klar sagen, dass hier offenbar nicht hingeschaut wurde, obwohl es Hinweise gegeben hat. Und irgendwann gibt es dann Ermittlungen, gibt es dann auch Hausdurchsuchungen, kommen die Dinge ins Rollen und die eigentliche Verantwortungsrolle der Landesrätin war eine „alles unter der Decke lassen“. Das war mein Eindruck, Frau Landesrätin, das hat sich bei mir ganz stark in meiner Wahrnehmung eingeprägt, dass es eben keine Offensive war. Wie die Dinge bekannt wurden, ich darf dich kurz daran erinnern, habe ich nichts gehört, dass intern eine Task-Force eingesetzt worden wäre, dass es externe Expertinnen und Experten gibt, die diese Abteilung umgehend durchleuchten, um etwas zu tun. Es hat keine umfassende Information der Öffentlichkeit gegeben. Ja, erst zwei Monate, ca. zwei Monate nach Bekanntwerden dieser Missstände ist einmal irgendwann eine interne Revision in Gang gekommen. Das war der Tag, wenn du dich erinnerst, wie die Grünen hier herinnen im Landtag eine Befragung an dich gerichtet haben und dich damit konfrontiert haben. Dann war die Antwort, du hast gesagt, ist es der Tag oder der nächste: „Da beginnt jetzt diese interne Revision.“ Also das war aus meiner Sicht in Leadership, das erwarte ich mir nicht, wenn derartig schwere Vorwürfe am Tisch liegen, dass dann letztendlich ganz einfach so wenig bis gar nichts passiert und nur Zurückhaltung herrscht und nichts ist. Dann hat es die Spottlieder-Affäre gegeben, du weißt es Frau Landesrätin, vorher hat es ja keine dienstrechtlichen Konsequenzen gegeben, keine Suspendierungen, dann kommt die Spottlieder-Affäre, die zuständige Abteilungsleiterin verhöhnt die Bevölkerung, die auf Grund einer Vergiftungsgeschichte, einer Schadstoffgeschichte, die die Gesundheit betrifft große Sorgen hatte, in einem Spottlied mit ihrem Kollegen. Dann ist sie suspendiert worden. Das war erst später der Fall, nachdem aber vorher schon viele Dinge bekannt waren. Was uns wirklich irritiert hat, Frau Landesrätin, das darf ich dir sagen, es hat nicht lange gedauert und die betreffende Person ist wieder auf ihrem Platz gesessen, war wieder an der Spitze dieser Abteilung und hat letztendlich wieder

und das ist schon wirklich bedauerlich, auch nach allen Bekanntwerden dieser Vorwürfe, die Verantwortung bekommen, diese Abteilung neu aufzustellen. Das kann in der Steiermark, das möchte ich dir sagen, kein Mensch nachvollziehen. *(Beifall bei den Grünen)* Wir haben dann von dir, die Befragung, die ich hier im Hause machte, du wirst dich wahrscheinlich daran erinnern, die Antwort bekommen – die Frage war, wird sie wieder, sinngemäß, auf ihren Arbeitsplatz Platz nehmen und die Geschicke der Abteilung wieder leiten? Nun zur Beantwortung der Frage, Originalzitat von dir: „Ja, denn der Bericht der internen Revision gibt keine Hinweise auf grobe Missstände in dieser Abteilung.“ So steht es drinnen und das ist wirklich bezeichnend. Mittlerweile, und damit ist dieses Kartenhaus ja zusammengestürzt vor einigen Tagen - es war am Samstag, wie die Dinge vom Rechnungshof bekannt wurden. Die Opposition hat ja bekanntlich diese Rechnungshofprüfung initiiert, um einmal einen Überblick zu bekommen, was ist dran, stimmen die Dinge, wird nur was behauptet oder nicht? Der Rechnungshofbericht ist am Tisch und dieser Rechnungshofbericht stimmt mit dem, was du uns zum internen Revisionsbericht gesagt hast als zuständige Landesrätin, überhaupt nicht überein. Und eines irritiert mich besonders. Ich habe damals in der Ausschusssitzung im Landtag gesagt, wie es um diesen Bericht der internen Revision gegangen ist, wir hätten gerne den Originalbericht, im Wortlaut. Ja, den würden wir gerne lesen. Was hat denn die interne Revision der Landesregierung gesagt zu diesen Umständen? Dann haben wir nur eine behübschte Darstellung dieses Berichtes bekommen, aber der Originalbericht – und das geht ganz einfach nicht, wenn solche Missstände am Tisch liegen – der liegt uns bis heute nicht vor. Wir würden diesen Bericht gerne sehen, Frau Landesrätin. Wo ist dieser Bericht? Die Geschichte ist die, und das ist mir jetzt sehr wichtig, seit Tagen gibt es die Argumentation, seitdem jetzt dieser Rechnungshofbericht in Auszügen bekannt wurde, es ist ja als Landesrätin nicht möglich und auch der zuständigen Personalabteilung, weil Landesrat Amon ist nicht hier derzeit, es ist nicht möglich eine dienstrechtliche Konsequenz, nach allem was vorliegt, zu ziehen. Und das ist was, was wir überhaupt nicht verstehen. Das sage ich ganz deutlich. Denn, wenn eine Abteilung, sei alles richtig was behauptet wird, sei es nicht richtig, aber mit derartigen Vorwürfen nicht der Opposition oder irgendwelcher Bürgerinnen und Bürger belastet ist, sondern mit klaren Aussagen des Bundesrechnungshofes in dieser Causa, dass hier vieles im Argen liegt, warum ist es dann nicht möglich, Frau Landesrätin – das verstehen wir einfach nicht – hier ganz rasch und umgehend für personelle Konsequenzen an der Spitze dieser Abteilung zu sorgen? Das wäre verantwortungsvolles Handeln. *(Beifall bei den Grünen)* Das versteht ja niemand, dass hier

nichts geschehen ist. Dann müssen wir hören, wie jetzt der Bundesrechnungshofbericht bekannt wurde, ja du weißt offenbar eh schon seit Dezember, ich glaube 22. Dezember, von den ganzen Vorhaltungen des Rechnungshofes, aber die Öffentlichkeit wurde wieder nicht informiert. Ja, wenn ich die Abteilung, das muss uns doch allen klar sein, derartig unter Druck ist in der Öffentlichkeit, wenn es derartig viele offene Fragen gibt, da ist doch das Mindeste, und da verstehe ich dich wirklich auch nicht in deiner Amtsführung, dass du die Bevölkerung umfassend informierst. Ja, wenn es Missstände gibt, muss es Berichte geben, muss die Bevölkerung informiert werden, da müssen die Dinge ganz einfach auf den Tisch. Da hilft es nichts immer zu warten bis wieder, Gott sei Dank, kritische Medien in diesem Land diese Dinge offenlegen. Es ist mir wichtig, Frau Landesrätin, die Punkte kurz zu erwähnen, die der Spitze der Abteilung, nicht den ganzen Mitarbeiter\_innen, aber der Spitze dieser Abteilung, vorgelegt werden. Das ist keine Kleinigkeit. Die Kronenzeitung berichtet über die Missstände der A13: „Auf Basis der Sicht und des Schriftverkehrs der Abteilungsleiterin“, hier ist sie wieder benannt „und des UVP Referenten soll in mindestens drei Fällen der Projektwerber anstelle der Beamt\_innen Teile von Bescheiden formuliert haben.“ Teile von Bescheiden formuliert haben, das muss man sich einmal vorstellen, wenn das in einer Verwaltungsabteilung des Landes vorkommt. In mindestens zwei Fällen ist hier konkret formuliert: „übermittelte die Abteilung 13 Bescheidentwürfe zur Abstimmung an die Projektwerber.“ Schaut euch das einmal an, passt das euch so, dann kriegt ihr diesen Bescheid. Darum auch die Zuschreibung, die kommt ja nicht von uns, „Bescheid-Bestellservice“. „Für die Abteilung 13 arbeitende Sachverständige stellen Honorarrechnungen direkt an den Projektwerber. Die Behörde prüfte zudem nicht einmal die Richtigkeit der Honorare, auch nicht eine mögliche Befangenheit der Sachverständigen. Die A13 hatte keinen Überblick über offene UVP-Verfahren. Laut Rechnungshof Ende 2021/22 insgesamt 30 offene Verfahren. Die Anzahl der gleichzeitig anhängigen Verfahren hatte sich von 2015 bis 2021 verdreifacht. Nur neun Prozent der UVP-Feststellungsverfahren wurden innerhalb der vorgeschriebenen Frist erledigt.“ Das sind nur die wesentlichsten Punkte, es geht noch um andere. Aber da sieht man doch, das ist doch keine böse Vorhaltung von irgendwelchen Umweltinitiativen oder der Grünen. Das sind schwere Missstände, die in dieser Abteilung vorliegen. Und nicht, glaube ich, zufällig haben steirische Medien dann umfassend darüber berichtet. Ein paar Schlagzeilen der Zeit davor und der letzten Tage im Ö1 Mittagsjournal: „UVP auf Bestellung, Staatsanwaltschaft ermittelt.“ Kleine Zeitung: „Staatsanwaltschaft prüft Bescheid-Tourismus.“ Die APA: „Aber bitte mit Blei, Abteilungsleiterin nach Spottlicht

suspendiert.“ „Vernichtendes Zeugnis für steirische Umweltbehörde.“ Ich könnte das jetzt unendlich fortschreiben. Aber warum tue ich das? Weil wir wissen müssen in unserer Verantwortung, wenn ein derartiges Bild einer Abteilung entsteht und die zuständige Landesrätin noch immer so tut als wäre es eh nicht so arg gewesen und „ich habe schon alles reorganisiert und alles ist gut“, aber nicht geklärt ist, wer war in dieser Zeit für die Verantwortung eigentlich in der Zuständigkeit? Welche Landesräte hat das betroffen? Welche Verfahren sind betroffen gewesen ganz genau? Dann ist das aus meiner Sicht eine Vorgangsweise, die dem Land Steiermark schadet, der Umweltpolitik in diesem Land schadet und die letztendlich der gesamten Politik schadet. Das ist bedauerlich. *(Beifall bei den Grünen)* Und aus diesem Grund glaube ich Frau Landesrätin, bevor ich jetzt zur Einbringung der Fragen an dich komme, wäre es höchst an der Zeit zwei Dinge zu tun. Ich sage das bewusst jetzt sehr konstruktiv, aber bestimmt zu dir. Ich wünsche mir das, dass wir das, was dem Landtag in seiner Kontrollverantwortung zusteht, dass du nämlich erstens, dich mit deinem Kollegen Werner Amon, der für die Sache nichts kann, denn es war in Verantwortung der SPÖ natürlich, dass man hier einen Konsens herstellt und eine Vorgehensweise, um an der Spitze dieser Abteilung endlich eine andere Person in Verantwortung zu bringen und das Bild wegzubringen von dieser Abteilung. Die Personen, die diese schweren Fehler begangen haben, sitzen immer noch an den Schalthebeln und sind auch für die Reform in dieser Abteilung zuständig. Das geht ganz einfach nicht. Ich ersuche dich noch einmal mit Nachdruck hier dienstrechtlich Konsequenzen zu ziehen. Und nicht erst morgen, am besten heute noch und nicht so zu tun, als wäre das rechtlich alles nicht möglich. Wenn derartige Dinge am Tisch liegen, wie im Rechnungshofbericht gesagt, wenn es um Geldflüsse geht, wenn es um den Vorwurf der Korruption geht, wenn die Grenzen verschwimmen zwischen Gutachter und der Abteilung selbst, dann ist es letztendlich so, ... *(KO LTAvg. Schwarz: „Lambert, hast du den Rechnungshofbericht gelesen? Ich kenne ihn nicht.“)* Du wirst ihn wahrscheinlich kennen, weil ihn dein Regierungsmitglied ja hat, lieber Hannes Schwarz. *(KO LTAvg. Schwarz: „Wo hast du den gelesen den Rechnungshofbericht? Du sprichst immer vom Rechnungshofbericht. Es gibt keinen Rechnungshofbericht.“)* Du hast wahrscheinlich in deiner Vorbereitung, weil du bereitest dich ja, wie ich hoffe zumindest, intensiv auf den Landtag vor, was die Grundlage dieser Dringlichen Anfrage ist. Nämlich die Veröffentlichung, die medial stattgefunden hat, *(KO LTAvg. Schwarz: „Es gibt keinen Rechnungshofbericht.“)* von schweren Vorwürfen. Es gibt keinen Rechnungshofbericht? Also für das Protokoll ist das interessant, der Kollege Schwarz behauptet hier allen Ernstes „es gibt

keinen Rechnungshofbericht“. Die Kronen-Zeitung hat ihn nur erfunden. Also das ist die Pointe des Tages. (*Unruhe bei der SPÖ und ÖVP*) Der Klubobmann der SPÖ unterstellt den steirischen Medien, sie würden nur behaupten es gibt einen Rechnungshofbericht, der ist frei erfunden. Also das ist wirklich ein Tiefpunkt für die Sozialdemokratie, wenn man sich herstellt und sagt, es gibt keinen Bericht. Das ist ja unglaublich, es gibt keinen Bericht. (*KO LTabg. Riener: „Es gibt einen Rohbericht.“ – Wer hat denn den Auftrag gegeben für den Rechnungshofbericht?“*) Kollege Schwarz sagt, es gibt keinen Bericht. Eine freie Erfindung der Kronen-Zeitung. Vielleicht sollst du dir vor der Landesrätin überlegen, ob du Konsequenzen ziehst, wenn du derartige Dinge hier in diesem Haus einfach behauptest. Das ist ja unerhört. (*Beifall bei den Grünen – KO LTabg. Schwarz. „Ist ein Rechnungshofrohbericht ein Rechnungshofbericht?“*) Kollege Schwarz, wir sind beide sehr lange im Landtag. Wir wissen, wie auf Basis rechtlicher Grundlagen Berichte zustande kommen. Das wissen wir und du wirst ja nicht allen Ernstes behaupten, dass die Dinge, die hier Punkt für Beistrich schwarz auf weiß geschrieben sind, alle nicht stimmen. Das wirst du ja hoffentlich selber nicht glauben. Also das ist wirklich jetzt eine absolute, ja, ein tiefer Einblick, sagen wir so, in die steirische Sozialdemokratie. Und Frau Landesrätin, nachdem es um die Konsequenzen an der Spitze der Abteilung geht – ich komme dann zur Einbringung der Fragen – würde ich dich bitten, diese personellen Konsequenzen zu ziehen und die zweite Bitte ist, nachdem der Kollege Schwarz jetzt so erregt war, muss ich zu dem noch kommen, die zweite Bitte ist und ich denke du wirst sie uns vielleicht erfüllen, wenn du dein Amt ernst nimmst. Bitte übermittle uns den Originalbericht der Revision und nicht einen behübschten Bericht, der dem Landtag vorgelegt wurde. Wir hätten den gerne. Beides kann man rasch erfüllen. Die Personalabteilung des Landes wird juristische Wege finden, um die personellen Konsequenzen zu ziehen und du wirst Wege finden, um uns diesen Bericht der internen Revision, nämlich dem Landtag und der steirischen Bevölkerung vorzulegen. Damit komme ich zur Einbringung unserer Dringlichen Fragen an dich, Frau Landesrätin. Es sind 17 Fragen:

1. Warum haben Sie trotz klarer gegenteiliger Hinweise im Landtag und in den Medien stets behauptet, dass es in der A13 keinerlei Missstände gebe und alles in bester Ordnung sei?
2. Warum haben Sie trotz Ermittlungen der Staatsanwaltschaft die Leiterin der A13 wiederum eingesetzt?
3. Sind Sie willens, die politische Verantwortung wahrzunehmen, und wenn ja, worin besteht diese?
4. Welche Konsequenzen ziehen Sie aus den Feststellungen des Rechnungshofes?

5. Welche UVP-Verfahren hat der Rechnungshof seinem Bericht konkret beanstandet?
6. Haben in mindestens drei Fällen die Projektwerber anstelle der A13 Teile von Bescheiden formuliert? Wenn ja, in welchen Bescheiden?
7. Hat in mindestens zwei Fällen die A13 Bescheid-Entwürfe zur Abstimmung an Projektwerber übermittelt? Wenn ja, in welchen?
8. Haben für die A13 arbeitende externe Sachverständige Honorarrechnungen direkt an den Projektwerber gestellt? Warum wurde das von Ihrer Behörde zugelassen oder gar veranlasst?
9. Warum wurde von Ihrer Behörde zudem weder die Richtigkeit der Honorare noch eine mögliche Befangenheit geprüft?
10. Werden die betroffenen Sachverständigen weiterhin gutachterlich tätig sein?
11. Warum haben Sie es zugelassen, Frau Landesrätin, dass das UVP-Team nicht in einem Referat, sondern direkt bei der Abteilung angesiedelt wurde in dieser Zeit?
12. Welchen Zweck konnte diese direkte Angliederung haben, außer der Ermöglichung einer direkten Einflussnahme?
13. Warum hatte die A13 laut Rechnungshof den Überblick über offene UVP-Verfahren verloren?
14. Warum hat sich die Anzahl der gleichzeitig anhängigen UVP-Verfahren von 2015 bis 2021 verdreifacht?
15. Warum wurden nur neun Prozent der UVP-Feststellungsverfahren innerhalb der vorgeschriebenen Frist erledigt?
16. Warum dauert ein UVP-Feststellungsverfahren in der Steiermark doppelt so lange wie in den anderen Bundesländern?
17. Werden Sie aufgrund des Ihnen bekannten Rechnungshofberichtes – Sie kennen ihn ja zur Gänze – umgehend personelle Konsequenzen an der Spitze der Abteilung 13 – gemeint ist die Abteilungsleiterin – ziehen?

Frau Landesrätin, ich ersuche um die Verantwortung. Ich glaube, es ist uns klar, worum es geht. Gelingt es, das Vertrauen in die Abteilung wiederherzustellen oder gelingt es nicht? Und es sollte unser aller Ziel sein, unser gemeinsames Ziel, und die Opposition wird gemeinsam, denke ich, auch noch darüber nachdenken, welche Schritte wir noch setzen können in der Aufklärung, das Vertrauen in die wichtige Umwelta Abteilung für die Steiermark wiederherzustellen und auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gute, qualitative

Arbeitsbedingungen zu schaffen. Ich bitte um Beantwortung. (*Beifall bei den Grünen – 13.05 Uhr*)

**Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann:** Danke Herr Abgeordneter. Ich erteile Frau Landesrätin Mag. Ursula Lackner das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Beantwortung eine Redezeitbegrenzung von 30 Minuten gilt. Bitte Frau Landesrätin.

**Landesrätin Mag. Lackner - SPÖ (13.05 Uhr):** Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren Abgeordnete, werte Gäste und Interessierte via Livestream, werter Herr Abgeordneter!

Ich halte gleich zu Beginn fest: Auch ich bin ob der Vorgänge, die der Bericht des Rechnungshofes zu Tage gefördert hat, erschüttert. Sie zeichnen wahrlich kein gutes Bild – und es wird viel Energie benötigen, das Vertrauen der Bevölkerung in die Behörde wieder zurückzugewinnen. Der Bericht zeigt, wie wichtig es war, dass nach dem Bekanntwerden von Vorwürfen gegen zwei Mitarbeiter\_innen der Abteilung 13 im November 2021, die Interne Revision und der Bundesrechnungshof mit einer Prüfung beauftragt wurde. Und es ist wichtig, dass die nun aufgedeckten Vorgänge transparent gemacht werden. Daher habe ich die mir zur Verfügung stehenden Maßnahmen unverzüglich eingeleitet.

Als am 19. Dezember 2022 der Bundesrechnungshof die Landesamtsdirektion, die Personalabteilung und mich mündlich darüber informiert hat, dass im Zuge der Überprüfung Hinweise gefunden wurden, wonach zwei Mitarbeiter in der Vergangenheit im Zuge von Bescheiderstellungen Inhalte mit Konsenswerbern abgestimmt hätten, habe ich die Personalabteilung und die Landesamtsdirektion umgehend ersucht, diesen Hinweisen nachzugehen und eine tiefere Prüfung einzuleiten. Vor einigen Tagen hat mich die Personalabteilung informiert, dass sich die Verdachtsmomente erhärtet haben und gegen einen Mitarbeiter, der bereits seit mehr als einem Jahr nicht mehr mit UVP-Agenden befasst ist, ein Disziplinarverfahren eingeleitet wurde. Das halte ich für einen unumgänglichen Schritt, um die Vorwürfe aufzuklären.

Ich sage Ihnen aber auch ganz ehrlich: Ich habe vollstes Verständnis dafür, dass es in Anbetracht des nach wie vor laufenden Verfahrens und der immer wieder auftretenden Zurufe im Rahmen der medialen Berichterstattung Vorbehalte gegen die Abteilungsleiterin gibt. All diese Zurufe aus den Medien und Aufforderungen der Opposition versetzen mich

dennoch nicht in die Lage, dienstrechtliche Entscheidungen zu treffen. Ich sage Ihnen ganz klar, weil es immer wieder anders dargestellt wird und es ist gut, dass wir heute darüber reden: Als Regierungsmitglied habe ich die Möglichkeit nicht, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Abteilungen des Landes einzustellen, zu suspendieren oder ein Disziplinarverfahren einzuleiten. Sie können dies drehen und wenden wie sie wollen, es ändert nichts an der Tatsache, dass Personalentscheidungen ausschließlich in den Aufgabenbereich der Personalabteilung, sprich der Dienstbehörde fallen. Und diese hat mir mitgeteilt, dass die Vorwürfe bis dato nicht ausreichen, um dienstrechtliche Schritte zu setzen. Dass das Dienstrecht so ist, wie es ist, ist zu akzeptieren. Daher geht auch die von den Grünen immer wieder geäußerte Kritik, ich hätte die Abteilungsleiterin nach der internen Revision erneut eingesetzt, völlig an der Realität vorbei.

Ich habe die Zeit aber nicht ungenützt verstreichen lassen und noch im vorigen Jahr eine Reorganisation der Abteilung veranlasst. Als Basis für diese Neustrukturierung diente unter anderem der Prüfbericht, den die interne Revision vorgelegt hat. Und auf die Frage, wann der interne Revisionsbericht vorgelegt wird: Wir sind im Ausschuss so verblieben, dass die Zusammenfassung – das betone ich – keine behübschte Version, sondern die Zusammenfassung dieses Berichtes einer Prüfung unterzogen wird, inwieweit er auch weitergegeben werden kann (*LTabg. Schönleitner: „Warum kriegen wir das Original nicht?“*) und diese Prüfung ist jetzt abgeschlossen und der Bericht der internen Revision wird mit dem Bericht des Rechnungshofes dem Landtag auch vorgelegt werden.

Es gibt nun aufgrund der Reorganisation der Abteilung unter anderem ein eigenes UVP-Referat mit eigenständiger dienstrechtlicher und fachlicher Aufsicht, neue, transparentere Abläufe und eine verbesserte digitale Veraktung. Diese strukturellen Veränderungen tragen dazu bei, dass künftig qualitätsvolle Verfahrensabläufe sichergestellt sind. Die vom Bundesrechnungshof thematisierten Vorgänge beziehen sich auf die Zeit vor dieser Neustrukturierung. Der betreffende Mitarbeiter ist seit dem Aufkommen der Vorwürfe im November 2021 nicht mehr in der UVP-Behörde tätig, und seit über einem Jahr besteht die UVP-Behörde aus einem größeren Team mit neuer Leitung und neuen UVP-Referenten und -Referentinnen. Es wurden mehr als 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgenommen, die mit ihren Tätigkeiten – von juristischen bis zu amtssachverständigen Bereichen – wichtige Stützen der Behörde sind. Ich stehe dafür ein, dass die Vorwürfe restlos und umfassend aufgeklärt werden.

Für mich bedeutet politische Verantwortung zu übernehmen nicht, mich in laufende Verfahren einzumischen, denn das wäre unrechtmäßig und strafbar. Das habe ich nicht getan, das tue ich nicht und werde es auch in Zukunft nicht tun! Politische Verantwortung zu übernehmen bedeutet für mich vielmehr, für Transparenz und Aufklärung zu sorgen und Strukturen so zu gestalten, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilungen effizient und qualitativ ihre Arbeit erfüllen können.

Im derzeit vorliegenden Rohbericht, der Ende letzter Woche an das Amt der Landesregierung und die zuständigen Regierungsmitglieder übermittelt wurde, teilt der Rechnungshof das Ergebnis seiner Überprüfung mit. Die Landesregierung wird ihre Stellungnahme schnellstmöglich abgeben, damit der Endbericht mit seinen Empfehlungen so rasch wie möglich dem Landtag vorgelegt und auf Basis von Fakten diskutiert werden kann.

Ich komme nun zur Beantwortung der Fragen:

Zur Frage 1:

Ich habe von Anfang an gesagt, die Vorwürfe nicht auf die leichte Schulter zu nehmen und dass sie restlos aufzuklären sind. Ich habe wiederholt zugesichert, dass ich die Aufklärung vollumfänglich und vorbehaltlos unterstütze. Ich habe die Befassung der internen Revision und des Rechnungshofes stets begrüßt und den Revisionsauftrag erteilt. Ich habe auch gesagt, dass das Ergebnis der Prüfungen und Verfahren abzuwarten ist, denn ich halte nichts von Vorverurteilungen. Ich halte nichts von Spekulationen und ich habe mich gegen aggressive und vorverurteilende Aussagen ausgesprochen. Denn das verunsichert nicht nur die Steirerinnen und Steirer, das beschädigt auch massiv das Vertrauen in unseren Rechtsstaat und in unsere Behörden. Das hat aber nie bedeutet, dass ich die Vorwürfe auf die leichte Schulter nehme! Im Gegenteil: Ich habe sie sehr ernst genommen und ich nehme sie sehr ernst!

Ich habe immer umgehend gehandelt, sobald sachliche und faktenbasierte Ergebnisse vorlagen.

Nach dem Aufkommen der ersten Vorwürfe war es für mich von zentraler Bedeutung,

- dass die Vorwürfe geprüft werden, was zu einer vorläufigen Suspendierung der Abteilungsleitung durch die zuständige Personalabteilung geführt hat,
- dass der UVP-Bereich schnellstmöglich wieder handlungsfähig ist und mit weiteren Juristinnen und Juristen ausgestattet wird, damit die Akten weiterbearbeitet und die anhängigen Verfahren bestmöglich geführt werden,

- dass kurze Zeit später zwei zusätzliche neue Juristen im UVP-Bereich ihre Tätigkeit aufgenommen haben, die UVP-Verfahren übernommen und effizient, zeitgerecht und qualitativ voll weitergeführt werden konnten und
- dass die Prüfungen durch den Rechnungshof bzw. die interne Revision bestmöglich unterstützt werden, damit rasch ein Ergebnis vorliegt.

Nach dem Bericht der internen Revision im Mai des Vorjahres habe ich eine Neustrukturierung der Abteilung 13 veranlasst, die im Dezember 2022 abgeschlossen wurde. Und als der Bundesrechnungshof die Landesamtsdirektion, die Personalabteilung und mich am 19. Dezember 2022 mündlich darüber informierte, dass es Hinweise auf die heute bereits erwähnten Vorgänge gäbe, habe ich die Personalabteilung und die Landesamtsdirektion wiederum umgehend ersucht, den Hinweisen nachzugehen und den Sachverhalt tiefergehend zu prüfen. Und wie bereits erwähnt, hat mich die Personalabteilung vor wenigen Tagen informiert, dass sich die Verdachtsmomente erhärtet haben und gegen einen Mitarbeiter ein Disziplinarverfahren eingeleitet wurde.

Dieser konsequenten Linie treu bleibend werden die Erkenntnisse des Bundesrechnungshofes geprüft und die daraus folgenden Maßnahmen eingeleitet.

Zur Frage 2:

Ich habe die Abteilungsleitung nicht wieder eingesetzt! Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes zu suspendieren, Disziplinarverfahren einzuleiten oder wieder einzusetzen fällt ausschließlich in den Aufgabenbereich der Personalabteilung, sprich der Dienstbehörde. Mir wurde seitens der Personalabteilung im Mai 2022 lediglich mitgeteilt, dass die vorläufige Suspendierung aufgehoben und dass die Abteilungsleiterin mit Juni wieder ihre Funktion in der Abteilung 13 ausüben wird. Auf mein Drängen hin wurde jedoch die Fachaufsicht für den UVP-Bereich an ihre Stellvertretung übertragen.

Zur Frage 3:

Ja. Ich übernehme die Verantwortung für jene Bereiche, für die ich eine Zuständigkeit und Handlungsmöglichkeit habe. Wie bereits ausgeführt, wurde bereits im August 2021 ein Personalkonzept für die Herausforderungen der Behörde erstellt und in der zuständigen Abteilung 5 eingereicht. Die Aufklärung der im November 2021 erhobenen Vorwürfe wurden und werden vollumfänglich unterstützt. Es wurde die interne Revision mit der Prüfung beauftragt und auf Basis der Erkenntnisse der internen Revision ein Reorganisationsprozess veranlasst, der bereits im Vorjahr abgeschlossen wurde.

Zur Frage 4:

Für die bereits getroffenen Maßnahmen verweise ich auf die Antwort zu Frage 1.

Wie üblich wird die Landesregierung schnellstmöglich eine Stellungnahme an den Bundesrechnungshof abgeben, damit der Schlussbericht dem Landtag vorgelegt und auf Basis von Fakten diskutiert werden kann.

Ungeachtet dessen werden die im Rohbericht enthaltenen Empfehlungen geprüft und die daraus resultierenden Maßnahmen in Angriff genommen.

Fragen 5 bis 7:

Dem Rohbericht des Rechnungshofs liegen sämtliche Verfahren des Untersuchungszeitraumes 2015 bis 2021 zugrunde. Eine Auflistung der Beanstandungen hinsichtlich konkreter Verfahren ist im Bericht nicht angeführt. An verschiedenen Stellen des Rohberichts sind einzelne Formulierungen enthalten, die auf konkrete Projekte schließen lassen.

Die Fragen 6 und 7 betreffend handelt es sich hierbei um eine Beschwerdeentscheidung zu einer Motorsportveranstaltung aus dem Jahr 2016, eine UVP-Änderungsbewilligung zu einer Abfallbehandlungsanlage in St. Michael in Obersteiermark und das UVP-Genehmigungsverfahren zum Pumpspeicher Koralm bzw. um den UVP-Bescheid betreffend Rodungen bei einem Gewerbepark in Zeltweg und einen UVP-Bescheid betreffend eine Anlage zur Papiererzeugung in Gratkorn.

Der Rechnungshof stellt in seinen Ausführungen klar, die formalen und verfahrenstechnischen Aspekte geprüft zu haben. Für die inhaltliche Relevanz verweist der Rechnungshof auf die unabhängigen Verwaltungsgerichte. Inwieweit diese Vorgänge straf- bzw. dienstrechtlich relevant sind, muss von den zuständigen Stellen geklärt werden. Dessen ungeachtet ist festzuhalten: Es wurden alle angeführten Bescheide mit Ausnahme eines noch anhängigen Verfahrens im Instanzenzug geprüft und durch die Gerichte bestätigt.

Fragen 8 bis 10:

Nichtamtliche Sachverständige werden mittels Bescheid von der UVP-Behörde bestellt, wobei in diesem Bescheid auch auf den Sachverständigen-Eid hingewiesen wird. Ein nichtamtlicher Sachverständiger oder eine Sachverständige ist von Gesetzes wegen zur Objektivität verpflichtet und die Möglichkeit einer Direktverrechnung findet sich im Gesetz, nämlich im § 3b Abs. 2 UVP-Gesetz und lautet wie folgt: „Kosten, die der Behörde bei der Durchführung der Verfahren nach diesem Bundesgesetz erwachsen, wie Gebühren oder Honorare für Sachverständige, sind vom Projektwerber/von der Projektwerberin zu tragen.“

Die Behörde kann dem Projektwerber/der Projektwerberin durch Bescheid auftragen, diese Kosten nach Prüfung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit durch die Behörde, direkt zu bezahlen.“ So lautet der § 3b im UVP-Gesetz.

Es bestehen divergierende Rechtsansichten zwischen dem Rechnungshof und der Behörde, was die Verpflichtung zur Erlassung eines Kostenbescheides angeht, die Zulässigkeit einer direkten Bezahlung – also ohne Treuhandenschaft durch die Behörde – ist möglich. Das Gesetz spricht hier von einer Kann-Bestimmung. Nachdem der Rechnungshof auf die unterschiedliche Rechtsauffassung hingewiesen hat, wird dies eingehendst geprüft.

Frage 10:

Sollten der Behörde keine Umstände bekannt werden, welche die Unbefangenheit oder Fachkunde dieser nichtamtlichen Sachverständigen in Zweifel ziehen bzw. belegen, werden diese weiterhin gemäß ihrem behördlichen bzw. gesetzlichen Auftrag tätig sein können. Unabhängig davon können nichtamtliche Sachverständige von einer Partei von Gesetzes wegen abgelehnt werden, wenn diese Umstände glaubhaft machen, die die Unbefangenheit oder Fachkunde des Sachverständigen oder der Sachverständigen in Zweifel ziehen.

Fragen 11 und 12:

Das Fachteam UVP war bis September 2018 im Referat Anlagenrecht und wurde in der damaligen Neuorganisation sodann direkt der Abteilungsleitung unterstellt. Das Fachteam UVP sollte in die Stabstelle Organisation und Recht zugeordnet werden. Die Abteilung 1, Organisation und Informationstechnik, hat jedoch die direkte Zuordnung des Fachteams UVP zur Abteilungsleitung vorgeschlagen und dieser Vorschlag, nämlich der Abteilungsleitung zuzuordnen, wurde vom Landesamtsdirektor genehmigt und im Oktober 2018 umgesetzt.

Frage 13:

Richtig ist, dass die Abteilung 13 zu Dokumentations- und Controllingzwecken im Überprüfungszeitraum manuelle Statistiken geführt hat, in denen, wie auch der Rechnungshof feststellte, leider Fehler enthalten waren. Diese sind nicht zuletzt auch der im geprüften Zeitraum erfolgten Umstellung der Aktenverwaltungssysteme von AKVE auf ELAK geschuldet, die die Auswertung der Daten erschwerte. Um entsprechende Fehlerquellen künftig auszuschließen, hat die Abteilung 13 im Herbst 2022 die Einrichtung des automationsgestützten ELAK-Controlling-Tools KESS angefordert. Die Umsetzung und Einrichtung dieses Tools wird seither durch die zuständige Abteilung 1 vorbereitet und bereits zeitnah eingerichtet werden. Durch dieses System wird es nicht nur möglich sein, eine digitale

Gesamtübersicht über laufende und abgeschlossene Verfahren zu erhalten, sondern auch die Dauer der Verfahren hinsichtlich relevanter Verfahrensschritte auszuwerten.

Frage 14:

Weil aufgrund einer prosperierenden Wirtschaft und der voranschreitenden Energiewende – um nur zwei Aspekte von vielen zu nennen – eine Vielzahl an Projekten eingereicht wurden, die aufgrund gesetzlicher Rahmenbedingungen einer UVP-Pflicht unterliegen. Das ist die Antwort auf die Frage. Die Anzahl der bei der UVP-Behörde innerhalb eines Kalenderjahres anhängigen UVP-Genehmigungs-, Änderungs- und Abnahmeverfahren nahm von 2015 bis 2019 von zwölf auf 35 zu und verbleibt seither in etwa auf diesem Niveau.

Fragen 15 und 16:

Die vom Bundesrechnungshof angeführte mittlere Verfahrensdauer bei UVP-Feststellungsverfahren wurde nicht mit 1,6 Jahren angeführt, sondern mit nur 21 Wochen. Trotzdem muss festgehalten werden: Die meisten Projekte werden mit unzureichenden Unterlagen eingereicht. Daraus folgt, dass Einreichunterlagen durch Sachverständige wiederholt evaluiert werden müssen, was oft mehrere Monate in Anspruch nimmt, bis eine endgültige Beurteilungsfähigkeit, also Beurteilungsgrundlage vorliegt. Jedoch hielt der Bundesrechnungshof auch fest, dass die UVP-Behörde in der Regel innerhalb weniger Tage die nächsten Verfahrensschritte setzte.

Grundsätzlich ist in Hinblick auf Verfahrensdauer nochmals festzuhalten: Sie ist von mehreren Faktoren abhängig. Ein Grund war ganz sicher die zu geringe Personalsituation im Fachteam der UVP-Behörde und bei den Amtssachverständigen, wofür bereits am Ende der Corona-Phase im August 2021 ein von mir veranlasstes Personalkonzept in der zuständigen Abteilung 5 eingebracht wurde. Zwischenzeitig wurden bereits mehr als 20 Mitarbeiter\_innen aufgenommen, die mit ihren Tätigkeiten – von juristischen bis zu amtssachverständigen Bereichen – wichtige Stützen der Behörde sind und in Zukunft eine zügige Verfahrensführung ermöglichen sollen. Ob in Hinblick auf die ständig wachsenden Herausforderungen – die steigende Anzahl und die Komplexität der Verfahren – ein Auslangen gefunden wird, wird laufend evaluiert. Ein weiterer Grund sind qualitativ mangelhafte Unterlagen der Projektwerber. Dies bedingt Verbesserungsaufträge seitens der Behörde an die Konsenswerber und führt zu Verfahrensverzögerungen, wofür die Behörde nicht verantwortlich gemacht werden kann. Und an dieser Stelle sei auch erwähnt, dass ein statistischer Vergleich nur bedingt Aussagekraft hat, da Verfahren sich in ihrer Komplexität –

damit einhergehend mit der Anzahl von notwendigen Gutachten, der Anzahl von Einwendungen etc. – maßgeblich unterscheiden.

Frage 17:

Wie schon mehrmals festgehalten: Disziplinarrechtliche Entscheidungen liegen nicht in meiner Zuständigkeit. Ich bin aber überzeugt davon, dass die Personalabteilung, die Dienstbehörde die einschlägigen Bestimmungen gewissenhaft vollzieht.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 13.28 Uhr)*

**Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann:** Danke Frau Landesrätin für die Beantwortung. Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage und weise auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung hin, nachdem Regierungsmitglieder sowie Abgeordnete nicht länger als zehn Minuten sprechen dürfen.

Am Wort ist die Frau Klubobfrau Sandra Krautwaschl.

**KO LTAbg. Krautwaschl – Grüne (13.28 Uhr):** Danke Herr Präsident, werte Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Steirerinnen und Steirer!

Danke einmal für die Beantwortung, Frau Landesrätin. Ich bin ja auch schon sehr froh, dass Sie zumindest anerkennen, dass es einen Bericht gibt, der in diesem Haus zu würdigen ist, genau darum geht es nämlich heute. Sie sind ja auch auf einige Punkte sehr konkret eingegangen. Was mich traurig stimmt bzw. was mir einfach nicht gefällt, weil die Verantwortung für das, was hier passiert ist – und Sie haben ja selber einige Punkte genannt – beginnt ja schon lange vor der Verantwortung Ihrer „Landesrätinnenschaft“. Und ich frage mich in diesem Fall, ganz ähnlich, wie ich mich das letztens bei der Gesundheitsdebatte gefragt habe: Warum ist eigentlich der Herr Landeshauptmannstellvertreter Lang nicht hier? Der hat nämlich ganz viele von den Punkten, die Sie ja selbst jetzt genannt haben, die schlecht gelaufen sind in der Vergangenheit – eines darunter ist die Personalausstattung gewesen – zu verantworten hat. Wieso ist er eigentlich nicht da? Warum stellt er sich nicht auch dieser Dringlichen Anfrage in dem Sinn, dass er seinen Teil der Verantwortung, den er definitiv hat – und ich werde ein paar Beispiele bringen, wie lange wir schon auf Dinge hingewiesen haben – übernimmt? Gerade die Personalausstattung und ich weiß und ich kenne einige, die jetzt aufgenommen wurden in dieser Abteilung, die supergute Expertinnen und Experten sind, die super arbeiten können, aber gerade die Personalausstattung ist ebenso entscheidend für eine qualitativ gute Abwicklung von Verfahren. Und bitte, ihr könnt euch sicher alle erinnern, wie

---

oft und wie lange Abgeordnete der Grünen – eine davon war meine Vorgängerin als Umweltsprecherin, die Sabine Jungwirth – immer wieder händeringend gefordert haben, diese Abteilung mit mehr Personal auszustatten, damit Verfahren bestmöglich abgewickelt werden können. *(Beifall bei den Grünen)* Und genau das ist nicht passiert bis zu dem Zeitpunkt, wo diese gravierenden Vorwürfe und Gerüchte darüber – kennen wir seit vielen, vielen Jahren und wir haben immer wieder darauf hingewiesen, erst als diese gravierenden Vorwürfe offenkundig geworden sind, nicht mehr unter der Decke gehalten werden konnten, wurde dann reagiert. Aber, und jetzt sage ich etwas, was wirklich jetzt auch in die Zukunft gerichtet ist: Es herrscht hier immer noch Gefahr in Verzug, wenn die Person, die das alles mit zu verantworten hat – und das wird wohl jetzt hier keiner mehr bestreiten, und es wurde ja letztlich auch aufgrund einer Verantwortung, die erkannt wurde, ihre Suspendierung eingeleitet –, wenn die immer noch dort ist und alle mitbeeinflusst, die dort jetzt neu aufgenommen worden sind, die ganze Umstrukturierung über diese Person letztlich läuft, weil sie immer noch die Leitung dieser Abteilung ist. An dieser Stelle muss ich schon sagen: Wenn die gesamte Landesregierung in ihrer Gesamtheit keinen Weg findet, nach diesen Vorwürfen, nach diesem schwerwiegenden Vertrauensverlust und diesen strafrechtlichen Vorwürfen die im Raum stehen aufgrund von Gefahr in Verzug, diese Person hier einmal abziehen und für Sicherheit zu sorgen, dass die nicht mehr einwirken kann auf das, was dort passiert, dann muss ich die Landesregierung irgendwie wohl selbst in Frage stellen, wenn das nicht mehr möglich ist. Das kann ja nicht wahr sein. *(Beifall bei den Grünen)* Es geht jetzt darum, das Vertrauen irgendwie wieder zurückzugewinnen und da rede ich gar nicht nur von Vertrauen der Bevölkerung oder von Menschen, die sich um unsere Umwelt sorgen, da rede ich auch vom Vertrauen der Wirtschaft und der Industrie, vom Vertrauen der Projektwerber. Und ich bin mit ganz vielen ständig im Austausch, gerade in der Industrie jetzt, weil ich der Überzeugung bin, dass die Industrie eine wichtige Rolle spielt für die Transformation zu einer klimafreundlichen Gesellschaft, die jedes Mal wieder bekritteln, wie lange die Verfahren dauern, dass sie teilweise schlecht umgesetzt sind, dass es einfach – und ich war selber bei einem Umweltverträglichkeitsverfahren dabei, die ja auch in diesem Fall betroffen ist –, dass sie unvollständige Gutachten liefern, dass teilweise nicht entsprechend dessen gearbeitet wird, was ein schnelles Verfahren und eine Rechtssicherheit für alle Beteiligten sicherstellt. Das geht so nicht mehr. *(Beifall bei den Grünen)*

Noch etwas möchte ich sagen, worüber wir heute schon geredet haben: Stichwort Energiewende. Wir haben jetzt – und Kollege Lambert Schönleitner hat es eh schon in seiner

Einbringung sehr deutlich gemacht – wir stehen vor einer riesigen Herausforderung. Es sollen noch und noch Projekte umgesetzt werden und sinnvollerweise müssen – und da brauchen wir eine Abteilung, wo sowohl die Bevölkerung Vertrauen hat und haben kann, als auch die Projektwerber Vertrauen haben können, dass damit rasch etwas weitergeht. Das kann so nicht sein bei dieser Stimmung, bei dieser Haltung, die offensichtlich da immer noch in dieser Abteilung wirkt.

Ich glaube, es reicht nicht, wenn man jetzt ein Bauernopfer bringt in Form einer Person und glaubt, damit ist dann in dieser Abteilung aufgeräumt und es wird jetzt alles super laufen. Ich glaube, das reicht auf gar keinen Fall. Das, was da zu Tage gekommen ist, dass das offensichtlich die Abteilungsleitung ermöglicht hat, dass Projektwerber selber Teile ihrer Bescheide schreiben, die ihnen dann ein Projekt ermöglichen, das widerspricht allem, worauf sich die Menschen in der Steiermark bei der Abwicklung von Verfahren verlassen können müssen. Wenn ich das jetzt objektiv zugebe, dass die Behörde sicherstellt, dass alle Rechte gewahrt werden, dass Projekte so umgesetzt werden, dass die Umweltverträglichkeit wirklich geprüft ist, dass alles mit rechten Dingen zugeht, das kann so nicht sichergestellt werden, wenn genau die, die all diese Missstände zu verantworten haben, offensichtlich von niemanden in dieser Landesregierung dort wegzubewegen sind. Ich kann es gar nicht glauben. Es ist einfach auch nicht zumutbar, auch den vielen gut arbeitenden Menschen in dieser Abteilung nicht zumutbar, dass man da jetzt nicht reagiert. *(Beifall bei den Grünen)*

Ich möchte zum Schluss kommen, wir werden dann ja auch noch einen Entschließungsantrag einbringen, wo wir ganz klar unsere Forderungen auch noch einmal formulieren, nämlich hier zu handeln und so zu handeln, dass es zumindest eine gewisse Vertrauenswiederherstellung gibt. Aber ich möchte noch einmal zum Schluss sagen: Es ist hier Gefahr in Verzug – Gefahr in Verzug im Hinblick auf das Vertrauen der Menschen in der Steiermark. Das ist wiederherzustellen und Frau Landesrätin und auch der Rest der Landesregierung und lieber Herr Landeshauptmannstellvertreter, auch wenn Sie nicht da sind: Schauen Sie, dass das jetzt passiert. Sie müssen jetzt handeln, es geht so nicht weiter in dieser Abteilung! Danke sehr. *(Beifall bei den Grünen – 13.36 Uhr)*

**Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann:** Danke. Als Nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Dr. Werner Murgg.

**LTabg. Dr. Murgg – KPÖ (13.36 Uhr):** Herr Präsident, geschätzte Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich von meiner Seite kann das relativ kurz machen. Es ist vor allem vom Einbringer der Dringlichen Anfrage eigentlich das Wesentliche gesagt worden und auch jetzt von der Kollegin Krautwaschl. Diese Mängel sind seit Jahren bekannt, sie reichen zurück zumindest bis in die Periode Lang. Sie haben – ich glaube, das war bei der letzten Dringlichen zu diesem Thema – eine interne Revision angekündigt. Es gibt jetzt einen Rohbericht des Rechnungshofes Österreich, der demnächst dem Landtag – so nehme ich einmal an – zugehen wird. Dann wird noch einmal hier gründlich zu diskutieren sein und es wird auch – das habe ich jetzt Ihren Worten entnommen, wenn ich auch nur teilweise zufrieden bin – diesen Rechnungshofbericht zumindest eine Zusammenfassung der internen Revision beigelegt werden, obwohl ich glaube, und da bin ich mit den Grünen eigentlich eins, dass wir gerne die vollständige interne Revision lesen würden. *(Beifall bei den Grünen)* Der Grund dieser Misere ist einerseits möglicherweise, die Staatsanwaltschaft prüft ja, ich bin da vorsichtig, aber möglicherweise kriminelle Energie von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung, das wird zu prüfen sein. Aber sicher ist ein Grund der Misere die mangelnde Personalausstattung und die fehlende Aufsicht. Und da sind Sie in erster Linie dafür verantwortlich. Ich möchte jetzt, eigentlich brauche ich dazu nichts mehr weiter sagen, ich möchte aber noch auf einen Punkt zu sprechen kommen, weil ich auch einen Entschließungsantrag einbringen werde. Sie werden sich erinnern, wir haben diesen Antrag bereits vor, ich glaube, im Sommer vorigen Jahres eingebracht, es geht um dieses Verfahrensservice für Großinvestoren bei Summen über fünf Millionen Investment. Das gibt es nur in der Steiermark und ich sage: Mit gutem Grund gibt es das nur in der Steiermark. Aber nicht, wie die Industriellenvereinigung meint, weil wir so super sind, sondern weil das natürlich ein Gefahrenpotential bietet. Lesen Sie sich einmal durch, was hier als Verfahrensservice angeboten wird und es folgt daraus nicht, dass jetzt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schlechtmachen, Sie bringen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch so ein Verfahrensservice in eine gewisse Gefahr, weil Sie diesen Mitarbeitern dem Druck aussetzen: „Eigentlich gehört das möglichst zügig und schnell im Sinne der Investoren abgearbeitet.“ Und deswegen gehört dieses Verfahrensservice wieder weg. Es gibt ja ohnehin – ich habe mir das heute sagen lassen und habe mich schlau gemacht – irgendeinen Paragraphen im UVP, wo auf niederer Ebene so etwas ja angedacht ist. Das reicht aber meiner

Meinung nach. Da brauchen wir nicht noch ein extra Verfahrensservice und deswegen stellen wir folgenden Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, das Verfahrensservice für Großinvestoren, das auf gemeinsamen Antrag der Landesrätinnen Eibinger-Miedl und Lackner eingerichtet wurde, umgehend einzustellen.

Danke. *(Beifall bei den Grünen und der FPÖ – 13.40 Uhr)*

**Dritter Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann:** Danke. Als Nächster am Wort ist der Herr Klubobmann Nikolaus Swatek.

**KO LTAbg. Swatek, BSc – NEOS (13.40 Uhr):** Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, liebe Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen und liebe Steirerinnen und Steirer!

Ja, in diesen Wochen sehen wir wieder, wie wichtig der Rechnungshof in Wien für uns alle ist. Denn der Rechnungshof bringt Licht in den Schleier der Finsternis, den einige Personen über die eklatanten Missstände in der Abteilung 13 gelegt haben und ja, die wir leider als Opposition schon lange vermutet haben. Doch worauf die Prüferinnen und Prüfer jetzt scheinbar wirklich gestoßen sind, das ist doch erschreckend. Nicht nur scheinen sich Projektwerber ihre Bescheide selbst geschrieben zu haben und zerstören damit jegliche Trennung zwischen Verwaltung und Projektwerbern, nein, Projektwerber sollen auch die Bezahlung mit externen Gutachten direkt ausgeführt haben. Also das wäre in etwa so, wie wenn man beim Falschparken nicht der Stadt Graz das Geld überweisen würde, sondern dem Parksheriff direkt geben würde. Das eigentliche Tragische daran ist, dass Ihr Ressort, Frau Lackner, eigentlich ein Zukunftsressort ist. Ihnen kommt die Aufgabe zu, die Transformation zu einer echten, nachhaltigen Steiermark voranzutreiben, aber offensichtlich haben sich Teile der Abteilung verselbständigt und niemandem ist es aufgefallen oder niemandem wollte das auffallen. Sie tragen hier genauso wie Ihre Vorgänger in dieser Position die politische Verantwortung, nicht genau hingeschaut zu haben oder absichtlich zu lange weggesehen zu haben. Mittlerweile sind diese Vorfälle ja bereits jahrelang bekannt und trotzdem hat man an den wesentlichen Hebeln nichts geändert, denn nach wie vor halten Sie als Landesregierung an der Leitung der Abteilung fest und winden sich in Ausreden, statt endlich Verantwortung zu übernehmen. Aber nicht nur das, schauen wir alleine, wie viele Anträge der Opposition

rund um die Abteilung 13 in den letzten Jahren vom Tisch gewischt worden sind: Alleine von uns NEOS gab es mehrere Anträge zur Befangenheit von Gutachtern und immer wurde uns von der Landesregierung gesagt: „Im Gutachtersystem, da gibt es keine Probleme!“ Dabei hätte man sich als Landesregierung schon längst die Frage stellen sollen: Wo müssen wir nachschärfen? Was müssen wir tun, damit nicht einmal der Eindruck von Befangenheit in der Öffentlichkeit entsteht? Wo können wir besser werden, damit Gutachten nicht so wirken, als würden sie vielleicht vom Auftraggeber gekauft werden? Und wie verbessern wir das Sachverständigenwesen der Steiermark? Denn, wenn auch nur der Eindruck entsteht, dass man sich Gutachten und Bescheide in der Steiermark kaufen oder selbst schreiben kann, dann ist das Vertrauen in die Landesverwaltung erschüttert und gegen diesen Vertrauensverlust muss die Landesregierung jetzt aufstehen. Der Rechnungshof scheint also noch mehrere Punkte aufzudecken, in dem offensichtlich Projektwerber mit der Abteilung 13 „wünsch dir was“ spielen konnten. Aber zu einer echten Aufarbeitung ist es bei uns bis jetzt im Land noch nicht gekommen. Sie, Frau Landesrätin, haben weiter versucht, möglichst keine Informationen mit uns als Landtag oder der Öffentlichkeit zu teilen. Und da möchte ich noch einmal den Bericht der internen Revision herausstreichen, den Sie weiterhin unter Verschluss halten und nach dem Bekanntwerden des Rechnungshofberichtes sind Sie jetzt auch wieder auf Tauchstation gegangen, statt Maßnahmen zu setzen. Die einzige Presseaussendung, die es scheinbar von Ihnen gab, war eine, in der Sie wieder betont haben, dass mit der Umstrukturierung eh alles gelöst sei und jetzt eh alles super sei. Doch Sie, Frau Landesrätin, Sie tragen Verantwortung für die Abteilung. Sie tragen die Verantwortung dafür, dass die Steirerinnen und Steirer Verwaltung und Behörden vertrauen können. Doch Ihrer Verantwortung kommen Sie mit der ständigen Flucht in Ausreden nicht nach. Sollten sich daher die Vorwürfe des Rechnungshofes bestätigen, dann sind Sie in der moralischen Verantwortung auch zurückzutreten, denn mittlerweile scheint es fast schon so, als würden Sie persönlich einem echten Neustart der Abteilung 13 im Weg stehen. Doch die Umweltpolitik in der Steiermark hat sich einen echten Neustart verdient und der funktioniert nur, wenn es auch eine Abteilung gibt, der die Steirerinnen und Steirer vertrauen können. Da geben derzeit weder Sie, Frau Landesrätin, noch die Abteilung ein gutes Bild ab. Deswegen ist es endlich Zeit, hier auch Verantwortung zu übernehmen. Und ja, mehr Personal ist ein richtiger und wichtiger Schritt, doch man muss die Fehler, die geschehen sind, auch endlich anerkennen und dort, wo es nötig ist, auch endlich personelle Konsequenzen ziehen. Vielen Dank. *(Beifall bei den NEOS – 13.46 Uhr)*

**Erste Präsidentin Khom:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Lambert Schönleitner. Bitte schön Herr Abgeordneter.

**LTabg. Schönleitner – Grüne (13.46 Uhr):** Danke Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Vorerst einmal danke für die Beantwortung der 17 Fragen, Frau Landesrätin. Eines ist mir noch einmal wichtig festzuhalten: Man darf zwei Dinge nicht verwechseln, das, was vielleicht schon punktuell auch passiert ist aufgrund dieser schweren Vorwürfe, wie sie an die Öffentlichkeit gekommen sind, ist das eine. Das andere ist aber: Was ist in dieser Zeit in der Abteilung los gewesen – das betrifft Leichtfried, Landeshauptmannstellvertreter Lang, damals Umweltlandesrat, und Sie – wie sich diese Dinge in der Abteilung festsetzen haben können? Das sind zwei Dinge und diese Verantwortung müssen wir natürlich hier im Landtag klären. Weil, dass man jetzt sagt, wenn eh schon alles – ich sage einmal – lichterloh fast brennt und die Vorwürfe so massiv am Tisch sind, dass man dann nicht mehr darüber redet, wie das überhaupt zustande kommen hat können, ja das wäre sicher ganz, ganz falsch verstandene Verantwortung, Frau Landesrätin, das möchte ich schon einmal festhalten. *(Beifall bei den Grünen)* Und weil Sie irgendwie diesen Beschwichtigungstango wieder fortgesetzt haben – ich habe das jetzt wieder so empfunden – nämlich immer wieder zu sagen: „Bei der Abteilungsleiterin, da können wir nichts machen!“ Ich habe mich jetzt da hinten bemüht, in meinem Laptop das Disziplinarrecht anzuschauen, das Dienstrecht anzuschauen. Wäre das ein Grund, wenn solche Dinge am Tisch liegen, um evtl. doch eine Handlungsfähigkeit zu zeigen von Seiten der Landesregierung? Und ich darf dir sagen: Ich bin felsenfest überzeugt, wenn derartige Vorwürfe am Tisch liegen, wenn Sie an der Spitze der Abteilung gestanden ist in dieser Zeit, wo diese Dinge ganz einfach im Raum stehen – da müssen sie noch gar nicht gelegt sein, da geht es um, wir wissen es, um das Ansehen der Behörde, alleine wenn es um den Anschein geht, muss man in der Verantwortung der Regierung und in der Aufsichtspflicht bereits handeln – dann gibt es eine Möglichkeit hier eine personelle Entscheidung herbeizuführen. Das eine ist das Dienstrecht, das andere ist noch, Frau Landesrätin, es muss natürlich immer alles rechtlich sein, aber wer Führungsqualität hat als Landesrätin, wer an der Spitze einer so großen, gewichtigen Abteilung steht, der wird doch auch Wege finden, dass er eine Mitarbeiter\_in bis zur Klärung auf einen anderen Platz in ihrem Einvernehmen bringt, im Bewusstsein natürlich, dass die Vorwürfe so schwer sind, dass das Ansehen der Behörde, das Ansehen des Landes und das Ansehen der gesamten restlichen gut arbeitenden

Mitarbeiter\_innen dort in Misskredit gerät. Das kann doch nicht möglich sein! (*Beifall bei den Grünen*) Und nur, dass man es nicht falsch versteht: Unser Antrag lautet eh nicht: „Die Landesrätin muss ...“, wir haben uns eh an die Landesregierung gewendet, ja selbstverständlich, der formalrechtliche Weg – da hast du ja völlig Recht – ist die Personalabteilung. Aber ich meine, das ist ja dein Regierungspartner, ich hoffe ja nicht, dass die ÖVP noch Gefallen daran findet, dass die betreffende Amtsleiterin auf dem Platz unter Umständen sitzen bleibt, ich möchte das ja nicht unterstellen, aber wenn es dir nicht gelingt mit allem was am Tisch liegt, den Personallandesrat zu überzeugen: „Ich will in meiner Abteilung klar Tisch machen, ich will hier keinen Vorwurf mehr haben, dass jemand, in dessen Zeit derartige Dinge passiert sind oder Vorwürfe im Raum stehen, dass er die Abteilung leitet und sogar die Reorganisation noch umsetzt und die Antikorruptionsmaßnahme“, die ja auch der Revisionsbericht zumindest in dieser Kurzversion gefordert hat, „umsetzt“, das kann ja nicht der Fall sein. Und um das geht es, Frau Landesrätin, das glaubt wirklich niemand mehr. Wenn derartig schwere Dinge am Tisch liegen, dann muss die Landesregierung in ihrer Gesamtverantwortung als Koalition in der Lage sein – und ich nehme den Landeshauptmann da gar nicht aus in seiner Verantwortung, auch der muss an der Spitze der Regierung schauen, dass sich hier etwas bewegt –, dass wir es schaffen, diese Klarheit im Personalbereich wiederherzustellen. (*Beifall bei den Grünen*) Wir kennen ja die Projekte, Sandra Krautwaschl hat gerade die Koralm genannt. Ja, wenn wir solche Berichte lesen, wie dort vorgegangen wurde, ja dann verstehe ich, dass die Menschen, die sich um die Umwelt Sorgen machen, die in einer NGO sind, auch der steirische Naturschutzbund hat uns das immer wieder gesagt, ich glaube, der Professor Gepp – du kennst ihn gut – ist unverdächtig, einer zu sein, der vorlaut trommelt und jemand beschuldigt und sagt: „Das ist alles arg!“ Das ist eine NGO, der steirische Naturschutzbund, der Erfahrungen hat. Und wenn uns der zuständige Obmann dieser Organisation sagt, er hatte schon über Jahre das Gefühl, dass da irgendwas in der Abteilung ist, was die Qualität nicht sicherstellt, dann kann man das nicht einfach vom Tisch wischen. Und ich möchte da schon eines sagen, wir haben heute ja nur über einen Teilbereich, nämlich über den UVP-Bereich, geredet, du bist bestens informiert über die anderen Dinge, wo es in der Abteilung Probleme gegeben hat. Ich möchte jetzt im Einkaufszentrumsbereich gar nicht die vielen Verfassungsgerichtshofentscheidungen zitieren, die es gegeben hat, wo uns der Verfassungsgerichtshof, das Höchstgericht, gesagt hat: „Das war falsch!“ Vor kurzem – nur ein Beispiel noch, da war noch Traunsee in Bad Aussee und andere – Großklein, ja, ein Fall,

---

wo die Raumordnung in der Aufsicht völlig versagt hat, Verantwortliche sind dort zurückgetreten, waren zwar auf der ÖVP-Seite, aber in der Aufsichtspflicht warst du in Verantwortung, wo der Verfassungsgerichtshof am Ende festgestellt hat: „Wenn etwas widerrechtlich ist, dann kann man es auch nicht durch nachträgliche Beschlussfassung sinngemäß noch einmal geradebiegen!“ Deine Abteilung hat gesagt: „Das geht!“ Vor kurzem haben wir den NGS-Bericht hier gehabt – das sind jetzt alles reale Beispiele, weil es tut immer jeder so, als wären wir besonders böse – das sind Dinge, wo uns Dritte bestätigen, in dem Fall war es der Landesrechnungshof, die NGS-Geschichte, dass die Abteilung nicht in der Lage war, über Jahre die Anlage zu kontrollieren. Jetzt müssen wir erkennen und du weißt es mittlerweile: Das, was dort in der Landschaft steht, hat weder funktioniert, war überhaupt nicht fähig als Anlage zu funktionieren und war im Übrigen ganz etwas anderes, als was ursprünglich genehmigt war. Das ist euch jahrelang nicht aufgefallen. Warum sage ich diese Dinge? Weil ich nicht will, dass da stehenbleibt: „Die bösartige Opposition nimmt einen Zeitungsbericht her und sagt, dass alles bestens ist!“ In dieser Abteilung, das möchte ich noch einmal sagen, liegt vieles im Argen, liegt einiges im Argen und ich glaube, es wäre ein erster Schritt und noch einmal der Wunsch an dich, diese Glaubwürdigkeit wiederherzustellen und die disziplinarrechtlichen Schritte einzuleiten und den Revisionsbericht in voller Länge an den Landtag zu übermitteln.

Ich darf daher unseren Entschließungsantrag einbringen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. den Bericht der internen Revision umgehend und in vollem Umfang gegenüber der Bevölkerung und dem Landtag offenzulegen – hast du gesagt, im Rahmen des Rechnungshofberichtes, ich glaube, es würde dich keiner hindern, das jetzt schon zu tun, warum wollen wir den zurückhalten, wenn man eine Sache aufklären soll – und
2. dienstrechtliche Konsequenzen gegenüber der Leiterin der Abteilung 13 zu ziehen.

Danke. (*Beifall bei den Grünen – 13.53 Uhr*)

**Erste Präsidentin Khom:** Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Mario Kunasek. Bitte schön Herr Klubobmann.

**KO LTAvg. Kunasek – FPÖ (13.53 Uhr):** Danke Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, Frau Landesrätin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich werde auch versuchen, es kurz zu machen – der Begründer der Dringlichen Anfrage, Lambert Schönleitner, Dr. Murgg – es ist eigentlich schon viel gesagt. Ich bin mir nur auch sicher, dass noch nicht alles gesagt ist, nämlich in der Zukunft dieses Falles, meine sehr geehrte Frau Landesrätin. Warum? Weil es so ist – und die Vorwürfe liegen ja seit einiger Zeit schon auf dem Tisch, konkret seit mehr als zwei Jahren, dass es jetzt einen Rohbericht gibt, demnächst einen Bericht gibt, um hier auch den Klubobmann Schwarz entsprechend zufriedenzustellen in der Semantik. Faktum ist: Es gibt Feststellungen des Rechnungshofes, die, meine sehr geehrten Damen und Herren, wohl vernichtend ausfallen, so die Medienberichterstattung auch nur annähernd stimmt. Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, bin ich davon überzeugt, dass das letzte Wort noch nicht gesprochen ist, auch hier in diesem Hause nicht, wenn es darum geht, hier auch aufzuklären, Konsequenzen zu ziehen und ja, Frau Landesrätin, auch aufzuräumen. Aufzuräumen in einer Abteilung, wo wir jetzt seit Monaten, seit Jahren Missstände feststellen müssen und diese Missstände, so denke ich, glaube ich bei dir, Frau Landesrätin schon längst angekommen sind. Und eines, meine sehr geehrten Damen und Herren - und da bin ich schon auch beim Abgeordneten Schönleitner - eines kann ich mir beim besten Willen nicht vorstellen: Dass es nicht möglich ist, personelle Konsequenzen aus diesen Vorwürfen zu ziehen. Ich war selbst auch einmal Regierungsmitglied und ja, ich weiß, es gibt Gesetze, es gibt ein Dienstrecht, aber es gibt auch Möglichkeiten bei Gefahr in Verzug, nenne ich es einmal, auch entsprechende Maßnahmen zu setzen, um das Vertrauen in die Behörde wiederherzustellen. Das ist noch keine Vorverurteilung, (*Beifall bei der FPÖ*) meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist noch keine Vorverurteilung, weil da wird es auch noch strafrechtlich relevante Dinge möglicherweise geben, die die Behörden klären müssen. Aber Ihre Verantwortung, Frau Landesrätin, ist es schon, raschest möglich wieder Vertrauen herzustellen. Und ich kann mir nicht vorstellen, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, Frau Landesrätin, dass es möglich sein wird, Vertrauen in der gleichen personellen Zusammensetzung wiederherzustellen, wie sie jetzt vorhanden ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Landesrätin vor allen Dingen, irgendwie habe ich mir heute erwartet, dass es da ein kräftiges Zeichen auch gibt. Irgendwie habe ich so das Gefühl gehabt auch bei der Beantwortung der Dringlichen Anfrage, das war irgendwie so ein bisschen schaumgebremst, noch immer auf der Bremse stehend. Also ich sage es ganz offen, Frau Landesrätin, liebe Ursula Lackner: Bei diesen massiven Vorwürfen, die der Rechnungshof hier noch einmal bestätigt, offensichtlich noch immer auf der Bremse zu stehen, nicht auch körpersprachlich und rhetorisch zu sagen:

„Jawohl, ich gehe das jetzt an. Mir ist das Problem bewusst und ich arbeite konsequent an einer Lösung“, das ist schon irgendwie auch bezeichnend für das, was heute hier von dir, Frau Landesrätin, zum Besten gegeben worden ist. (*Beifall bei der FPÖ*) Das heißt und wir haben das auch in der Debatte davor, nämlich im Dezember 2021 konkret auch getan und dabei bleiben wir Freiheitliche auch, wir haben damals gesagt: „Es gibt von uns jetzt keine Vorverurteilungen, kein Aufblasen des Problems.“ Wir haben gesagt: „Wir wollen den Rechnungshofbericht haben!“ Wir haben dann auch – und da muss ich ein wenig korrigieren, weil die Frau Klubobfrau Riener heute einmal in einem Zwischenruf gemeint hat: „Wir haben ja die Prüfung beauftragt“, ja eh, keine Frage, das stimmt alles. (*KO LTAbg. Riener: „Des Rechnungshofes!“*) Wir haben das gemeinsam getan, aber es war schon noch die Initiative der Freiheitlichen Partei und der Oppositionspartei, die letztlich dann zu diesen Schritten geführt haben. Das haben wir jetzt am Tisch – noch nicht am Tisch, Herr Klubobmann Schwarz, aber demnächst am Tisch – und dann werden wir weitere auch parlamentarische Schritte überlegen müssen, meine sehr geehrten Damen und Herren, und die sind in der Bandbreite der Geschäftsordnung durchaus breit. Ich glaube, diese Möglichkeiten werden wir auch entsprechend ziehen. Vielleicht noch ein Satz, weil es auch irgendwie bezeichnend ist für das schaumgebremste Tun. Es kommt jetzt ja noch ein Entschließungsantrag, glaube ich, der Regierungsfractionen, der eingebracht wird. Ich habe irgendwie schmunzeln müssen über den Antragstext, weil letztlich, es dreht sich alles irgendwie im Kreis. Wir haben am 14.12.2021 beschlossen, ich zitiere: „... umgehend eine Personalbedarfsprüfung durchzuführen und gegebenenfalls das notwendige Personal zur Verfügung zu stellen.“ Und jetzt beantragen heute wieder, dass wir gemeinsam mit der Landesamtsdirektion entsprechend mehr Personal sichern. Meine sehr geehrten Damen und Herren und da gehe ich jetzt nicht auf die Frau Landesrätin ein, das ist ja ein Antrag des Landtages, nämlich der Abgeordneten der ÖVP und der SPÖ, das ist jetzt nicht zielführend, sage ich, jetzt im Sinne von: „Jetzt wollen wir da etwas weiterbringen“, wir drehen uns seit Jahren im Kreis, meine sehr geehrten Damen und Herren und Frau Landesrätin, aber auch liebe Abgeordnete der ÖVP und SPÖ. Schön langsam wird es Zeit, in die Gänge zu kommen, nämlich das auch wieder herzustellen, was Klubobmann Swatek und alle meine Vorredner richtig gesagt haben: Das Vertrauen in die Behörden wieder herzustellen, die Rechtsstaatlichkeit wieder herzustellen und auch, Frau Landesrätin – Appell auch an dich – politische Handlungsfähigkeit zu zeigen. Ich glaube, das wäre ganz wichtig. (*Beifall bei der FPÖ – 13.58 Uhr*)

**Erste Präsidentin Khom:** Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Johannes Schwarz. Bitte schön Herr Klubobmann.

**KO LTabg. Schwarz – SPÖ (13.59 Uhr):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich bin dem Kollegen Kunasek sehr dankbar dafür, dass er hier ausgeführt hat, dass dem Landtag Steiermark eben noch kein Bericht vorliegt. Es gibt einen Rohbericht des Bundesrechnungshofes auf Antrag des Hauses und dieser Rohbericht liegt den geprüften Stellen vor, liegt dem Landtag Steiermark aber noch nicht vor. Also insofern bin ich mit dem Kollegen Kunasek vollkommen einer Meinung, dass wir hier auch den Ablauf zu akzeptieren haben, dass es einen Rohbericht gibt, dann wird die Landesregierung ihre Stellungnahme dazu abgeben. Die Frau Landesrätin hat ja gesagt, dass es sehr rasch zu dieser Stellungnahme der Landesregierung kommen wird und dann wird dem Haus ein Bericht des Rechnungshofes vorliegen, über den wir weiter zu debattieren haben. Insofern ist dem Kollegen Kunasek ja nur zuzustimmen, dass das letzte Wort in dieser Causa noch nicht gesprochen wird. Wir kennen mediale Berichterstattung, wir kennen auch Aussagen der politisch Verantwortlichen in diesem Haus zu dieser Materie und wenn man diesen Aussagen folgt, dann muss ich ganz klar sagen, dann sind diese Vorgänge einfach inakzeptabel. Also das, was hier kolportiert wird, das, was hier berichtet wird, wenn es so dann auch im Rechnungshofbericht steht, denke ich, dass das inakzeptabel ist und dass das auch dem Vertrauen, das die Bevölkerung der Landesverwaltung gegenüber haben sollte und haben muss und ein Recht darauf hat, es haben zu können, diesem Vertrauen auch nicht gerecht wird und dass es einfach notwendig ist, hier daraus auch Konsequenzen zu ziehen und allfällige Missstände abzustellen. Das möchte ich hier ganz klar sagen. Jetzt hat die Frau Landesrätin schon bereits in ihren Ausführungen sehr detailliert und sehr genau auch in den vergangenen Wochen und Monaten ausgeführt, was bereits an Maßnahmen gesetzt wurde: Maßnahmen der Transparenz, Maßnahmen der Aufklärung, Maßnahmen auch des Beginns einer Umstrukturierung. Und ich bin der Meinung, es wird notwendig sein, weitere Maßnahmen zu prüfen und weitere Maßnahmen zu bedenken. Deswegen hat Kollege Kunasek zwar Recht, dass wir schon einmal Beschlüsse hier in diese Richtung gefasst haben, aber ich bin der Meinung, wir sollten stark darüber nachdenken, ob es nicht weitere Umstrukturierungsnotwendigkeiten gibt, weitere personelle

Notwendigkeiten gibt, hier dieses Vertrauen in die Behörde auch wieder ganz und vollinhaltlich zu gerechtfertigen.

Ein weiterer Punkt ist: Dienstrechtlich wird man sich das auch sehr genau anschauen müssen, das muss ich auch ganz klar sagen, weil wenn es hier – es gibt je offenbar dienstrechtliche Verfahren in diesem Zusammenhang und da ist die zuständige Behörde des Landes auch aufgefordert, hier sich das Dienstrecht ganz klar anzuschauen. Zum anderen gibt es ja auch strafrechtliche Fragen, die von der Staatsanwaltschaft und dann aber auch von den ordentlichen Gerichten hier zu beurteilen sind. Ich möchte nur auf einen Punkt hinweisen: Ich bin froh, dass es eine Landesrätin gibt oder eine Landesregierung gibt, die auf dem Grundsatz der Rechtmäßigkeit und des Rechtes handeln. Weil, wenn ich hier herinnen manche Rede verfolge, dann habe ich manchmal den Eindruck: Ja, diese Gesetze und diese rechtlichen Grundlagen, das ist zwar alles schön und gut, aber ich habe das Gefühl, wir sollten anders handeln. Ich bin der Meinung: Rechtliche Umstände und rechtliche Grundlagen sind keine Ausrede, sondern der Rechtsstaat und die Gesetze und Verordnungen aufgrund dessen wir hier Politik betreiben, sind der Grundstock dessen, was unsere Demokratie ausmacht. Und einer Landesrätin vorzuwerfen, dass sie aufgrund dieser rechtlichen Grundlagen handelt, das finde ich, ist ungehörig. Wir sollten froh sein, dass wir in einem Rechtsstaat leben und hier Politik nicht über dem Recht steht, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und der ÖVP)*

Insgesamt, denke ich, dass es notwendig ist, hier weitere Schritte zu setzen. Ich bin der Meinung, wir sollten den Rechnungshofbericht sehr genau, wenn er dem Hause hier vorliegt, auch debattieren und analysieren, um gemeinsam mit der Landesregierung dann entsprechende Schritte zu setzen. Aber die Landesregierung ist natürlich aufgerufen, sehr rasch hier auch Vorschläge und Möglichkeiten aufzuzeigen.

Deswegen darf ich namens der ÖVP- und SPÖ-Fraktion folgenden Entschließungsantrag einbringen:

Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- rasch Maßnahmen zur weiteren Umstrukturierung der Umweltbehörde – wie unter anderem auch die Aufnahme zusätzlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – unter Einbeziehung der Landesamtsdirektion zu prüfen und
- die Stellungnahme zum Rohbericht des Rechnungshofes ehest möglich abzugeben, damit der Endbericht mit seinen Empfehlungen dem Landtag vorgelegt werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe Vertrauen in die Landesregierung, ich habe Vertrauen in die Landesrätin, dass wir diesen Weg gemeinsam gehen können. Ich erwarte und ersuche nur um Sachlichkeit, weil es der Sache mehr dient, wenn wir klar analysieren, wenn wir kühlen Kopfes analysieren, welche Schritte und Maßnahmen notwendig sind und wenn wir hier aufgrund rechtlicher und faktischer Grundlagen handeln und nicht aufgrund von Gefühlen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 14.04 Uhr)*

**Erste Präsidentin Khom:** Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor, ich komme somit zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 2882/2, betreffend Umgehende Konsequenzen aufgrund der schweren Missstände im SPÖ-Umweltressort ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ, der FPÖ und den NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ, Einl.Zahl 2882/3, betreffend Stopp des Verfahrensservice für Großinvestoren bei Anlagen- und UVP-Verfahren ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen der Grünen, der KPÖ und der FPÖ nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ und ÖVP, Einl.Zahl 2882/4, betreffend weitere Verbesserungen in der Umweltbehörde prüfen ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP die erforderliche Mehrheit.

Somit ist die Tagesordnung erschöpft.

Aufgrund der Terminplanung in der laufenden Tagung des Landtages findet die nächste reguläre Sitzung voraussichtlich am 14. März 2023 statt. Zu dieser Sitzung des Landtages wird verbindlich auf schriftlichem d.h. elektronischem Weg eingeladen.

Wie immer: Versuchen Sie zuerst die positiven Dinge des Lebens zu sehen, bleiben Sie gesund.

Die Sitzung ist geschlossen.

*Ende der Sitzung: 14.06 Uhr*